



Sächsischer Landtag

des Freistaates Sachsen

2. Sitzung

3. Wahlperiode

Beginn: 10.00 Uhr Dresden, 27. Oktober 1999, Neuer Plenarsaal Schluss: 16.32 Uhr

Inhaltsverzeichnis

0 Eröffnung	35	4 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und Aussprache	37
Geburtstagsglückwünsche für		Prof. Dr. Biedenkopf, Ministerpräsident	37
Abg. Kienzle, CDU	35	Prof. Dr. Porsch, PDS	47
Verpflichtung der Abg. Frau Schulz, PDS	35	Dr. Hähle, CDU	57
		Dr. Hähle, CDU	60
		Jurk, SPD	62
1 Vorstellung der weiteren Mitglieder der Staatsregierung	35	5 Wahl des Sächsischen Ausländerbeauftragten	71
Prof. Dr. Biedenkopf, Ministerpräsident	35	Hatzsch, SPD	71
		Wahlergebnis	71
2 Vereidigung der weiteren Mitglieder der Staatsregierung	35	Sandig, CDU	71
Frau Weber, Staatsministerin für Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann	36		
Dr. Geisler, Staatsminister für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie	36	6 – Wahl der weiteren Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses des Sächsischen Landtages nach Artikel 113 der Verfassung des Freistaates Sachsen (Notparlament)	
Hardraht, Staatsminister des Innern	36	– Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Sächsischen Landtages (gemäß § 16 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen)	
Heitmann, Staatsminister der Justiz	36	– Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission des Sächsischen Landtages (gemäß § 3 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen)	72
Prof. Dr. Milbradt, Staatsminister der Finanzen	36		
Prof. Dr. Meyer, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst	36	Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der SPD	
Dr. Rößler, Staatsminister für Kultus	36	Drucksache 3/0145	72
Dr. Schommer, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit	36	Frau Ludwig, SPD	72
Flath, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft	36	Leroff, CDU	72
Dr. de Maizière, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei	36	Prof. Dr. Porsch, PDS	72
Tillich, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei	36		
		Abstimmung und Zustimmung	72
3 Bestellung von Ausschüssen und Bestimmung von deren Stärke	36		
Abstimmung und Zustimmung	36		

Wahlergebnisse	73	7	Wahl der Mitglieder des Bewertungsausschusses (gemäß § 44 Abs. 3 des Gesetzes über Wahlen zum Sächsischen Landtag)	74
Hatzsch, SPD	73			
Wahlergebnis	73		Prof. Dr. Porsch, PDS	74
			Hatzsch, SPD	74
			Wahlergebnis	74
			Nächste Landtagssitzung	74

Eröffnung

(Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr)

Präsident Iltgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung des 3. Sächsischen Landtages.

Ich darf zuerst Herrn Alfons Kienzle ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren, ihm alles Gute und Gottes Segen wünschen.

(Beifall bei der CDU –
Vereinzelt Beifall bei PDS und SPD)

Meine Damen und Herren! Folgende Abgeordnete sind für unsere heutige Sitzung entschuldigt: Frau Meyer und Herr Schimpff.

Meine Damen und Herren! Damit ist auch die Beschlussfähigkeit festgestellt worden.

Bevor wir mit der Feststellung der Tagesordnung beginnen, möchte ich entsprechend § 2 Abs. 3 der Geschäftsordnung Frau Regina Schulz bitten, zu mir nach vorn zu kommen. Sie ist bei der konstituierenden Sitzung nicht anwesend gewesen, als wir verpflichtet worden sind. Ich möchte das jetzt nachholen.

Frau Schulz, kommen Sie bitte zu mir nach vorn.

(Präsident Iltgen verpflichtet Abg. Frau Schulz, PDS, durch Handschlag. – Beifall bei CDU und PDS)

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung zu unserer heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Gibt es zu dieser Tagesordnung von Ihrer Seite Änderungs- oder Ergänzungswünsche? – Wenn das nicht der Fall ist, werden wir in unserer heutigen Sitzung nach der Ihnen vorliegenden Tagesordnung verfahren.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 1

Vorstellung der weiteren Mitglieder der Staatsregierung

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Biedenkopf, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe die Freude, dem Hohen Haus die weiteren Mitglieder der Staatsregierung vorzustellen.

Das Staatsministerium in der Staatskanzlei für die Gleichstellung von Frau und Mann wird von Frau Christine Weber, Mitglied des Landtages, wahrgenommen.

Das Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie wird von Herrn Dr. Hans Geisler wahrgenommen, den ich zugleich gebeten habe, stellvertretender Ministerpräsident zu sein.

Das Staatsministerium des Innern wird von Herrn Klaus Hardraht wahrgenommen.

Das Staatsministerium der Justiz wird von Herrn Steffen Heitmann wahrgenommen.

Das Staatsministerium der Finanzen wird von Prof. Dr. Georg Milbradt wahrgenommen.

Das Staatsministerium für Kultus wird von Dr. Matthias Rößler wahrgenommen.

Mit Ausnahme von Herrn Hardraht sind die Herren Mitglieder des Landtages.

Das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst wird von Prof. Dr. Hans Joachim Meyer wahrgenommen.

Das Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit wird von Herrn Dr. Kajo Schommer wahrgenommen.

Das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft wird von Herrn Steffen Flath wahrgenommen.

Staatsminister und Chef der Staatskanzlei ist Herr Dr. Thomas de Maizière.

Staatsminister in der Staatskanzlei für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Freistaates Sachsen beim Bund ist Herr Stanislaw Tillich.

Mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, darf ich hinzufügen, dass Frau Staatsministerin de Haas und die Staatsminister Günter Meyer und Rolf Jähnichen nach langjähriger Mitgliedschaft aus der Staatsregierung ausscheiden. Ihnen danke ich für ihre wertvolle, konstruktive und loyale Mitarbeit und für den Dienst, den sie dem Freistaat Sachsen erbracht haben.

(Beifall bei CDU und PDS –
Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, nun bitte ich Sie, die weiteren Mitglieder der Staatsregierung zu vereidigen.

Präsident Iltgen: Meine Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Es ist aufgerufen der

Tagesordnungspunkt 2

Vereidigung der weiteren Mitglieder der Staatsregierung

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gemäß Artikel 61 der Verfassung des Freistaates Sachsen leisten die Mitglieder der Staatsregierung den Amtseid vor dem Landtag. Der Amtseid hat folgenden Wortlaut, den ich Ihnen, meine Damen, meine Herren, jetzt vortragen möchte:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohl des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen,

meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegenüber allen üben werde.“

Ich bitte jetzt die Mitglieder der Staatsregierung, nacheinander zu mir nach vorn zu kommen und diese Eidesformel mit „Ich schwöre es“ bzw. mit dem Zusatz „So wahr mir Gott helfe“ zu beteuern.

Ich darf zuerst Frau Staatsministerin für Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann in der Staatskanzlei, Frau Christine Weber, zu mir nach vorn bitten.

Frau Weber, Staatsministerin für Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Iltgen: Ich bitte jetzt, den Staatsminister für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie, Herrn Dr. Hans Geisler, Stellvertreter des Ministerpräsidenten, zu mir nach vorn zu kommen und den Amtseid abzulegen.

Dr. Geisler, Staatsminister für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Iltgen: Ich bitte jetzt, dass der Staatsminister des Innern, Herr Klaus Hardraht, zu mir nach vorn kommt, um den Amtseid abzulegen.

Hardraht, Staatsminister des Innern: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Iltgen: Ich bitte, dass der Staatsminister der Justiz, Herr Steffen Heitmann, zu mir kommt.

Heitmann, Staatsminister der Justiz: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Iltgen: Ich bitte, dass der Staatsminister der Finanzen, Herr Prof. Dr. Milbradt, zu mir nach vorn kommt.

Prof. Dr. Milbradt, Staatsminister der Finanzen: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Iltgen: Ich bitte, dass der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Herr Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, zu mir nach vorn kommt.

Prof. Dr. Meyer, Staatsminister für Wissenschaft und Kunst: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Iltgen: Ich bitte, dass der Staatsminister für Kultus, Herr Dr. Matthias Rößler, zu mir nach vorn kommt.

Dr. Rößler, Staatsminister für Kultus: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Iltgen: Ich bitte, dass der Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit, Herr Dr. Kajo Schommer, zu mir nach vorn kommt.

Dr. Schommer, Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Iltgen: Ich bitte, dass der Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, Herr Steffen Flath, zu mir nach vorn kommt.

Flath, Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Iltgen: Ich bitte, dass der Staatsminister und Chef der Staatskanzlei, Herr Dr. Thomas de Maizière, zu mir nach vorn kommt.

Dr. de Maizière, Staatsminister und Chef der Staatskanzlei: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Iltgen: Ich bitte, dass der Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei, Herr Stanislaw Tillich, zu mir nach vorn kommt.

Tillich, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Staatskanzlei: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Meine Dame, meine Herren! Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich auch im Namen der Abgeordneten des Sächsischen Landtages. Ich wünsche Ihnen Wohlergehen, Erfolg und Gottes Segen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Meine Damen und Herren!

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 3

Bestellung von Ausschüssen und Bestimmung von deren Stärke

Meine Damen und Herren! Gemäß § 15 der Geschäftsordnung bestellt der Landtag zur Vorbereitung seiner Verhandlungen Ausschüsse für die Dauer der Wahlperiode. Gemäß § 19 Abs. 1 der Geschäftsordnung legt der Landtag die Zahl der Mitglieder eines jeden Ausschusses fest.

In der Drucksache 3/0124 liegt Ihnen der Vorschlag der Fraktion der CDU für die Bestellung der Ausschüsse für die Dauer der Wahlperiode und die Bestimmung von deren Stärke vor. Es ist keine Aussprache vorgesehen. Wünscht dennoch ein Abgeordneter das Wort? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Meine Damen und Herren! Damit kommen wir zur Abstimmung über die Drucksache 3/0124, Antrag der Fraktion der CDU. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei 2 Stimmenthaltungen ist das mehrheitlich so beschlossen. Damit sind für die Dauer der Wahlperiode die Ausschüsse des 3. Sächsischen Landtages und deren Stärke bestimmt.

Meine Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit beendet.

Meine Damen und Herren! Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 4

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und Aussprache

Wir nehmen die Regierungserklärung der Staatsregierung entgegen und führen dann die Aussprache dazu durch. Ich weise noch darauf hin, dass wir die Aussprache in einem Block vornehmen.

Ich darf Sie jetzt bitten, Herr Ministerpräsident, Ihre Regierungserklärung vor dem Parlament abzugeben.

Prof. Dr. Biedenkopf, Ministerpräsident: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt fast zehn Jahre her, dass am 9. November in Berlin die Mauer fiel. Heute vor neun Jahren konstituierte sich der erste frei gewählte Landtag des wieder entstandenen Freistaates Sachsen und wählte mich zum Ministerpräsidenten.

Die Wähler hatten der CDU in der vorausgegangenen Wahl mehrheitlich den Regierungsauftrag erteilt. 1994 erneuerte die Mehrheit der Wähler diesen Auftrag. Am 19. September 1999 erteilte eine fast ebenso große Mehrheit ihn zum dritten Mal. Dreimal in Folge haben die sächsischen Wählerinnen und Wähler den Kandidaten der Sächsischen Union in allen Wahlkreisen des Landes das Abgeordnetenmandat erteilt. Dies ist nach neun Jahren gemeinsamer Arbeit beim Aufbau und zum Wohle unseres Freistaates eine eindrucksvolle Bestätigung für die Richtigkeit des Weges, den wir bisher gegangen sind. Die Wähler gewähren der Mehrheit im Landtag und mir damit zugleich ein großes Vertrauen. Dieses Vertrauen muss erarbeitet werden. Wir haben es uns gemeinsam erworben: meine Fraktion und die Sächsische Union unter Führung von Fritz Hähle und die Staatsregierung mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Vor allem aber übertrugen die Wähler meiner Fraktion damit die politische Verantwortung für die Zeit der 3. Legislaturperiode.

Mit meiner Wahl zum Ministerpräsidenten hat meine Fraktion diese Verantwortung für das Land erneut auch an mich übertragen. Ich danke meiner Fraktion für diese Entscheidung. Es ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine besondere Verantwortung. Zugleich damit ist die Erwartung der Bevölkerung verbunden, es werde dabei bleiben, dass Wahrheit und Klarheit unsere politische Arbeit auch in Zukunft bestimmen mögen. Ich werde meine ganze Kraft daransetzen diese Erwartung nicht zu enttäuschen.

Zu dieser Wahrheit gehört es auch zu sagen, was der Staat kann und was er nicht kann. Wir werden auch in Zukunft nichts versprechen, was wir nicht halten können. Wir werden auch nichts versprechen, was wir nur zulasten kommender Generationen einlösen könnten. Verträge zulasten Dritter sind nichtig, auch in der Politik.

Die Landtagswahl hat das Verhältnis zwischen Regierungsfraktion und Oppositionsfractionen kaum geändert. Die Mehrheit hat ein Mandat an die Opposition verloren. Wesentlicher sind die Veränderungen innerhalb der Opposition. Die SPD ist nicht länger ihre führende Kraft.

Herr Kollege Kunckel hat seine Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode in dieser Funktion geführt. Er hat dabei Maßstäbe gesetzt, an denen die Oppositionsführung in Zukunft gemessen werden wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich danke ihm für eine faire und konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle unseres Landes.

Die Landtagswahl hat schließlich gezeigt, dass eine Mehrheit der jüngeren Wähler bereit ist, ihre Zukunft der Sächsischen Union anzuvertrauen. 52 % der Erstwähler, 58 % der Wähler im Alter von 18 bis 25 und 61 % der Wähler im Alter von 25 bis 35 Jahren haben die CDU gewählt. Den Erwartungen und Hoffnungen dieser jüngeren Generation fühle ich mich besonders verpflichtet. Sie sind es, für die das neue Jahrhundert das wichtigere in ihrem Leben werden wird. Durch unsere Entscheidungen in den kommenden fünf Jahren werden wir vor allem ihre Chancen und Möglichkeiten, aber auch die Lasten nachhaltig beeinflussen, die sie in Zukunft werden tragen müssen.

Über das nach neun Jahren Erreichte habe ich dem Hohen Hause am 24. Juni vor der Landtagswahl Rechenschaft abgelegt. Aufgabe meiner heutigen Regierungserklärung ist es, die politischen Richtlinien zu erläutern, die die Arbeit der Staatsregierung in den kommenden Jahren bestimmen werden. Dabei geht es mir vor allem um fünf Aufgabengebiete. Sie standen auch im Mittelpunkt meiner Aussagen im zurückliegenden Wahlkampf. Diese Aufgabengebiete sind:

Erstens. Wirtschaft und Arbeit: Was ist notwendig für den weiteren wirtschaftlichen Aufbau unseres Landes? Wie kommen wir in den nächsten fünf Jahren unserem gemeinsamen Ziel näher, Sachsen zu einer der dynamischsten Regionen Deutschlands werden zu lassen?

Zweitens. Erziehung, Ausbildung und Bildung: Sie sind die Grundlage für ein Leben in verantworteter Freiheit, für ein Leben in solidarischer Gemeinschaft für den Aufbau des Landes und eine nachhaltige Sicherung des Wohlstandes und für die Fähigkeit, Verantwortung gegenüber anderen und für das Gemeinwesen zu übernehmen.

Drittens. Ein moderner Staat mit einer leistungsfähigen Verwaltung: Das betrifft das Verhältnis von Bürgern zum Staat, die Abgrenzung der Zuständigkeiten, die Aufgabenverteilung und in diesem Zusammenhang auch die Sicherung der Freiheitsräume der Bürger. Es betrifft die Haltung der Verwaltung und ihren Respekt vor den Bürgern. Es geht um eine leistungsfähige Verwaltung, ihre Kontrolle und die Sicherstellung der Aufgabe, dass die Verwaltung den Bürgern dient und nicht die Bürger der Verwaltung, und schließlich die Klarheit, dass solide Staatsfinanzen und der Wohlstand des Landes auch von einer guten Verwaltung abhängen.

Viertens. Die Sicherheit und Verlässlichkeit durch den Solidarpakt und seine Fortsetzung über das Jahr 2004 hinaus: Dabei geht es um den Stand der bisherigen Arbeiten, den Zeitplan, die Perspektiven, aber vor allem auch die Grundlagen der nationalen Solidarität.

Fünftens. Sachsens Mitwirkung in Deutschland und in Europa: Wirtschaft, so hat es Rathenau einmal formuliert, ist unser Schicksal. Sicher ist, sie ist die Grundlage unserer weiteren Entwicklung, so wie sie die Grundlage in den vergangenen Jahren war. Sachsen wird den Weg von der Industrie- zur Wissensgesellschaft konsequent fortsetzen. Die Staatsregierung wird auch in Zukunft keine eindimensionale Politik betreiben. Sie wird immer mehrere Wege zugleich gehen, wenn dies dem Ziel dient, Sachsen zu einer angesehenen, dynamischen Wirtschaftsregion zu machen.

Unsere traditionellen Industrien, die aus den alten Kernen neu erwachsen sind, sollen sich ebenso weiterentwickeln können wie die neuen Zukunftsindustrien. Beide haben Zukunft in Sachsen. Wir werden uns auch weiterhin um die großen und die mittleren und kleinen Investitionen kümmern. Vor allem aber werden wir mithelfen, unser wertvollstes Kapital, das Wissen, Können und Wollen der Menschen in Sachsen, durch gute Ausbildung, Zusammenarbeit und Förderung zu erhalten und zu mehren.

Der Strukturwandel in der sächsischen Wirtschaft war gewaltig. Seine Folgen sind immer noch spürbar:

- der Rückgang in der Bauwirtschaft, die in den ersten Jahren übergroß geworden war,
- das Wiedererstarken der Industrie; sie dringt mit neuen Produkten Schritt für Schritt in die Märkte ein und erreicht im Export beachtliche Zuwächse,
- die wachsende Bedeutung der Dienstleistungen, die in Sachsen noch längst nicht ihre vollen Möglichkeiten entfaltet haben,
- die Entwicklung der modernen Branchen, die aus neuen Kommunikationstechnologien erwachsen und mit unserer Forschungs- und Wissenschaftslandschaft besonders eng verzahnt sind.

Das Ergebnis dieses Strukturwandels wird die wirtschaftliche Zukunft Sachsens, die Arbeitsplätze und den Wohlstand des Landes bestimmen. Wenn die Menschen in Sachsen ihn weiter so zügig und zielgerichtet bewältigen wie bisher, können wir im Jahre 2015 unser Ziel erreichen, wieder die Position zu erringen, die Sachsen ohne Teilung Deutschlands längst erreicht hätte.

Der Umbau vorhandener und die Ansiedlung neuer Industrien ist in vollem Gange. In den klassischen Branchen ist schon vieles gelungen: im Automobilbau, im Maschinenbau, in der Textilindustrie, in der Lebensmittelbranche, der Chemie, der Papiererzeugung und vielen anderen Bereichen.

Die Entwicklung der neuen Branchen in Sachsen ist eine Erfolgsgeschichte: die Halbleiterproduktion mit Infineon/Siemens, AMD, ZMD und vielen kleinen und mittleren Unternehmen in Dresden, Freiberg mit Wacker, Bayer und Compound Materials; die Systemhäuser, Software- und Hardware-Produzenten nicht nur in Dresden, Chemnitz und Leipzig, sondern inzwischen weit verstreut über ganz Sachsen. Mehr als 500 Software-Unternehmen sind inzwischen entstanden. Die Medienindustrie und ihre Dienstleister, vor allem in Leipzig – sie gehören inzwischen zu den wichtigsten Branchen dieser Stadt. Die Ansiedlung der Großen hat jedes Mal zahlreiche kleine und mittlere nachgezogen. In Sachsen ist aus den Leuchttürmen längst eine beachtliche Lichterkette geworden.

Wir werden weiter alles tun, um Investoren nach Sachsen zu holen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass unser Standort inzwischen so etwas wie eine selbsttragende Anziehungskraft gewonnen hat, dann ist es die Investition von Porsche in Leipzig. Sie kommt ohne einen Pfennig Subventionen aus. Sie kommt wegen der Infrastruktur, wegen der Menschen in Leipzig und deshalb, weil Leipzig ein hervorragendes Image hat.

(Teilweise Beifall bei allen Fraktionen)

Unsere Unternehmen müssen aber noch mehr tun, um die Chancen der neuen Kommunikationstechniken zu nutzen. Wir wollen jedenfalls, dass man in einigen Jahren von unserem Land sagt: Hier hat die Wirtschaft schneller als die Konkurrenz anderswo begriffen, dass das Internet und die

moderner Kommunikationstechnologien die Zukunft bedeuten.

Unsere wirtschaftliche Situation hat sich inzwischen insgesamt gesehen positiv entwickelt. Mit 414 Arbeitsplätzen je 1 000 Einwohner weist Sachsen die vierthöchste Arbeitsplatzdichte der Flächenländer in Deutschland auf. Das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr als in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen, in Rheinland-Pfalz oder im Saarland. Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner ist in Sachsen jahresdurchschnittlich von 1991 bis 1998 um jährlich 6,3 % gestiegen. Das Ausfuhrvolumen hat sich von 1991 bis 1998 verdreifacht. Allein 1998 betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr 43 % – bei noch immer niedrigem Niveau. Aber mit so hohen Wachstumsraten werden wir in der Lage sein, in kürzerer Zeit als im allgemeinen Wachstumsprozess Anschluss an die alten Länder zu finden.

Die sächsische Industrie ist erkennbar auf Expansionskurs. Ihr Anteil an der Industrieproduktion der ostdeutschen Länder steigt stetig: von 31,3 % 1995 auf inzwischen 33,5 % 1998. Auch die Selbständigenquote hat sich seit 1991 verdoppelt. Sie betrug 1998 9,2 %.

Fast 28 % der Bevölkerung Sachsens leben in den drei großen Zentren Chemnitz, Dresden und Leipzig. In den Großstadtreionen um diese Zentren sind es über 45 %. Deshalb war es einleuchtend, dass sich die Wirtschaftspolitik des Freistaates in den ersten Jahren auf diese Regionen konzentrieren musste.

Die drei Oberzentren bilden für den Freistaat das notwendige Gegengewicht zu den Oberzentren anderer Bundesländer und besonders auch zu Berlin. Chemnitz, Leipzig und Dresden erbringen den Nachweis, dass Wissen und Können und die Fähigkeit und der Wille, beides intelligent einzusetzen, in den sächsischen Großstädten zu Hause sind. Oberzentren dieser Größe und Qualität garantieren das Lebensumfeld, das auch die anderen Regionen des Landes befruchtet und im Übrigen Abwanderungen aus Sachsen aufhalten kann. Dieses Ziel ist weitgehend erreicht.

In den kommenden Jahren können wir unsere Anstrengungen um die Förderung nun deutlicher auf die Entwicklung der Regionen außerhalb der Ballungszentren ausrichten. Das geschieht vor allem durch den nachhaltigen Ausbau der Infrastruktur und die Anbindung an die überregionalen Verkehrsadern. Insbesondere in den Regionen mit Außengrenzen hängt die dauerhafte wirtschaftliche Gesundung auch von der Wiederbelebung traditioneller länderübergreifender Wirtschaftsbeziehungen ab. Dies gilt besonders für die Regionen, die die wirtschaftlichen und infrastrukturellen Standards der Großstädte noch nicht erreicht haben. Die Staatsregierung wird mithelfen, dass ihr Abstand von den starken Regionen in den kommenden Jahren wesentlich verringert wird.

Die Lebenschancen müssen in allen Regionen Sachsens vergleichbar sein. Dabei geht es vor allem um den Südraum Leipzig, die Region Oberlausitz/Niederschlesien, den Raum Torgau/Oschatz/Döbeln und das Vogtland. Alle diese Regionen haben spezifische Stärken. Sie werden weiter entwickelt und ausgebaut. Der Freistaat wird sie dabei unterstützen – Hand in Hand mit den eigenen Anstrengungen!

Nur wenn eine Region selbst ihre eigenen Kräfte mobilisiert und für die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts einsetzt, werden auch die

politischen Anstrengungen Erfolg haben, die diese Mobilisierung begleiten.

Unsere Politik wird der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen dienen – im Freistaat selbst, aber auch im Bund. Auf diese Weise ergänzen sich die Anstrengungen der Staatsregierung und der Regionen zu einer Partnerschaft für die Entwicklung. Dazu tragen bei: Netzwerke unter Unternehmen, die sich in ihrer Entwicklung durch gegenseitige Kooperation unterstützen können; gezielte Wirtschaftsförderung und Hilfe bei der Erschließung neuer Märkte; regionale Präsentationen durch entsprechende Veranstaltungen und – das möchte ich ausdrücklich noch einmal betonen – auch die Reform der Sparkassenstruktur.

Dass diese Reform richtig war, zeigt sich inzwischen. Alles fusioniert. Selbst unter den deutschen Großbanken sind Fusionsgerüchte im Umlauf. Das „Internetbanking“ nimmt zu. Bei den Sparkassen wird ähnlich wie bei Strom, Gas und Wasser ein wachsender Wettbewerbsdruck entstehen. Wir wollen, dass unsere Sparkassen dann stark genug sind, um das auszuhalten. Wir wollen, dass sie als bürgernahe Institutionen überleben können; deshalb unsere Reform, die das Ziel hat, die bewährte Nähe der Sparkassen durch neue Stärken zu erhalten.

Der Liberalisierungsprozess in der Elektrizitätswirtschaft kommt schneller voran, als wir geglaubt haben. Wir sind uns darin einig, dass die konsequente Liberalisierung und damit der Wandel energiewirtschaftlicher Strukturen in Deutschland und Europa unvermeidlich ist. Aber dieser Prozess darf nicht einseitig zulasten des Ostens gehen.

Wir wollen eine vernünftige Verteilung des Braunkohlestroms in Deutschland. In Sachsen haben wir mit Lippendorf und dem Neubaublock Boxberg die modernsten Braunkohlekraftwerke der Welt. Wir haben die weltweit modernsten Tagebaue. Strukturveränderungen sind notwendig. Aber der ostdeutschen Energiewirtschaft dürfen nicht besondere Opfer beim Arbeitsplatzabbau aufgebürdet werden.

(Beifall bei CDU und PDS –
Vereinzel Beifall bei der SPD)

Der Osten darf nicht zum Spielball der Hauptaktionäre der Energiewirtschaft in Westdeutschland werden. Das war nicht der Sinn des Stromvertrages. Wir brauchen die Veag und wir werden für den Stromstandort Sachsen kämpfen.

Der Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands und Europas verlangt für Sachsen modernste Verkehrsverbindungen bei Straßen, Schienen, Schifffahrt und Luftverkehr.

Die Verkehrsinfrastruktur ist in den letzten neun Jahren weit vorangekommen. Unsere beiden internationalen Flugplätze garantieren verbesserte Bedingungen zu den Wirtschaftszentren der Welt, sobald im Jahre 2001 die Aufbauarbeiten abgeschlossen sind. Gezielte Projektierung und zügiger Ausbau haben uns gegenüber dem Flughafenprojekt Berlin einen entscheidenden Vorteil gebracht. Der Flughafen Leipzig bietet auf Jahre hin die beste Anbindung an das weltweite Flugnetz im Osten Deutschlands, auch für die Bundeshauptstadt.

Wachsende Verkehrsströme lassen sich dauerhaft nur durch Straße und Schiene beherrschen. Die Sanierung und der Ausbau der Eisenbahnnetze in Sachsen darf deshalb nicht an rein fiskalischen Überlegungen des Bundes schei-

tern oder durch solche Überlegungen wesentlich verzögert werden.

(Beifall bei der CDU)

Was wir an falscher Stelle sparen, bezahlen wir später durch Rückschläge in unserer wirtschaftlichen Entwicklung und damit langfristig auch durch Schwächung der öffentlichen Einnahmen.

Die Investitionen in den Straßenbau haben wir stets als Zukunftsinvestitionen gesehen. Vieles wurde bisher erreicht. Der Freistaat stellt, bezogen auf Einwohner und Straßennetzlänge, deutschlandweit den höchsten Finanzrahmen für seine Straßen bereit.

Die Bedeutung für Wirtschaftszentren und strukturschwächere Regionen zeigt der Neubau der A 4. Ostachsen ist jetzt wesentlich besser erreichbar. Jede Autobahnabfahrt wird zu einem Wachstumsknoten, an dem sich wirtschaftliche Tätigkeit entfalten kann. Es gilt eben auch hier: Den Verkehrswegen folgt die Wirtschaft und der Handel auf dem Fuße. Das bringt die Region voran.

Die strukturell benachteiligten Regionen erhalten im Übrigen Wachstumsimpulse auch durch die zunehmende Verlagerung der Baumaßnahmen von den Verkehrshauptadern zu den Bundes- und Staatsstraßen hin. Bei den Kommunen wünscht sich die Staatsregierung gleiche Prioritätsentscheidungen zugunsten der Straße.

Arbeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, war in Sachsen das zentrale Thema der Regierungspolitik in den letzten Jahren. Daran wird sich auch in den nächsten Jahren nichts ändern.

Bei der Beschäftigung konnte sich Sachsen, wie ich schon erwähnt habe, an den Westdurchschnitt annähern. Die Zahl der Erwerbstätigen je tausend Einwohner mit 414 ist fast gleich hoch wie die im bundesdeutschen Durchschnitt mit 415.

Noch immer haben wir eine hohe Arbeitslosigkeit. Aber beinahe 82 % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen gingen im September 1999 in Sachsen einer Erwerbstätigkeit nach. Die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen wächst. Der Zuwachs wird zurzeit noch durch die Strukturveränderungen in der Bauwirtschaft und dem damit verbundenen Stellenabbau überdeckt.

Unternehmer und Arbeitnehmer haben in den letzten Jahren insgesamt ihre Leistungsfähigkeit beeindruckend unter Beweis gestellt. Dafür danken wir ihnen.

Fortschritte zeigen sich auch bei der Einkommensentwicklung. Die Diskussion um die Angleichung der Löhne und Gehälter wird mit dem ausschließlichen Bezug auf Bruttoeinkommen der tatsächlichen Einkommens- und Kaufkraft aber nicht gerecht. Zwar lagen 1998 die Bruttolöhne und -gehälter bei durchschnittlich 77 % West. Die Haushaltsnettoeinkommen in Sachsen betragen jedoch durchschnittlich 83 % West. Das ist vor allem der unterschiedlichen Steuerbelastung geschuldet. Die Kaufkraft der sächsischen Haushaltsnettoeinkommen lag 1998 dank niedrigerer Lebenshaltungskosten und günstigerer Mieten bei knapp 90 % der Kaufkraft der durchschnittlichen westdeutschen Haushaltsnettoeinkommen.

Vergleichbare Differenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, findet man auch innerhalb Westdeutschlands. Dort schwankte 1997 der Bruttojahreslohn pro Kopf zwischen 75 % des westdeutschen Durchschnitts im Bayerischen Wald und fast 126 % in der Region Leverkusen. Diese Nettokaufkraftvergleiche halte ich deshalb für

unverzichtbar, weil sie auch die Diskussion um die Lohn- und Gehaltsanpassung Ost-West anders beurteilen lassen. Ich möchte hier noch einmal festhalten, dass wir eine kurzfristige Anpassung der Bruttolöhne Ost an die westdeutschen Bruttolöhne nicht werden leisten können. Im öffentlichen Dienst wären sie für den Freistaat Sachsen nicht bezahlbar.

Um die Arbeitslosigkeit wirksam abzubauen, bedarf es einer sorgfältigen Analyse ihrer Strukturen. Entscheidend ist in jedem Fall die Senkung der Arbeitskosten. Das wird heute von niemandem mehr ernsthaft bestritten. Zu dieser Senkung der Arbeitskosten müssen die Tarifparteien ebenso beitragen wie die Steuer- und Abgabenpolitik. Vor allem hier, bei der unzureichenden Steuer- und Abgabenpolitik, liegt eines unserer Hauptprobleme. Ich werde darauf noch einmal zurückkommen.

Ich habe im Hohen Hause schon öfter vorgetragen, dass die Arbeitslosigkeit unterschiedliche Strategien für unterschiedliche Formen der Arbeitslosigkeit erfordert. Das gilt auch für die Zukunft. Von allen Arbeitslosen waren in Sachsen im September 1999 29 % oder 109 000 bis zu drei Monaten arbeitslos. Von diesen waren über 70 % jünger als 45 Jahre. Das heißt, die Arbeitslosen haben innerhalb von drei Monaten einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Insoweit funktioniert der Arbeitsmarkt ohne zusätzliche Instrumentarien

Der gestern vorgelegte Bericht des Sachverständigenrates lässt im Übrigen erkennen, dass wir auch hier nicht im nächsten, aber im mittelfristigen Zeitraum mit einer Belebung der Wirtschaft und damit auch mit einer Belebung des Arbeitsmarktes rechnen können.

37 % der Arbeitslosen oder 140 000 in Sachsen waren zwischen sechs und zwölf Monaten auf der Suche nach einem Arbeitsplatz. Die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen beeinflussen die Arbeitssuche dieser Gruppe am wirksamsten. Und lassen Sie mich hier hinzufügen: Jede Verunsicherung der Unternehmen oder der Konsumenten durch eine falsche, eine widersprüchliche oder eine perspektivlose Politik führt zum Verlust von Arbeitsplätzen zulasten vor allem dieser Gruppe von Arbeitslosen.

(Beifall bei der CDU)

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen, der Menschen, die mindestens ein Jahr arbeitslos waren, belief sich auf 33,4 % oder rund 125 000 Menschen. Dieser Personenkreis findet mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit kaum aus eigener Kraft oder durch die normale Arbeitsvermittlung in den Arbeitsmarkt zurück. Hier werden wir eigenständige Strategien entwickeln. Sie sollen neben dem klassischen Arbeitsmarkt zu neuen Formen der Beschäftigung führen.

Sie müssen den regionalen Besonderheiten Rechnung tragen.

Um über diese regionalen Besonderheiten bessere Informationen zu gewinnen, steht dem Freistaat Sachsen mit dem Erwerbsstatistikgesetz ein in Deutschland neues Instrument zur Verfügung. Das Statistische Landesamt hat inzwischen erste, wenn auch noch vorläufige Daten vorgelegt. Sie zeigen, dass unsere statistischen Angaben zur Langzeitarbeitslosigkeit zutreffen. Danach sind mehr als 35 % der Arbeitslosen nicht nur mehr als ein Jahr auf Arbeitsplatzsuche, sondern die Hälfte von ihnen schon mehr als zwei Jahre.

Ich habe an anderer Stelle und in anderem Zusammenhang schon mehrfach darauf hingewiesen und möchte das

deshalb heute nicht ausführlich wiederholen, dass sich die Langzeitarbeitslosigkeit nicht mit den klassischen Instrumenten der Arbeitsmarktpolitik erfolgreich bekämpfen lässt. Was gefordert ist, ist eine starke Regionalisierung von Strategien in diesem Feld. Den Langzeitarbeitslosen kann wirksam nur vor Ort geholfen werden.

Um dies zu erreichen, hat die Staatsregierung ein erstes Pilotprojekt „Tauris“ gestartet. Es soll älteren Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern dabei helfen, sinnvolle Aufgaben mit gesellschaftlicher Akzeptanz und hoher Eigenmotivation außerhalb des Erwerbsarbeitsmarktes zu finden.

Lassen Sie mich hinzufügen: Eine solche Strategie ist nur erfolgreich, wenn die Starken in den Kommunen und Regionen mittun, wenn es dahin kommt, dass Langzeitarbeitslose nicht deshalb, weil sie langzeitarbeitslos sind, von den Starken ausgegrenzt werden.

Wir wollen des Weiteren die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erreichen. Vorschläge dazu haben wir bereits Ende letzten Jahres der neuen Bundesregierung vorgelegt. Die Zielrichtung der Sozialhilfe als Hilfe zur Selbsthilfe ist zunehmend zurückgetreten. Eine Konvergenz beider Systeme wird uns erlauben, neue Wege zu beschreiten, um besonders den Langzeitarbeitslosen eine sinngebende Beschäftigung anzubieten. Die „Aktion 55“ war und ist dazu ein gutes Vorbild. Sie sollte im Rahmen des Möglichen weitergeführt werden.

(Beifall bei der CDU)

Zwei Erkenntnisse ergeben sich aus den bisherigen Überlegungen:

Erstens. Die Fragmentierung der Arbeit, die wir zunehmend erleben, ist kein auf Ostdeutschland begrenztes Phänomen.

Zweitens. Der Faktor Arbeit kann auf Dauer nicht die wesentliche oder gar die alleinige Grundlage für die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme bleiben.

Schon 1996 bestand unter den Ministerpräsidenten Einvernehmen darüber, dass neben der Erwerbsarbeit andere Finanzierungsgrundlagen für die sozialen Sicherungssysteme gefunden werden müssen. Bleibt es bei der gegenwärtigen Belastung der Arbeit allein durch Sozialkosten in Höhe von 40 %, dann werden immer mehr Arbeitsplätze abwandern oder durch Kapitalinvestitionen ersetzt.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Beifall bei der PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit wir uns keinen Illusionen hingeben: Dieser Prozess ist durch keine noch so intensive staatliche Intervention veränderbar. Sie führt nur dazu, dass die kraftvollen Entwicklungen abwandern und die ständig der Förderung bedürftigen bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Das kann jedoch gerade nicht im Sinne der Zukunftsfähigkeit unseres Landes sein.

Bei der Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben sind wir entscheidend von der Bundespolitik abhängig. Die Arbeit ist in zweifacher Hinsicht durch bundespolitische Entwicklungen beeinflusst, nämlich einmal durch die Auswirkungen der Bundesgesetzgebung auf die wirtschaftliche Entwicklung, vor allem das unternehmerische Handeln, und zum anderen durch die Auswirkungen der Bundesgesetzgebung auf die Sozialsysteme und damit die Belastung der Arbeit.

In beiden Entwicklungen sind Reformen dringend angezeigt und es gibt kaum noch eine seriöse Institution, die sie nicht einfordert, angefangen von der Bundesbank über den Sachverständigenrat bis zu allen konjunkturpolitischen Institutionen.

Aber die Entwicklung stockt. Die Gründe können wir täglich in der Zeitung nachlesen. Unser Ziel muss es sein, uns nicht mit der Kritik an dieser Situation aufzuhalten, sondern mitzuwirken, um die Kräfte zu beleben, das heißt die Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die derzeit zu einer Schwächung der Aufwuchs- und der Entwicklungskräfte im Land führen. Dazu wird Sachsen das beitragen, was es beitragen kann.

Vom Landes-DGB ist mir gestern der Vorschlag gemacht worden, formell ein Bündnis für Arbeit einzurichten. Herr Kollege Lucassen in seiner Eigenschaft als DGB-Landesvorsitzender hat mir geschrieben und mitgeteilt, von Arbeitgebern gebe es dafür positive Signale.

Die Staatsregierung begrüßt jede enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Aber, Herr Kollege Lucassen, Bündnisse haben wir längst. Wir betreiben sie seit Jahren. Wir haben verschiedene Institutionen geschaffen, wie zum Beispiel für die berufliche Ausbildung, die Institutionen für Innovation und Arbeit und vieles andere mehr. In diesen Institutionen findet eine Fülle von Kooperationen statt.

Gegenstände, wie Sie sie erwähnen, nämlich Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, öffentliche Investitionen und Erschließung neuer Beschäftigungsfelder, gehören nicht in ein Bündnis für Arbeit, sondern in diesen Landtag. Es sind politische Aufgaben, die mit politischer Verantwortung von den politischen Mandatsträgern ausgeübt werden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind die Bündniserfahrungen auf Bundesebene alles andere als ermutigend.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Solange die Bündnispartner ihre wesentliche Funktion darin sehen, jeweils die Bedingungen zu formulieren, unter denen sie bereit sind das Bündnis weiterzuführen, und sich im Wesentlichen in diesen Aufgaben erschöpfen, sind solche Bündnisse kontraproduktiv. Sie behindern uns bei der politischen Entwicklung, statt sie zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

Ihre Partei, Herr Kollege Lucassen, hat Ihnen die Möglichkeit gegeben jetzt im Landtag mitzuwirken. Also tragen Sie doch die Ideen und Aufgaben, die Sie in einem formellen Bündnis für Arbeit erledigen wollen, in dieses Hohe Haus!

(Jurk, SPD: Da können Sie sicher sein!)

Sachsens wichtigstes Kapital, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das Wissen und Können seiner Bevölkerung. Aufgabe der Bildungspolitik auf allen Ebenen, der Erstausbildung wie auch der Weiterbildung, ist es deshalb, das Wissen und Können unserer Bevölkerung nicht nur zu sichern, sondern stetig zu vermehren – zum Wohl der Menschen selbst und der Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Um diesen Anforderungen der Bildungspolitik beim Übergang zur Wissensgesellschaft gerecht zu werden, brauchen

unsere Schulen neben modernen Lehrinhalten Kontinuität. Sie brauchen vor allem ausreichend Lehrer, gute Lehrmittel und ordentliche Schulbauten.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Im Leistungsvergleich mit den Einrichtungen anderer Bundesländer schneiden unsere Schulen sehr gut ab. Das Abitur nach zwölf Jahren ist zum Vorbild für Reformschritte auch in den westdeutschen Ländern geworden.

Diese Erfolge sind das Ergebnis der Leistungsbereitschaft unserer Lehrer und Schüler. Sie mussten die Belastungen des notwendigen Umbruchs auffangen. Es verdient unsere Anerkennung, dass sie trotz der hohen Anforderungen, die täglich an sie gestellt werden, ihre Leistungsbereitschaft und vielfach ihren Enthusiasmus nicht verloren haben.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der PDS)

In den kommenden Jahren geht es darum, die Versorgung der Schulen mit Lehrern zu verbessern, ein möglichst engmaschiges Schulnetz zu erhalten, – –

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Beifall bei der PDS)

– Ich freue mich sehr über die Zustimmung; ich hoffe, sie realisiert sich nachher auch in der konkreten Arbeit.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Prof. Dr. Porsch, PDS: Wir freuen uns über Ihre Äußerung.)

– den Unterrichtsausfall weiter abzusenken und die Qualität des Unterrichts weiter zu steigern.

Herr Kollege Rößler, Sie können sich auf ein einmütiges Haus stützen, wenn Sie diese Dinge in Gang setzen.

(Beifall bei CDU und PDS – Zuruf des Abg. Jurk, SPD)

Wir haben vor neun Jahren eine desolante Schulbausubstanz vorgefunden. – Jetzt wünschte ich mir auch den Beifall der PDS.

(Beifall bei der CDU)

Der Sanierungsbedarf betrug etwa 8 Milliarden DM. Inzwischen haben Freistaat und kommunale Schulträger etwa 4 Milliarden DM investiert und damit rund die Hälfte aller sächsischen Schulen renoviert.

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Porsch, PDS)

Vor allem im Berufsschulbereich überwogen die Neubauten.

Innerhalb der jetzt beginnenden Legislaturperiode müssen wir den Versuch unternehmen, auch die zweite Hälfte der gewaltigen Sanierungsaufgabe zu schultern und die kommunalen Schulträger zu unterstützen, wenn sie diese Aufgabe trotz richtiger Prioritätensetzung nicht im Rahmen ihrer eigenen Kräfte lösen können.

(Zuruf von der SPD: Haben Sie einen anderen Bildungsminister?)

Das heißt aber zugleich auch – das möchte ich ausdrücklich unterstreichen –, dass wir nicht in der Lage sind Defizite auszugleichen, die durch falsche Prioritätensetzung entstanden sind.

(Beifall bei der CDU)

Zur unverzichtbaren Infrastrukturentwicklung gehören besondere Anstrengungen zur Ausstattung der Schulen

mit modernen Kommunikations- und Informationstechnologien.

(Beifall bei der CDU)

Computer gibt es an sächsischen Schulen, aber es sind nicht genug. Es gibt auch Lehrer, die im Unterricht den Umgang mit Computern vermitteln können, aber auch ihre Zahl ist noch nicht ausreichend.

Mit dem Projekt „Schule auf dem Weg in die Informationsgesellschaft“ soll die zentrale Ausstattung aller sächsischen Schulen mit einer einheitlichen Hard- und Softwarebasis und ständig verfügbaren Internetzugängen erreicht werden.

Meine Damen und Herren, das, was wir uns hier vornehmen und mit der angestrebten Bildungsoffensive Sachsen verfolgen, ist keine technische Spielerei, sondern es ist die Entwicklung neuer Medien und damit einer neuen Kulturtechnik.

(Beifall bei der CDU)

Ohne diese Kulturtechnik haben gerade diejenigen keine Zukunft, die jetzt in das Erwachsenenleben oder auch in das Schulleben eintreten.

Deshalb muss Schul- und Bildungspolitik Antwort auf die Frage geben: Was müssen unsere Kinder in zehn, 20 oder 30 Jahren können und wie wird dieses Können erworben? Dabei dürfen sich die Lehrinhalte nicht nur an der Arbeitswelt orientieren oder auf technokratisches Wissen beschränken. Wir werden die Erfahrung machen, dass die Allgemeinbildung, dass die breite Grundlage der Bildung, die es ermöglicht, mit gänzlich unterschiedlichen Lebenssachverhalten zurechtzukommen, an Bedeutung immer mehr zunehmen wird.

Der Bildungsauftrag muss deshalb lauten: Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten, die unter Bedingungen hoher Komplexität in einer komplexen Gesellschaft Stabilität vermitteln.

(Zuruf von der SPD: Da haben wir einen besseren Vorschlag!)

Auch in diesem Herbst wird man wieder von einem Lehrstellenmangel sprechen. Einen solchen Mangel – jedenfalls für das Land Sachsen gesagt – gibt es jedoch eher in der öffentlichen Wahrnehmung als in der Wirklichkeit.

(Widerspruch bei SPD und PDS)

Am Ende dieses Jahres wird wieder jeder, der eine Lehrstelle sucht und qualifiziert ist, eine berufliche Ausbildung erhalten, so wie das auch in den letzten Jahren war. So wird es auch in den zukünftigen Jahren sein.

Interessant für die Beurteilung der Situation, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Blick auf die 23 000 bundesweit unbesetzten Ausbildungsplätze. Diese Ausbildungsplätze sind nicht unattraktiv, sondern es sind Ausbildungsplätze in der Informatikbranche sowie im kaufmännischen Sektor. Die Anforderungen dieser Ausbildung sind hoch. Zu viele der etwa 35 000 langzeitarbeitslosen Jugendlichen in Deutschland leiden nicht an einer mangelnden Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft, sie leiden an einem eklatanten Mangel an Basiswissen. Gerade diesen Mangel wollen wir mit unserer Bildungspolitik beheben.

Neben den Schulen tragen die Hochschulen im Land, die Universitäten und Fachhochschulen als Stätten der Forschung und der Innovation einen wesentlichen Teil der

Zukunftsaufgaben. Sie garantieren eine zukunftsorientierte Lehre und bieten die Chance zu einer Bildung, die zur eigenständigen Weiterentwicklung befähigt.

Dabei geht es der Staatsregierung neben der Notwendigkeit des Wettbewerbs in Wissenschaft und Hochschulen auch um die Zusammenarbeit unserer Universitäten und Hochschulen untereinander und mit den Einrichtungen der außeruniversitären Forschung. Das Projekt „Teleteaching“, mit dem zwischen der Bergakademie Freiberg und der Technischen Universität Dresden Teile von Lehrveranstaltungen auf der Datenautobahn verschickt werden, ist ein erstes Beispiel für eine solche Zusammenarbeit. Unser Ziel ist eine umfassende Vernetzung der Universitäten im Land zu einer weiteren Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit und der Möglichkeit höherer Spezialisierung, ohne dass dadurch isolierte Einzelstandorte entstehen.

Die Staatsregierung wird in Kürze eine Hochschulentwicklungskommission berufen. Diese erhält den Auftrag, Empfehlungen für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung der sächsischen Hochschullandschaft unter Berücksichtigung absehbarer Entwicklungen im Bereich der Demografie, im Bereich der Kommunikationstechnologie und in ähnlichen Bereichen zu formulieren. Diese Empfehlungen sollen unter anderem Aussagen zu Grundrichtungen der strukturellen Weiterentwicklung, zur Personalstärke und zur Anzahl personalbezogener Studienplätze sowie zur Abgrenzung der Ausbildungsaufgaben von Universitäten und Fachhochschulen enthalten.

Um die Autonomie der Hochschulen zu stärken und damit betriebswirtschaftliches Handeln überhaupt erst möglich zu machen, müssen wir das Verhältnis zwischen Universitäten und Staat weiterentwickeln. Wir wollen den staatlichen Einfluss zugunsten globaler Leistungsaufträge bei gleichzeitiger Ergebnisverantwortung und Rechenschaftspflicht der Hochschulen ersetzen.

(Beifall des Abg. Dr. Grüning, CDU)

Die schnelle Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Wissensgesellschaft und die wachsende Zahl älterer Menschen in unserer Bevölkerung machen das lebenslange Lernen zu einer Existenzbedingung für unsere Gesellschaft und für ihre Zukunftsfähigkeit. Die Weiterbildung wird deshalb zu einer Hauptaufgabe der Hochschulen werden.

Durch die Entwicklung von Aufbaustudiengängen für Berufstätige und ältere Menschen sollen die Hochschulen dieser Aufgabe Rechnung tragen. Für die Hochschulen könnten diese Aufbaustudiengänge zu einer Quelle von Innovation für das gesamte Studiensystem werden.

Das neue Sächsische Hochschulgesetz eröffnet die Möglichkeit, Zentren für Weiterbildung zu errichten. Es bietet damit den Hochschulen den nötigen Freiraum, um auf diesem Gebiet eigenverantwortlich tätig zu werden.

Die Wissensgesellschaft entwickelt sich weltweit. In diesem globalen Rahmen werden nur jene Länder und Regionen erfolgreich sein, die für die besten Köpfe attraktiv sind. Deutschland zählt – im Gegensatz zu seiner Vergangenheit – international heute nicht mehr zu den Ländern, in denen viele junge Menschen aus allen Kontinenten studieren wollen. Das ist nicht nur eine Gefahr für die Entwicklung unserer Hochschulen, sondern auch für unsere Zukunft. Es liegt deshalb in unserem ureigensten Interesse, die Zahl ausländischer Studierender und Nachwuchswis-

senschaftler an unseren Universitäten und Hochschulen deutlich zu erhöhen.

(Beifall bei der CDU)

Für amerikanische, britische und australische Universitäten etwa gehört dies schon lange zu den wichtigsten Aufgaben der Hochschulen.

Unsere Universitäten werden mit dieser Aufgabe auf Dauer nur dann erfolgreich sein, wenn sie auch in der Lehre internationalen Maßstäben gerecht werden. Dies gilt für die Formen des Studiums, für die Art der akademischen Grade und nicht zuletzt auch für die Mehrsprachigkeit im wissenschaftlichen Leben. Dabei heißt Internationalität nicht, andere zu kopieren.

Aber eines müssen wir von den Universitäten des englischen Sprachraumes lernen und müssen insoweit auch umdenken: Die Universitäten dieses Sprachraums sind weithin zugleich Ort des gemeinsamen Lernens und des gemeinsamen Lebens. Das heißt, sie beziehen die Studenten nicht nur in den Vorlesungen, sondern in ihrer gesamten Anwesenheit in das Leben der Universitäten ein. Unsere sächsischen Universitäten müssen sich an solchen Vorbildern orientieren. Sie müssen umfassende Studien- und Betreuungsangebote entwickeln und diese in gut durchdachter Weise auch auf den internationalen Bildungs- und Ausbildungsmärkten anbieten.

Meine Damen und Herren! Bereits in 13 bis 15 Jahren wird es aufgrund der demografischen Entwicklung zu einem Konkurrenz um Studenten kommen. Schon heute rekrutieren Unternehmen Studenten während des Studiums mit Gehaltszahlungen, um sie später an das Unternehmen zu binden.

Diese Entwicklung wird sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir müssen ihr durch innovative Strategien begegnen.

Sachsens Hochschulen, besonders die zahlreichen Forschungsinstitute, sind auch Produktionsstätten für den Wohlstand der Zukunft. Darüber hinaus sind unsere Forschungs- und Entwicklungspotenziale ein wichtiger Faktor für den erfolgreichen Standortwettbewerb. Die Ansiedlung von AMD, auch von Siemens, ist Beweis für die Attraktivität dieser Standortkomponenten. Mit seinen vier Universitäten, fünf Fachhochschulen, sechs Max-Planck-Instituten – 8 % der gesamten Bundeseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft –, neun Fraunhofer-Institutionen und -Einrichtungen, sieben Leibniz-Instituten, einer Großforschungseinrichtung, zehn Landeseinrichtungen, 40 Forschungs-GmbHs, 21 Technologiezentren und 22 technologieorientierten Gründerzentren ist Sachsen gut für den internationalen Wettbewerb gerüstet. Wir wollen diese Entwicklung in den nächsten Jahren weiter fortsetzen.

(Beifall bei der CDU)

Denn in diesen Institutionen und Einrichtungen wird heute gesät, meine Damen und Herren, was morgen geerntet wird.

Wichtig ist, dass wir auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung unsere jungen Leute, insbesondere die Abiturienten, motivieren sich eine gute Hochschulausbildung anzueignen.

Besonders freue ich mich in dem Zusammenhang darüber, dass die Neigung, Ingenieurwissenschaften zu studieren, wieder zunimmt. Ich denke, dass wir darin auch einen

Ausdruck der Wirksamkeit unserer bisherigen Anstrengungen sehen können.

Mit der Neubildung der Staatsregierung werden – um zum Verwaltungsabschnitt zu kommen – Geschäftsbereiche verändert. Die wesentlichen Veränderungen sind die Umressortierung der Landesplanung vom Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft zum Staatsministerium des Innern, die Konzentration der Zuständigkeit für die Jugendhilfe beim Staatsministerium für das Soziale, die Konzentration der Schulaufsicht beim Staatsministerium für Kultus einschließlich der beruflichen Schulen im Gesundheitswesen und der land- und hauswirtschaftlichen Berufsschulen.

Daneben sind eine ganze Reihe von kleineren Änderungen vorgeschlagen, mit denen sich das Kabinett in der Abfolge seiner zukünftigen Arbeit befassen wird.

Nach Abschluss der Aufbauzeit ist die Notwendigkeit einer Weiterentwicklung unserer Verwaltung und damit einer Verwaltungsreform unbestritten. An den Grundsätzen: Verzicht auf nicht erforderliche Aufgaben, Vorrang der Privatisierung, Vorrang der Kommunalisierung und Dezentralisierung hat sich auch nach den Erfahrungen der zurückliegenden Jahre nichts geändert.

In den nächsten Jahren geht es darum, eine zukunftsfähige, bürgernahe und gleichzeitig leistungsfähige Verwaltung weiterzuentwickeln und weiter aufzubauen. Sie soll sich den dynamischen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft anpassen können. Schon während der letzten beiden Legislaturperioden haben wir uns dieser Aufgabe gewidmet. Wir haben damit gegenüber anderen ostdeutschen Ländern einen deutlichen Vorsprung gewinnen können.

Unverzichtbare Grundlage unseres staatlichen Handelns ist auch in Zukunft die solide und zukunftsorientierte Haushaltspolitik Sachsens. Beginnend mit dem Haushaltsjahr 1993 wurde die Nettokreditaufnahme Jahr für Jahr kontinuierlich gesenkt. Die Früchte dieser Politik werden immer deutlicher: Sachsen hat die niedrigste Schuldenquote aller ostdeutschen Länder.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Erfahrung zeigt: Der Weg über eine höhere Verschuldung führt nicht zu mehr Wirtschaftskraft, denn Sachsen hat mit 50 % die höchste Steuerfinanzierungsquote aller ostdeutschen Länder.

Das heißt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben nicht nur in der Gegenwart eine höhere Leistungsfähigkeit dank geringerer staatlicher Verschuldung, sondern wir haben vor allem für die nachkommenden Generationen ein sehr viel niedrigeres Zinslastniveau

(Beifall bei der CDU)

und damit auch ein wesentlich niedrigeres Zinslastrisiko; denn in dem Maße, in dem die Zinsen steigen – sie werden irgendwann wieder steigen –, werden die Belastungen des Staatshaushaltes unerträglich. Sie zehren die noch offenen Handlungsräume auf, wenn die Staatsverschuldung zu hoch ist.

Diese Steuern, die wir einnehmen – 50 % Steuerfinanzierungsquote –, sind Steueraufkommen, das von den sächsischen Bürgern erarbeitet wird. Ihnen, den Bürgern, sind wir verantwortlich für einen sparsamen und zielführenden Umgang mit ihren Steuern. Den nachwachsenden Generationen sind wir verantwortlich dafür, dass wir ihre Zukunft nicht durch Staatsverschuldung verstellen.

Der Weg zu mehr eigener Wirtschafts- und Finanzkraft führt über Investitionen. Nur so werden die Werte geschaffen, die in der Zukunft Nutzen stiften können, die das Wachstum fördern und damit die Einkommensbasis zukünftiger Generationen verbreitern.

Die Pro-Kopf-Investitionen Sachsens sind 1999 noch immer mehr als dreimal so hoch wie im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Das hat seinen guten Grund: Ein Großteil der Investitionsaufgaben im Westen ist erledigt; wir haben ihn noch vor uns.

Der Auf- und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur eröffnet den sächsischen Unternehmen die notwendigen Wachstumsvoraussetzungen. Wir wollen deshalb auch in Zukunft an dem Vorrang der Investitionen festhalten. Wir wollen uns damit den finanziellen Rahmen für zukunftsorientierte Investitionen sichern. Ich bitte alle Mitglieder dieses Hohen Hauses, uns bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Dies stellt besondere Anforderungen an die öffentliche Verwaltung. Es verlangt von ihr ein effektives Handeln unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten. Dazu gehört eine neue und anpassungsfähige Kontrolle der Finanzmittel. Sie darf sich nicht nur an der kameralistischen Haushaltsführung orientieren. Eine betriebswirtschaftlich ausgelegte und projektbezogene Haushaltsdarstellung erhöht die Flexibilität der Aufgabenerledigung. Sie ist Voraussetzung für ein wirksames Controlling. Intelligenterer Mitteleinsatz ist die einzige Möglichkeit, die Wirksamkeit der knappen Mittel zu erhöhen.

Intelligenz kann beliebig wachsen und Wachstum intelligenterer Lösungen führt zu Wachstum der Ergebnisse ohne Erhöhung der Kosten. Dies muss auch in Zukunft unser Leitfaden sein.

Wenn wir wirtschaftliche Strukturen erreichen wollen, muss die Verwaltungsreform alle Bereiche der Verwaltung erfassen, den staatlichen wie den kommunalen Bereich. Wir müssen klären, ob die verbleibenden öffentlichen Aufgaben im Rahmen der Aufbaustruktur der Verwaltung an den richtigen Stellen erledigt werden, ob sie insbesondere die Grundsätze der Spezialisierung von Aufgabenwahrnehmung auf der einen Seite und der Einheitlichkeit der Verwaltung auf der anderen Seite angemessen austarieren. Zersplitterung von Zuständigkeiten führt zu Abstimmungs- und Koordinierungsaufwand. Schwerfällige Verwaltungsverfahren sind investitionsfeindliche Verwaltungsverfahren. Sie werden nicht dem Anspruch des Bürgers gerecht, eine dienende Verwaltung mit prompter Problemerkledigung zu haben.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts der noch immer geringen Steuerkraft des Freistaates Sachsen und mit Blick auf die demografische Entwicklung bleiben Land und Gemeinden aufgefordert Personal zu reduzieren. Die Einrichtung von Behörden muss sich an den Grundsätzen der Bürgernähe, der Wirtschaftlichkeit und der Leistungsfähigkeit orientieren.

Behördenübergreifende zeitaufwendige Koordinationen lassen sich vermeiden, wo es möglich ist, Sonderbehörden in die allgemeinen mittleren Verwaltungsbehörden oder Kreisverwaltungen zu integrieren.

Die Landkreisreform und die Gemeindegebietsreform haben nicht nur zu einer Gebietsneuordnung in Sachsen geführt, sie haben auch die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Einbeziehung der kommunalen Ebene in die Aufgabenerledigung geschaffen. Die 22 Landkreise und

zirka 550 Gemeinden stellen wirtschaftlich und verwaltungsmäßig stabile Einheiten dar.

Diese Neuordnung wäre ohne die überwiegend konstruktive Mitwirkung der kommunalen Ebenen und der Spitzenverbände nicht möglich gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Das Ergebnis unserer gemeinsamen Anstrengungen wird auch außerhalb Sachsens als unverzichtbarer Teil der Modernisierung des Landes gewürdigt.

Eine weitere Verringerung der Zahl der Landkreise – um entsprechenden Gerüchten Rechnung zu tragen – durch Gesetz wird nicht verfolgt. Mit den beiden Gebietsreformen wurde allen Beteiligten in Sachsen Einvernehmen abverlangt. Jetzt gilt es die sich aus den neuen Strukturen ergebenden Chancen zu nutzen; das heißt auch, die Arbeit im Rahmen der gebietlichen Neugliederung qualitativ weiter zu verbessern.

Auf mittlere Sicht erscheint mir eine Kommunalisierung bisher staatlich durchgeführter Aufgaben durchaus sinnvoll, soweit der Aufwand nicht größer wird und es sich nicht um zentrale staatliche Aufgaben handelt. Die Voraussetzungen dafür müssen allerdings geschaffen werden, denn ohne personelle Verstärkung können die Landratsämter die neuen Aufgaben nicht erfüllen. Das Gleiche gilt selbstverständlich für die kreisfreien Städte.

Die Schwierigkeiten wären jedoch lösbar, wenn die neu hinzukommenden Aufgaben zum Teil von bisher staatlichem Personal erfüllt werden könnten. Die Staatsregierung hat darüber bereits mit dem Sächsischen Landtag während der letzten Legislaturperiode Gespräche geführt. Sie wird vorschlagen, dass derartige neue Aufgaben von den Landratsämtern als untere staatliche Verwaltungsbehörde erfüllt werden. Diese Zusammenfassung liegt nicht nur im Interesse besserer Kooperation und Erledigung von Verwaltungsaufgaben, sondern auch im Interesse der Bürger.

Reformen dieser Art können allerdings nur mit Mitwirkung der Beteiligten durchgeführt werden. Sowohl die leitenden Verantwortlichen im kommunalen Bereich als auch die Mitarbeiter in der staatlichen Verwaltung müssen derartige Reformansätze mittragen, wenn das Vorhaben gelingen soll.

Wir haben in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass dies möglich ist. Sie geben mir die Gewissheit, dass auch die weiteren Reformschritte in einem Miteinander gelingen werden.

Organisatorische Überlegungen wie der zweistufige Verwaltungsaufbau haben sich bereits bewährt. Jetzt steht die Modernisierung der Arbeitsabläufe im Mittelpunkt der Verwaltungsreform. Dazu haben wir, wie Sie wissen, mit der Deutschen Telekom eine Vereinbarung getroffen, die dazu führen wird, dass uns die Telekom mit ihrer Internet-technik ein landesweites Intranet für die Staatsverwaltung zur Verfügung stellen wird. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, mit den Behörden untereinander zu kommunizieren sowie mit den Behörden anderer Länder und des Bundes.

In einer weiteren Aufbauphase können auch die Kommunen, Unternehmen und Bürger in dieses Informationsnetz einbezogen werden.

Die Justizbehörden sind beteiligt. So wird der Freistaat Sachsen im Jahre 2002 voraussichtlich als erstes Land der Bundesrepublik ein hochmodernes elektronisches Grundbuch flächendeckend eingeführt haben. Der Aufbau eines

elektronischen Handelsregisters wird zügig vorangetrieben und in dieser Legislaturperiode abgeschlossen.

Unser Ziel ist es letztlich, dass jede Regierungsstelle, jeder Mitarbeiter – vom Minister über den Staatssekretär bis zum Sachbearbeiter – die neuen Techniken wie selbstverständlich beherrscht. Das dient der Verwaltung und verbessert ihre Leistungsfähigkeit.

Eine Funktionalreform bliebe allerdings unvollständig, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sie sich nicht der Reduzierung von Regelungen stellen würde. Sie würde damit auf die Erweiterung von Freiräumen für die Bürger verzichten.

Die Novellierung der Sächsischen Bauordnung hat den Wohnungsbau in Sachsen nachhaltig unterstützt. Sie hat baumäßige Einzelmaßnahmen anzeige- bzw. genehmigungsfrei gestellt.

Die Staatsregierung wird in der jetzt beginnenden Legislaturperiode, wo immer möglich, ein überzogenes Normengebäude abbauen. Die Kreativität der Menschen darf nicht durch unnötige Reglementierung beeinträchtigt werden.

(Beifall bei der CDU – Beifall bei der Staatsregierung)

Meine Damen und Herren! Mittlerweile ist unter allen Ländern und mit der Bundesregierung unstrittig, dass nach dem Auslaufen des Solidarpaktes I Ende 2004 ein Solidarpakt II als Anschlussregelung erforderlich ist. Seine inhaltliche Ausgestaltung ist schwierig. Die politische Situation ist heute eine andere als 1992 und 1993, aber die ostdeutschen Länder bleiben auch weiter auf Transferleistungen angewiesen. Das zeigt die Tatsache, dass die ostdeutschen Flächenländer 1998 eine Steuerfinanzierungsquote von durchschnittlich nur 45,6 % aufweisen. Die gleiche Quote der westdeutschen Flächenländer lag 1998 bei 74,2 %. Wäre Deutschland nicht geteilt worden, gehörte Sachsen schon heute zu den leistungsfähigsten Ländern Deutschlands.

Dank der Arbeit von Staatsminister de Maizière haben die ostdeutschen Bundesländer in den letzten Monaten wichtige Voraussetzungen für eine Anschlussregelung zum Solidarpakt schaffen können. Unter sächsischem Vorsitz ist ein wesentlicher Teil der Vorarbeiten somit inzwischen erledigt. Die Konkretisierung unseres Bedarfs nach 2004 ist schwierig, aber notwendig, denn auch die ostdeutschen Länder tragen eine Begründungspflicht für die Höhe der notwendigen Transferleistungen nach 2004.

Die Situation wird dabei zunehmend beeinflusst von der aktuellen Diskussion um die Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Westliche Länder zum Beispiel fordern in letzter Zeit deutlichere Kürzungen beim Ausbau der Verkehrswege im Osten zugunsten westdeutscher Vorhaben. Aber auch wenn der Wind rauer wird: Die nationale Solidarität hat in Deutschland nach wie vor Substanz. Sie kam auf beeindruckende Weise im ersten Solidarpakt zum Ausdruck. Der Aufbau Ost bleibt eine gesamtdeutsche Aufgabe.

(Beifall bei CDU und PDS – Vereinzelte Beifall bei der SPD – Beifall bei der Staatsregierung)

Die Solidarität ist jedoch keine Einbahnstraße. Die ostdeutschen Länder erwidern sie durch einen möglichst intelligenten und effizienten Einsatz der Mittel. Sie nehmen an allgemeinen Sporbemühungen teil. Aber von Sachsen

sollte nicht verlangt werden, wozu Bayern oder Schwaben nicht bereit wären.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Die Debatte über Qualität und Umfang gesamtdeutscher Solidarität hat durch den Jahresbericht 1999 der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit neuen Ansehens erhalten. Wir begrüßen die Absicht der Bundesregierung, die Leistungen für den Aufbau Ost zu spezifizieren und damit klarer und eindeutiger darzustellen.

Wir haben uns für eine solche Klarheit immer eingesetzt. Wir halten es für unabdingbar, nur solche Leistungen dem Aufbau Ost zuzurechnen, die allein der Entwicklung der ostdeutschen Länder dienen. Für uns haben dabei auch hier Maßnahmen der Investition Vorrang vor konsumtiven Ausgaben. Für Sachsen steht der Ausbau der Infrastruktur als Grundlage für eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung auch im Rahmen des Solidarpakts und seiner Fortsetzung im Vordergrund.

Die Staatsregierung würde es deshalb begrüßen, wenn die Prioritäten der Leistungen des Bundes für den Aufbau Ost im Jahre 2000 durch die Bundesregierung überprüft würden. Insbesondere die Kürzungen bei den Infrastrukturförderungen sind aus unserer Sicht problematisch.

Die Deutschen in West und Ost sind bereit – das ist meine Überzeugung und auch meine Erfahrung – den Aufbau fortzuführen. Sie erwarten klare Ziele, plausible Wege und zielführende Prioritäten. Wir sitzen alle in einem Boot – Ost und West – und das sollte man gerade im Zusammenhang mit dem Gedenken an den zehnjährigen Fall der Mauer noch einmal betonen.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelte Beifall bei der SPD – Beifall bei der Staatsregierung)

Die Menschen erwarten vor allem Perspektiven. Im vorliegenden Bericht der Bundesregierung ist davon allerdings wenig zu finden. Er ähnelt eher der regelmäßigen so genannten Schwanitz-Runde mit den ostdeutschen Ländervertretern. Die bisherigen Ergebnisse dieser Runden sind unbefriedigend. Das ist nicht nur unsere Meinung, sondern die Meinung aller ostdeutschen Länder. Man könnte sagen: viel Papier und kaum Wirkung! Die Staatsregierung wird sich deshalb dafür einsetzen, dass aus der „Chefsache Aufbau Ost“ wirklich eine Chefsache wird. Was sich zu Beginn der Arbeit der jetzigen Bundesregierung gut angefallen hat, sollte wieder aufgenommen werden. Es sollte in konstruktive Gespräche münden, die unseren Bürgern zeigen, dass ihr Einsatz gesehen wird und auf gesamtdeutsche Mitarbeit gerechnet werden kann.

Deutschland hat den Krieg verloren, nicht Sachsen. Alle Deutschen tragen die Mitverantwortung für die Teilung und ihre Folgen für den Osten Deutschlands. Alle werden wir dieser Verantwortung auch in Zukunft und in nationaler Solidarität gerecht werden. Darum geht es beim Solidarpakt und darum geht es bei der Anschlussregelung.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sachsen trägt Verantwortung nicht nur für sich selbst. Als Mitglied des Bundesstaates trägt der Freistaat auch Verantwortung für Deutschland. Er nimmt diese Verantwortung wahr durch Mitwirkung an vertraglichen Regelungen unter den Ländern und durch Mitwirkung an der Bundesgesetzgebung im Bundesrat.

Viel wird uns in den kommenden Monaten und Jahren die Frage nach einer Neuordnung des Verhältnisses von Bund und Ländern beschäftigen müssen. Nicht nur die Klagen der Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen mit dem Ziel, eine Neuordnung der Finanzverfassung zu erreichen, sondern auch der wachsende Kompetenzzwirrwarr zwischen Landes-, Bundes- und europäischer Ebene bedürfen dringend der Überprüfung und Veränderung.

Offensichtlich ist, dass die weitere Entwicklung des Freistaates entscheidend von der Entwicklung der Bundespolitik und der bundespolitischen Gesetzgebung abhängt. Das erste Jahr der neuen Legislaturperiode des Bundestages hat bisher wenig Anlass zu der Hoffnung gegeben, dass die Bundespolitik unsere Bemühungen um den weiteren Aufbau des Freistaates durch geeignete Rahmenbedingungen unterstützen wird.

Weil die bundespolitische Gesetzgebung sich entscheidend auf die weitere Entwicklung des Landes auswirkt, wird der Freistaat sich im Rahmen seiner Möglichkeiten an dieser Gesetzgebung beteiligen und auf sie einzuwirken versuchen. Für den Bundesrat bedeutet das insbesondere, dass bei allen zustimmungspflichtigen Gesetzen der Freistaat im Unterschied zu der vor der letzten Bundestagswahl von den SPD-Ländern praktizierten Blockadepolitik keine Blockadepolitik betreiben wird, auch wenn die Versuchung dazu manchmal groß sein könnte, sondern sich bemühen wird, im Rahmen des Vermittlungsausschusses an einer vernünftigen Gestaltung der Bundesgesetzgebung mitzuwirken und darauf hinzuwirken.

(Beifall bei der CDU)

Das heißt weiter, dass der Freistaat Sachsen sich bei nicht zustimmungspflichtigen Gesetzen im Bundesrat daran erinnern wird, dass diese Gesetze, die so genannten Einspruchsgesetze, in erster Linie vom Bundestag, das heißt von der jetzigen Mehrheit, zu verantworten sind. Soweit direkte Interessen des Freistaates nicht berührt sind, wird der Freistaat deshalb auf diese Gesetzgebung, auf die man ja nur durch Einspruch einwirken kann, nur dann einwirken, wenn eine Mehrheit für den Einspruch gesichert ist, das heißt, wenn die Länderinteressen übergreifend über die CDU-Länder hinaus in einer Weise betroffen sind, die der Mehrheit des Bundesrates unakzeptabel erscheint.

Im Vordergrund der Gesetzgebung, für die wir uns engagieren müssen, stehen vier Komplexe, zu denen ich heute nicht ausführlich Stellung nehmen kann. Es sind dies die Steuergesetzgebung, das Sparprogramm, die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung, die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung und die Neuordnung des Bund-Länder-Verhältnisses und damit der gesamtstaatlichen Finanzverfassung.

Ich möchte deshalb zum Schluss nur zwei Bemerkungen machen.

1. Alle diese Vorhaben können nur sinnvoll entwickelt und gestaltet werden, wenn man von der längerfristigen Entwicklung ausgeht, die es zu gestalten gilt. Wir stehen in Deutschland und in Europa vor tief greifenden Veränderungen der Zusammensetzung der Bevölkerung in ihrer Altersstruktur, Auswirkungen, die sich aus der Osterweiterung ergeben werden, Auswirkungen, die sich aus der Kommunikationstechnologie ergeben, und damit auch Auswirkungen, die sich aus der Globalisierung ergeben. Diese Auswirkungen nicht in Reformvorhaben, die heute stattfinden oder morgen stattfinden sollen, einzubeziehen

bedeutet, dass diese Reformvorhaben in kürzester Zeit wieder reformiert werden müssen.

Es ist aber genau die immer kurzatmiger werdende Reformpolitik, die die Menschen im Land verunsichert. Sie haben einen Anspruch darauf – und das gilt für die Bürger, für ihre Unternehmen, für ihre Lebensgestaltung und für vieles andere –, dass Gesetze ihnen mittel- bis langfristig Stabilität gewährleisten

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

und dass sie nicht damit rechnen müssen, jedes Jahr oder jedes zweite Jahr von einer erneuten Veränderung der Grundlagen überrascht zu werden, auf denen sie gerade ihre Zukunftspläne aufgebaut haben. In besonderer Weise gilt das für die Alterssicherung.

Ich habe Herrn Bundesminister Riestler vor wenigen Tagen in einer gemeinsamen Veranstaltung in Berlin vorgeschlagen, er möge doch einmal mit seinen Experten und auch in einem Gesprächskreis, an dem ich mich gern beteiligen würde, der Frage nachgehen, wie ein Alterssicherungssystem aussehen muss, damit es dem heute 35- oder 45-Jährigen zum Eintritt seines Ruhestandes, das heißt in 20 oder 30 Jahren, eine nachhaltig gesicherte Alterssicherung gewähren kann. Nur wenn ich die Frage so stelle, wenn ich also danach frage, wie langfristige und nachhaltige ein System für die jüngeren Generationen beschaffen sein muss, wenn sie das Rentenalter erreichen, nur wenn ich das ermittelt und entschieden habe, kann ich gewissermaßen rückwärts, auf die Gegenwart zu, entscheiden, auf welchem Wege ich zu diesem Endpunkt komme.

(Beifall bei der CDU)

Was wir heute erleben, ist ein wildes Herumstochern im Rentenversicherungssystem mit größter Kurzatmigkeit und offenbar der Entschlossenheit, ein inzwischen langfristig und nachhaltig nicht mehr leistungsfähiges System so lange zu erhalten, bis es endgültig zusammenbricht,

(Beifall bei der PDS)

dann aber, ohne eine Alternative für die Jüngeren vorbereitet zu haben. Das ist keine zukunftsorientierte Politik.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei der PDS – Jurk, SPD: Was macht die Bundes-CDU?)

Dies habe ich, um nur alles klarzustellen, nicht erst im Zusammenhang mit der neuen Bundesregierung, sondern auch im Zusammenhang mit der alten Bundesregierung immer wieder betont. Ich betone es auch heute wieder und erkläre mich gleichzeitig bereit, an allem mitzuwirken, was zu einem solchen, in meinen Augen unverzichtbaren Ergebnis führen kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die nächsten Jahre werden auch von der europäischen Entwicklung beeinflusst, vielleicht auch beeinträchtigt werden. Diese Beeinträchtigungen zu vermeiden, die weitere europäische Entwicklung fruchtbar zu gestalten ist zwar nicht in erster Linie Aufgabe der Landespolitik, aber es wird Aufgabe der Landespolitik sein und dieses Hohe Haus beschäftigen müssen, welche Auswirkungen aus zukünftigen europapolitischen Entscheidungen – Erweiterung der Europäischen Union, Veränderung ihrer Institutionen, Handelspolitik und vieles andere mehr – auf die Politik unseres Landes zu erwarten sind und ob und in welchem Umfang wir, der Freistaat Sachsen, in den uns zugäng-

lichen Gremien – Bundesrat und Ausschuss der Regionen – auf diese Entwicklungen einwirken können.

Ich habe mich darüber gefreut, dass der neue Präsident der Europäischen Kommission mich am 3. Oktober aus Anlass seiner Mitwirkung beim Tag der Einheit in Wiesbaden eingeladen hat ihn zu besuchen, um ihn über unsere Erfahrungen mit dem Transformationsprozess zu unterrichten und ihm unsere Einschätzungen der voraussichtlichen Transformationsprozesse in unseren Nachbarländern vorzutragen. Ich halte das für eine gute und richtige Einbeziehung unserer Erfahrungen ohne große institutionelle Barrieren. Ich denke, dass wir viel von dem, was wir in den letzten neun Jahren gelernt haben, auch in dieser Weise über die Grenzen unseres Landes hinaus nutzbar machen sollten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Freund Bernhard Vogel hat zum Schluss seiner Regierungserklärung am 13. Oktober den Altbundespräsidenten Herzog mit folgender Aussage zitiert:

„Wir müssen jetzt an die Arbeit gehen. Ich rufe auf zu mehr Selbstverantwortung. Ich setze auf erneuerten Mut und ich vertraue auf unsere Gestaltungskraft. Glauben wir an uns selber! Die besten Jahre liegen noch vor uns.“

Es ist ein schönes Zitat. Ich möchte zum Schluss ein weiteres hinzufügen. Dieses Zitat stammt aus der Rede eines Freundes, dem ich seit 30 Jahren verbunden bin, des diesjährigen Friedenspreisträgers des Deutschen Buchhandels, Fritz Stern. Dieser großartige Mann ist trotz Vertreibung aus seiner Heimat Breslau und dem Land seiner Väter Deutschland und den Deutschen nicht nur in seinem literarischen Schaffen verbunden geblieben. In seiner Rede in der Paulskirche sagte er unter anderem:

„Auch würde ich mir wünschen, dass das neue Deutschland trotz Schwierigkeiten und Enttäuschungen einen größeren Schuss von freudiger Dankbarkeit spüren würde, nicht nur für das Erreichte, das heißt für die erstmalige Festigung einer politischen Kultur in Freiheit, geschützt durch ein Grundgesetz, das allgemeine Akzeptanz gefunden hat; auch Dankbarkeit für die Wiedervereinigung unter günstigsten Bedingungen; auch und besonders dankbare Anerkennung für die Hunderttausenden von Bürgern in der ehemaligen DDR, die auf die Straße gingen, um ihre Freiheit zu fordern, ohne zu wissen, ob ein harter Honecker-Kurs die Tragödie des Tiananmen-Platzes wiederholen würde.“

Diese Dankbarkeit empfinde ich heute wie damals, als die Nachricht vom Fall der Mauer den Bundestag erreichte, das Plenum sich erhob und das „Lied der Deutschen“ anstimmte. Diese Dankbarkeit erleichtert mir meine Arbeit im Dienste Sachsens. Sie hilft mir, wenn die Probleme unlösbar erscheinen, bei einem neuen Anlauf. In dieser Dankbarkeit weiß ich mich verbunden mit der großen Mehrheit der Sachsen und Millionen Deutscher. Sie kann uns mit ihrer Kraft auch in den kommenden Jahren, auf dem Weg unseres Landes in das 21. Jahrhundert, begleiten. Unser Freistaat Sachsen ist bereit für diese Zukunft. Gemeinsam werden wir sie gestalten.

Glück auf!

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Iltgen: Das Hohe Haus dankt Ihnen, Herr Ministerpräsident, für Ihre Regierungserklärung. Meine Damen und Herren! Wir setzen jetzt den Tagesordnungspunkt 4 mit der Aussprache zur Regierungserklärung fort. Das Präsidium hat folgende Reihenfolge für die

Fraktionen festgelegt: Es beginnt die Fraktion der PDS. Danach folgt die Fraktion der CDU. Anschließend hat die Fraktion der SPD das Wort.

Meine Damen und Herren! Die Aussprache ist eröffnet. Ich bitte, dass die Fraktion der PDS das Wort nimmt. Herr Prof. Porsch, bitte.

Prof. Dr. Porsch, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, bei Ihrer letzten Regierungserklärung in der 2. Wahlperiode meinten Sie, man würde nicht dafür gewählt, was man in der Vergangenheit geleistet hat, sondern für die Erfüllung künftiger Aufgaben, für die Konzepte, die man für die Zukunft bietet. Das mag mehr oder weniger stimmen. Das Vertrauen, das man in die Zukunftskonzepte des jeweiligen Anbieters setzt, ist jedoch weitgehend von den Erfahrungen mit ihm in der Vergangenheit abhängig. Deshalb stand für die Opposition damals und im Wahlkampf der Vergleich zwischen den Versprechungen am Anfang der 2. Legislaturperiode und der Wirklichkeit am Ende derselben auf der Tagesordnung. Sie sahen da nicht immer allzu gut aus, was dazu führte, dass Sie eine Reihe von Versprechungen, die bereits 1994 gegeben wurden, im Wahlkampf 1999 und auch hier und heute nur wiederholen konnten.

Freilich scheint Ihnen die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler dies nachgesehen zu haben und setzte erneut Vertrauen in Sie. Dieses Vertrauen haben nun Sie zu rechtfertigen; meine guten Wünsche begleiten Sie dabei. Das in uns, die PDS, gesetzte Vertrauen haben wir zu rechtfertigen und wir stellen uns dieser Aufgabe.

(Beifall bei der PDS)

Denn es scheinen, wie das Wahlergebnis ausweist, die Angebote und Konzepte der PDS so schlecht nicht gewesen zu sein. Wir quittieren über ein Wahlergebnis, das zwar keine Mehrheit, aber doch einen deutlichen und deutlich wachsenden Willen in der Gesellschaft zu Alternativen, und zwar zu unseren Alternativen zu Ihrer Politik, Herr Ministerpräsident, signalisiert.

Seien Sie sich deshalb Ihrer Mehrheit nicht so sicher. Sie hatten diese schon einmal verloren, und zwar deutlicher als alle anderen Landesverbände der CDU, nämlich zur Bundestagswahl im vorigen Jahr. Der damalige mehrheitliche Wille zum Wechsel wandte sich auch gegen Ihre Politik. Dass dieser Wille zum Wechsel so jämmerlich enttäuscht wurde, geht auf das Konto der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Diese haben auch in Sachsen die Quittung dafür bekommen. Breiten wir heute den Mantel des Schweigens darüber und nehmen Sie dies als Geschenk zum ersten Jahrestag der Schröder-Regierung, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion.

(Jurk, SPD: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Die CDU profitierte von einer durchaus verständlichen Angst, noch einmal enttäuscht zu werden. So konnte die zentrale Aussage ihres Werbespots im Rundfunk Wirkung zeigen: „Bevor ein neuer kommt“, haben wir da gehört, ängstlich hingemurmelt von einer Frau, die wie eine Frau aus dem Volke klingen sollte. Aber ich stehe heute nicht hier, um über Wahlergebnisse zu orakeln. Das Ergebnis ist eindeutig für alle – hier im Hohen Hause und außerhalb. Es gilt für fünf Jahre und dann geht es auf ein Neues.

Immerhin aber wollten 22,2 % die Alternative. Wie schrieb doch der Ministerpräsident schon 1989 in der 3. Auflage

seines Buches „Zeitsignale – Parteienlandschaft im Umbruch“ auf Seite 36 ganz richtig:

„Wenn es richtig ist, dass wir uns in einer Zeit des Suchens nach neuen politischen Antworten auf neue Herausforderungen befinden, dann muss ein breit angelegter Wettbewerb um die richtigen Antworten im allgemeinen Interesse liegen. Eine Beschränkung dieses Wettbewerbs auf die Mitte – sei es aus taktischen, aus ideologischen oder schlicht aus machtpolitischen Gründen – wäre mit diesem Interesse nicht vereinbar. Geschlossene Märkte sind in der Regel keine innovativen Märkte.“

Herr Prof. Biedenkopf, Sie prophezeiten deshalb für die nächsten Jahre ein Ende des alten Drei-Parteien-Systems. Auch in diesem Punkt behielten Sie ja Recht. Allerdings setzten Sie, zumindest für den „großen Einlauf“ im Osten, auf das falsche Pferd, nämlich die Bündnisgrünen.

Aber gerade für uns, die PDS, heißt dies deshalb, die Alternative weiter auszubauen und Ihrer Politik, Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, unsere Ansätze und Angebote, unsere Konzepte und Vorschläge noch klarer entgegenzusetzen. Darin sehe ich auch heute meine Aufgabe.

Die Aufgabe für die nächsten fünf Jahre lautet, so viel wie möglich von dieser Alternative jetzt schon durchzusetzen. Deshalb werden wir die Staatsregierung und die sie tragende Mehrheitsfraktion auch immer mit den Problemseiten und den Auffassungen von gesellschaftlichen Mehrheiten und von Minderheiten konfrontieren, die nicht mit Ihnen übereinstimmen. Parlamentarische Mehrheiten sichern wohl Entscheidungsbefugnis, sie sichern aber nicht immer den ständigen Konsens mit der Gesellschaft. Das wissen Sie, meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, zum Beispiel auch aus den Auseinandersetzungen um die Kommunalabgaben oder die Gemeindegebietsreform sehr genau.

Dass die parlamentarische Mehrheit auch im Konflikt mit der Gesellschaft entscheiden kann, ist nicht unbedingt schlecht. Es sichert Stabilität und Erfolg des Parlamentarismus. Schlecht ist es aber, wenn sich parlamentarische Mehrheiten zu oft und mit Arroganz über Willensbildungen in der Gesellschaft hinwegsetzen, wie in diesem Hause nicht selten geschehen. Ich erinnere nur an die Behandlung der verschiedenen Volksanträge durch die CDU. Wir werden deshalb dafür sorgen, dass die Probleme der Gesellschaft und ihre Kontroversen immer auch die Probleme und Kontroversen dieses Hohen Hauses werden. Durch die Fragen der sozialen Gerechtigkeit, der Belastung nach Leistungsfähigkeit bei der Sicherung der Aufgaben des Gemeinwesens und den Geschlechterdiskurs sind strategische Linien gezogen.

Wir werden unsere Oppositionsarbeit sichtbar und hörbar, klar und deutlich, streitbar und direkt verrichten, nie aber zerstörerisch oder der Vernunft verschlossen, sondern immer konstruktiv und mit eigenen Vorschlägen.

(Beifall bei der PDS)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe Sie in der vergangenen Legislaturperiode sehr oft mit der Bibel traktiert. Gestatten Sie mir diesmal mit Karl Marx zu beginnen.

(Dr. Hähle, CDU: Und die Bibel?)

Karl Marx verweist darauf – ich komme auch noch zur Bibel heute, Herr Hähle –, dass sich moderne Gesellschaften von den traditionellen vor- oder frühkapitalistischen

Gesellschaften durch die „fortwährende Umwälzung der Produktion und die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung“ unterscheiden. War dies also schon für das 19. Jahrhundert zu erkennen, so gilt es um vieles mehr für das ausgehende 20. und zeugt im Übrigen davon, dass Marx noch in vielem hochaktuell ist.

Umwälzung, Erschütterung, Bewegung, Unsicherheit, dies alles ist nicht zu vermeiden, nicht auszuschalten. Die Frage ist also, wie man damit umgeht, wie man sich darauf einstellt, wie man die Prozesse mitgestaltet, gerade um Unsicherheit weitgehend zu vermeiden und die Basis menschlicher Freiheit zu erhalten.

Wir wissen heute um das Scheitern des staatssozialistischen Versuchs, alle Umwälzung, alle Bewegung einem Plan zu unterwerfen. Die damit gewonnene Sicherheit und soziale Gerechtigkeit kosteten den Preis der Freiheit – und der war nicht nur zu hoch, sondern auch unangemessen, weil mit dem Verlust der Freiheit auch die Sicherheit und soziale Gerechtigkeit trügerisch waren und nicht von Bestand sein konnten.

Heute versucht uns Neoliberalismus der alten und der neuen Mitte in grenzenlose Freiheit zu versetzen. Die Umwälzungen nehmen ihren ungehinderten Lauf. Der offene Markt reguliert alles. Er bestimmt den Wert aller Dinge und aller Ideen von der Kultur bis hin zu wahrer Arbeitskraft. Er bestimmt auch den Wert des Menschen.

Wir hier im Osten erinnern uns sehr konkret an geschlossene, manipulierte, schlecht funktionierende und schlecht bestückte Märkte. Da ging es vornehmlich um Bananen und Konsumgüter. Heute sind die Märkte, wo solches gehandelt wird, meist voll und übertoll. Schlecht bestückt ist nur der Arbeitsmarkt. Da geht es aber für viele um Identität und Existenz, also um die Sicherheit gebraucht zu werden, um die Gerechtigkeit der Chancengleichheit, letztlich also um die Sicherheit der Existenzgrundlage und die Sicherheit der unantastbaren Menschenwürde.

(Beifall bei der PDS)

Ich sage das, weil ich darauf hinweisen will, dass nichts gewonnen ist, wenn man Sicherheit und soziale Gerechtigkeit gegen Freiheit auszuspielen versucht. Es geht vielmehr um einen weitgehend harmonischen Ausgleich zwischen diesen Grundkonstituenten menschlicher Lebensqualität.

Gerade angesichts der Umwälzungen mag dies ein endloser Prozess ständiger Ungleichgewichtigkeit sein. Gerade deshalb ist seine Gestaltung aber Aufgabe der Politik und leitet sich als Anspruch an Politik aus dem Grundgesetz und der Landesverfassung ab.

(Beifall bei der PDS)

Da gibt es viel zu tun und wir wären gut beraten, vor keinem Problem die Augen zu verschließen und gemeinsam um Lösungen zu ringen, auch wenn wir wissen, dass vieles nicht einfach zu lösen ist und schon gar nicht alles mit den Mitteln und Möglichkeiten des Landes allein.

Wir sehen heute, dass die bestehenden Sozialsysteme nicht mehr vor Armut schützen, weil sie einseitig von Erwerbsarbeit abhängig sind. Hier bedarf es bei den zu erwartenden Entwicklungen der Solidarität der gesamten Gesellschaft. Wir brauchen also solche Sozialsysteme, in deren Finanzierung alle einbezogen sind. Der Streit muss

darum gehen, wie das am besten zu bewerkstelligen ist, aber nicht, ob überhaupt.

(Beifall bei der PDS)

Die fortschreitende Privatisierung jedenfalls von Lebensrisiken ist kein Weg.

Ich weiß, dass der Ministerpräsident dies teilweise anders sieht. Aber vielleicht entwickelt sich doch noch eine sachliche Debatte dazu in diesem Hohen Haus und außerhalb. Der Ansatz heute, den Sie geboten haben, war für mich produktiv. Kontraproduktiv war für mich, was Sie kürzlich bezüglich des Planes der Wiedereinführung einer Vermögensteuer bzw. einer einmaligen Vermögensabgabe gesagt haben. Sie meinten, dies bedeute, Reiche wären in dieser Gesellschaft nicht willkommen. Nun, ich sage, das heißt es mit Sicherheit nicht. Ganz unmissverständlich heißt es aber: Eigentum verpflichtet; sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen.

(Beifall bei der PDS)

Sicher kann man um die Semantik von „Gebrauch“ und das steuerrechtlich daraus Folgende streiten. Vor Gericht ist das ja auch geschehen. Eine angemessene Beteiligung der großen Vermögen an den finanziellen Lasten der Solidargemeinschaft ist aber deshalb nicht infrage gestellt.

Während Sie sich, Herr Ministerpräsident, um die Reichen sorgen, leugnet die Staatsregierung aber nach wie vor, dass es in Sachsen Armut gibt. Warum eigentlich? Ganze 522 DM Sozialhilferegelsatz für den Haushaltungsvorstand sind nun einmal deutlich weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens. Auch mit den weiteren Leistungen kommen viele Familien nicht mehr auf diesen Satz. Tendenziell verschlechtert sich ihre Situation noch, weil die jährliche Steigerung der Sozialhilfesätze geringer ist als die Inflationsrate.

Wir sollten nicht einfach zusehen und mit einem Bekenntnis zum Sparen einfach wegsehen wollen, wenn die Renten zur haushaltspolitischen Manövriermasse werden. Wir sollten auch endlich fragen, wie wir die unerträgliche Situation vieler Rentnerinnen und Rentner im Osten Deutschlands verändern können, die seit nunmehr über neun Jahren keinen Vorteil aus Rentenerhöhungen ziehen konnten, weil diese immer nur zur Abschmelzung der Auffüllbeträge genutzt werden.

Gerade angesichts der sich immer mehr beschleunigenden Umwälzungen und der Permanenz dieser Prozesse kann sich Politik nicht mehr auf die Bearbeitung und Lösung von Problemen, die Ergebnis zurückliegender Konflikte sind, konzentrieren oder gar beschränken. Es war zwar bisher so und funktionierte auch, es hieße aber heute mit einfacher Reaktion gleichsam rückwärts in eine Zukunft zu gehen, in der es für vieles keine Vorbilder mehr gibt, nicht für die Größe der Weltbevölkerung zum Beispiel und ihre ungleiche Verteilung, nicht für die Dichte der Kommunikation, nicht für das Maß wirtschaftlicher Verflechtung, nicht für die Explosion von Wissen, von Reichtum und Freiheit, aber auch nicht für die Explosion von Angst und Elend.

Es macht auch vor Landespolitik der Anspruch nicht Halt, Antworten auf die Fragen zu finden: erstens, wie sich Anpassungen in Wirtschaft, Arbeit und sozialer Verteilung so durchführen lassen, dass auch in Zukunft wirtschaftlicher Wohlstand und sozial gerechte Teilhabe daran möglich und ökologisch vernünftig gestaltbar sind; und zweitens, welche Auswirkungen der Wandel auf menschliche Identität

und sozialen Zusammenhalt hat, das heißt, welche Wertesysteme entstehen bzw. geeignet erscheinen, entgrenzter Existenz menschliche Grenzen zu setzen.

Betrachtet und analysiert man unter dieser Vorgabe den heutigen Zustand unseres Landes und die Perspektiven seiner Bewohnerinnen und Bewohner, so stellt sich aus der Sicht der PDS – das ist immerhin die Sicht von 22,2 % der Wählerinnen und Wähler zu diesen Landtagswahlen – ganz deutlich die Aufgabe, durch eine andere Politik als die bisherige Brücken für eine andere Entwicklung in Bezug auf Wirtschaft, Arbeit, Soziales, Wissenschaft, Technologie, Bildung, Verkehr, Regionalentwicklung, Ökologie, Demokratie, persönliche Sicherheit und kommunale Selbstbestimmung zu bauen. Dies festzustellen – das will ich auch hier ganz deutlich sagen – bedeutet nicht, Errungenes und Erarbeitetes zu negieren, Erfolge zu leugnen, neu Entstandenes gering zu schätzen. Nein, auch Dankbarkeit dafür geht uns nicht ab. Dennoch sehen wir neben den Erfolgen und neben einfachen Defiziten auch prinzipielle Fehlentwicklungen in den genannten Bereichen, die bisheriger konservativer Politik im Freistaat geschuldet sind, aber auch gesamtdeutschen Verhältnissen.

Natürlich ist seit 1990 in Deutschland angesichts der Herausforderungen der deutschen Einheit und der gewaltigen Veränderungen in der Welt Beträchtliches, teils Beispiellooses geleistet worden. Zugleich zeigen sich aber im zehnten Jahr der Einheit auch strategische Fehlentwicklungen, die man nicht einfach abtun kann. Die Wahlergebnisse der letzten Wochen und Monate sind doch die Reaktion darauf. Sie signalisieren scharfe Kritik. Sie signalisieren Enttäuschung und Protest, ja, auch Resignation. Sie signalisieren aber auch und meines Erachtens zuvorderst alternative Wege und neue Hoffnung, denen wir gerecht werden müssen.

(Beifall bei der PDS)

Die politische Entwicklung findet eben nicht mehr nur in der Mitte statt – auch das hat ja Kurt Biedenkopf prophezeit und damit hat er Recht behalten, genauso wie wir, denn die PDS hat ja diesen Prozess erheblich mitgeprägt.

Aber zurück von den Prophezeihungen zur Gegenwart. Es ist interessant und für Politikkonzeption sehr wesentlich, Folgendes feststellen zu können: Die ostdeutschen Bundesländer unterscheiden sich deutlich voneinander durch ihre strukturellen Ausgangspositionen etwa bei der Industrie oder der Infrastruktur. Sie unterscheiden sich in den politischen Mehrheiten. Sie unterscheiden sich in den politischen Konzepten der Regierungen. Sie unterscheiden sich in Bezug auf die Stabilität ihrer Regierungen. Trotzdem sind nach rund zehn Jahren die Differenzen in den Entwicklungsergebnissen eher marginal im Vergleich zum gemeinsamen erheblichen Abstand zum alten Bundesgebiet. Unter dem Aspekt der de facto marginalen Differenzen zwischen den neuen Bundesländern, etwa beim Wirtschaftswachstum, bei der Arbeitslosenentwicklung, bei der öffentlichen Verschuldung, bei der Einkommensentwicklung, hat sich Sachsen jahrelang mit seiner Spitzenreiterrolle gebrüstet. Doch auch die ist heute in wichtigen Kenngrößen nicht mehr gegeben. Daraus schließen wir, dass auch die viel gelobte und nicht zuletzt selbst gelobte Biedenkopf-Politik ebenso wenig ein besonders geeignetes Konzept zur Lösung der tiefer liegenden Grundprobleme bietet wie andere Spielarten ostdeutscher Landespolitik.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gelegentlich schon den deutschen Föderalismus mit seinen unterschiedlichen re-

gionalen Kulturen und Entwicklungsbedingungen herausgestrichen gegen eine einfache Ost-West-Sicht. Dies mag durchaus sinnvoll und der Mobilisation regionaler, vor allem mentaler Ressourcen dienlich sein. Aber auch Sie sollten den Fakt nicht verwischen, dass die gemeinsamen Probleme der neuen Bundesländer überwiegen gegen das, was jedes Bundesland je einzeln dagegen tun kann. Sachsen müsste, wollte es tatsächlich eine querdenkerische Spitzenposition einnehmen, diese Gemeinsamkeiten der Ostländer herausstellen und eine parteiübergreifende Allianz der Ostländer im Bund initiieren und anführen. Keines der neuen Bundesländer hat allein die Kraft, sich am eigenen Schopf aus dem Schlamassel zu ziehen!

(Beifall bei der PDS)

Dies sei Ihnen für die Verhandlungen zum Solidarpakt ans Herz gelegt.

Ein ganz entscheidendes Problem für alle ostdeutschen Länder ist die Tatsache, dass es, wie auch immer die Förderung im Einzelnen organisiert und beschaffen war, der Wirtschaft in unseren Ländern nicht oder jedenfalls nicht in nennenswerter Weise gelungen ist, sich in die westdeutschen, westeuropäischen oder weltweiten Wirtschaftskreisläufe einzuklinken. Wir werden von der Wirtschaft trotz hoher Förderung weitgehend ausschließlich als Absatz- und Billiglohnland verstanden. Damit haben wir keine Chance unsere Situation grundlegend zu verändern. Im Gegenteil. Wir verlieren in dieser Situation noch die wertvollen Arbeitskräfte durch Abwanderung, die uns gerade bei deren Veränderung helfen sollten.

Aber selbst in Bereichen wie der Landwirtschaft, in der es Sachsen durchaus gelungen ist, Impulse für erfolgreiche und für die Bauern finanziell lohnende Entwicklungen naturnahen, umweltgerechten und nachhaltigen Wirtschaftens hervorzubringen, nehmen die Gefährdungen angesichts des Sparpakets der Bundesregierung wieder überhand, worauf auch die sächsischen Bauern gestern mit ihrem Protest in Berlin anschaulich und nachdrücklich hingewiesen haben.

Vor allem die Arbeitslosigkeit hat ein unerträgliches Maß erreicht. Der Ministerpräsident hat im Wahlkampf und ebenso heute praktisch den Offenbarungseid geleistet, als er gestand, dass die landesspezifischen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erschöpft seien und sich das Land künftig weitgehend auf die Linderung des Loses der Langzeitarbeitslosen beschränken wird. Was Sie in dem Zusammenhang, Herr Ministerpräsident, zur Regionalisierung der Hilfe gesagt haben, das teile ich. Das Programm „Tauris“ jedoch taugt – mit Verlaub – wenig.

(Teilweise Beifall bei der PDS)

Positiv ist natürlich, dass es Langzeitarbeitslose in sinnvolle und notwendige Arbeit bringt. Wenn die Arbeit aber sinnvoll und notwendig ist, ist die Entlohnung unter aller Würde

(Beifall bei der PDS)

und nur zu einem geeignet: einem allgemeinen Lohndumping, Umwälzung und Nachhaltigkeit bei hoher sozialer Sicherheit immer wieder in Übereinstimmung zu bringen ist die Herausforderung, vor der wir bestehen müssen. Natürlich geht das nicht alleine. Für Landespolitik sind es jedoch vornehmlich die eigenen Ressourcen, auf die wir dabei zurückgreifen können, also zum Beispiel auf den hohen Bildungsstand der Bevölkerung, auf die überwie-

gend klein- und mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur, auf unsere kulturelle Substanz und Leistungsfähigkeit, auf unsere wissenschaftlichen und technologischen Zentren und auf den Ausbau regionaler und kommunaler Zusammenarbeit. Das ist bis heute nicht nur viel zu wenig geschehen. Manche Ressource ist durch Politik vielmehr missachtet oder sogar beschnitten und vermindert worden.

Beginnen wir bei Wirtschaft und Arbeit. Eigentlich ist die Reihenfolge schon falsch, denn bei aller Rationalisierung und Automatisierung, bei aller Wertschöpfung aus Spekulation und Geld und Kapitaltransfer – bei all diesem lebt die Wirtschaft immer noch von der Arbeit. Arbeit ist kein Neben- oder möglichst zu minimierendes, weil Kosten verursachendes Abfallprodukt der Wirtschaft. Arbeit ist als ein spezifisch menschlicher Stoffwechsel mit der Natur einerseits und entscheidender Träger der Nachfrage andererseits vielmehr immer noch Konstituens von Wirtschaft. Allerdings verändert sich der Charakter von Arbeit dramatisch, wodurch vor allem der Erwerb und Einsatz von Wissen ganz neue Bedeutung erlangt. Dies ist eine Herausforderung an die politische Gestaltung der Verteilung von Arbeit und der geschaffenen Werte, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich nicht nur der Charakter von Arbeit ändern wird, sondern auch unsere Auffassung von dem, was Arbeit ist. Unter diesem Gesichtspunkt darf man dann aber zum Beispiel das so genannte Erziehungsgehalt oder die Entschädigung für Ehrenamtlichkeit oder ökologische, soziale und kulturelle Projektarbeit, aber auch die Arbeit im „Tauris“ von der Bedeutung und vom Preis her nicht mehr auf der Ebene des Almosens bzw. im günstigsten Fall der ABM diskutieren.

(Beifall bei der PDS)

Hier liegen beträchtliche Leistungen für eine Steigerung von Lebensqualität und erhebliche Beiträge zur gesellschaftlichen Wertschöpfung vor, die eine so reiche Gesellschaft auch entsprechend anerkennen und honorieren muss.

(Teilweise Beifall bei der PDS)

Im Übrigen geht es vor allem bei der Förderung von Projektarbeit um nicht unbeträchtliche Möglichkeiten, sich selbst tragende, sich selbst finanzierende Arbeit zu entwickeln, öffentliche Anschubfinanzierung vorausgesetzt. Möge jeder und jede in diesem Sinne über unseren Vorschlag eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors nachdenken, bevor er oder sie diesen als Mega-ABM oder aufgeblasenen öffentlichen Dienst abqualifiziert. Niemand sollte mehr so tun, als wären alle unsere Überlegungen zu einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor Luftschlösser. Die Notwendigkeit solcher Überlegungen und Praktiken wird von Ökonomen und Soziologen genauso bestätigt und eingefordert wie von Kirchen, Vereinen, Verbänden und Kommunen.

(Beifall bei der PDS)

Mit Schreiben vom 25. September 1999 haben zum Beispiel alle Fraktionen einen Offenen Brief der Evangelisch-Lutherischen Nazareth-Kirchengemeinde aus Altseidnitz erhalten, der wichtige Überlegungen in die aufgezeigte Denkrichtung enthält. Ich hoffe, der Brief ist für alle Fraktionen Anstoß zur Diskussion und Reaktion.

Mit der Losung „Die Wirtschaft ist unser Schicksal“, die er heute wiederholt hat, war der Ministerpräsident vor neun

Jahren angetreten und hat ein Ministerium für Wirtschaft und Arbeit geschaffen. Eine florierende Wirtschaft sollte Arbeitsplätze bringen und das drohende Gespenst der Massenarbeitslosigkeit verjagen. Wetten hat der Ministerpräsident abgeschlossen, dass 1994 in Sachsen Arbeitskräftemangel herrschen würde.

(Ministerpräsident Prof. Dr. Biedenkopf:
An Facharbeitern!)

- An Facharbeitern. Auch bei Facharbeitern gibt es Arbeitslosigkeit, Herr Ministerpräsident; wohl wissend sage ich das, dass es auch bestimmte Bereiche gibt, wo die Nachfrage das Angebot übersteigt. Aber wir haben auch im Facharbeiterbereich Arbeitslosigkeit. Also ist die Wette verloren, das können Sie drehen und wenden, wie Sie wollen.

(Beifall bei der PDS)

Betroffen sind freilich andere als Sie, das ist die Tragödie dabei. Das Ergebnis bisheriger Wirtschaftsförderung aber ist, dass sich die Wirtschaftsentwicklung von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt abgekoppelt hat. Es fällt sichtbar auseinander, was zusammengeführt werden sollte. Dies hat seine Gründe in der Politik.

Ich freue mich ja, Herr Ministerpräsident, über die derzeitigen Erfolge von AMD, auch wenn die Ernte noch lange nicht eingefahren ist. Ich wünsche überhaupt allen „Leuchttürmen“ alles nur erdenklich Gute, wozu auch ausdrücklich weitere Förderung gehört. Dennoch kann ich aber die Augen nicht davor verschließen, dass die „Leuchtturm“-Politik nicht die gewünschten Synergien gebracht hat, dass sie vor allem nicht zu den gewünschten Ergebnissen auf dem Arbeitsmarkt geführt hat. Ihre Lichterketten, Herr Ministerpräsident, zu denen die „Leuchttürme“ angeblich geworden sind, die beleuchten den Arbeitsmarkt höchstens mit der Kraft von konventionellen 15-Watt-Glühlampen.

(Beifall bei der PDS)

Das muss doch endlich eingestanden werden. Und auch hier liegen die Gründe in der Politik und nicht bei den „Leuchttürmen“, was ich ausdrücklich gesagt haben will. Nun weiß ich, und Sie haben das auch heute wieder ausführlich getan, dass dem immer die Beschäftigungsquote Sachsens entgegengehalten wird. Aber gerade diese, die Beschäftigungsquote, genau untersucht, zeigt doch das ganze Dilemma. Die hohe Beschäftigungsquote korreliert nämlich mit einer niedrigen durchschnittlichen Produktivität und einem deshalb auch sehr niedrigen Lohnniveau und Bruttoinlandsprodukt. In allen drei Kennziffern stehen wir mit am Ende der deutschen Ländertabelle. Das heißt, dass das Lob der hohen sächsischen Beschäftigungsquote eine schreiende Not zur Tugend zu machen versucht.

(Widerspruch durch Ministerpräsident
Prof. Dr. Biedenkopf)

- Wenn Sie es mir nicht glauben, glauben Sie es doch der EU!

Der sechste periodische Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Europäischen Union bestätigt diese Einschätzung. Das niedrige Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in den neuen deutschen Bundesländern - so wird dort auf Seite 79 festgestellt - beruht allein auf der niedrigen Produktivität, weshalb die

Beschäftigungsquoten etwas über dem EU-Durchschnitt liegen. Vergleichbar sind wir nach diesem Bericht hierin mit Portugal und eben nicht mit Bayern oder Baden-Württemberg, denn, so der Bericht: „Es weisen Portugal und Ostdeutschland relativ hohe Beschäftigungsquoten auf. Die Hauptlücke gegenüber der Europäischen Union besteht hinsichtlich der Produktivität, die beträchtlich niedriger als der EU-Durchschnitt ist.“

Das ist nicht gut für unsere Zukunft; denn eine Region ist nach dem gleichen Bericht dann besonders wettbewerbsfähig, wenn das Produktivitätsniveau relativ hoch ist. Das Hauptübel der ostdeutschen Länder übrigens besteht laut Bericht darin, dass die Beschäftigung im Baugewerbe und im verarbeitenden Gewerbe deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, in den marktbestimmenden Dienstleistungen jedoch weit darunter.

Ich will mich jetzt nicht zu Ihren Bemühungen, marktbestimmende Dienstleistungen hier anzusiedeln, kritisch äußern - die sind löblich. Aber Sie haben, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion und von der Staatsregierung, auch lange Zeit etwas anderes gemacht, was nicht produktiv war. Bis zur Mitte der letzten Legislaturperiode zum Beispiel haben Sie uns das Baugewerbe noch als Konjunkturlokomotive ans Herz gelegt und für seine Förderung im Verein mit der Bundesregierung beträchtliche Steuermittel ausgegeben bzw. nicht eingenommen, als wir dem schon lange kritisch gegenüberstanden.

Vergleichbare Fehler wurden in der Energiewirtschaft gemacht. Es zeigt sich gerade jetzt ganz deutlich, dass wir in der Sackgasse gelandet sind und beim gnadenlosen Verdrängungswettbewerb in der Strombranche mit der Verstromung von Braunkohle auf Dauer nicht mithalten können. Im Bereich der Stadtwerke sind ebenfalls Zehntausende Arbeitsplätze bedroht. Jetzt sagt der Ministerpräsident den Demonstranten aus der Stromwirtschaft: Man muss über die beste Lösung nachdenken. - Das hätte man schon früher tun müssen.

Heute sind die Investitionen getätigt, ausgelegt auf etwa 30 Jahre. In der Lausitz und im Südraum Leipzig sind die Monostrukturen für die gleiche Zeit weitgehend aufgeprägt. Das bisschen, was die Härten der Monostruktur zum Beispiel in der Lausitz noch hätte aufweichen können, nämlich die Glasindustrie, die Textilindustrie und jetzt ganz aktuell auch noch der Waggonbau, ist sträflich vernachlässigt worden und mittlerweile von der Bildfläche verschwunden oder hochgradig gefährdet. Man sollte sich nicht allzu sehr von der Kreidestimme der Energieriesen beeindrucken lassen.

(Beifall bei der PDS - Jurk, SPD: Aber Sie müssen auch an die Menschen dort denken!)

Was jetzt sofort notwendig ist, ist die Ersetzung der Braunkohleschutzklausel durch eine bundeseinheitliche Quotenregelung zur Abnahme ostdeutschen Braunkohlestroms und - wie der Deutsche Städtetag fordert - eine Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes, das Folgendes sichert: die Verankerung der kommunalen Regelungskompetenz für die örtliche Energieversorgung, die chancengleiche Teilnahme der Stadtwerke am Energiewettbewerb, den steuerlichen Querverbund, die unbefristete Aufnahme des Netzzugangssystems für Alleinabnehmer, das Konzessionsabgabenvolumen und die Vorrangregelung für die Nutzung regenerativer Energien und für die Anwendung der Kraft-Wärme-Kopplung.

Sachsen und seine CDU sind freilich schon wieder dabei, ähnliche Fehler wie in der Energiewirtschaft zu machen. Wir investieren in Müllverbrennungstechnologie, mit der der Markt übersättigt ist, anstatt ihr mechanisch-biologische Verfahren der Müllbehandlung entgegenzusetzen und bei deren Entwicklung führend mitzuwirken.

(Beifall bei der PDS)

Nun, Ersteres kostet bloß Geld und Umwelt; Zweiteres könnte den Zugang zu neuen Märkten eröffnen. Ersteres ist fantasielos; Zweiteres wäre innovativ und folgte der Einsicht, dass ökologischer Umbau neue Arbeitsplätze schafft.

(Beifall bei der PDS)

Der Grundfehler besteht aber in der Förderphilosophie überhaupt, und die zu ändern kostet keinen Pfennig. Der Grundfehler besteht in einer Förderphilosophie, die auf überproportionalen Einsatz von Fördermitteln bei Groß und nur beschränkten bei Klein baut und in Einzelfällen eben zur Mega-Förderung führte.

Ergebnis ist ein überdurchschnittliches Wachstum in der sächsischen Industrie einschließlich des Exports, wogegen nichts zu sagen ist, was aber zu stagnierenden oder sogar rückläufigen Beschäftigungszahlen, wogegen nun wieder sehr viel zu sagen ist, führt. Wir baden jetzt die relative Vernachlässigung von kleinen und mittleren Unternehmen bei der Förderung aus. Es ist aber bekannt, dass der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen überproportional hoch ist. Allerdings haben sie größere Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel, insbesondere bei ihrer Gründung. Dies ist ebenfalls in der bereits zitierten EU-Studie – auf Seite 105 – nachzulesen.

Sie, Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von der Staatsregierung und der CDU-Fraktion, sind einem selbst geschaffenen Mythos auf den Leim gegangen, dem Mythos vom Investor, der angelockt werden muss. Natürlich steckt darin, wie in jedem Mythos, auch ein Stück Realismus. Hier wurde über Nacht der Kapitalismus ohne Kapital eingeführt. Selbiges musste also von anderswo herkommen. Das stimmt schon.

Wollte das Kapital aber auch herkommen? Ja, es wollte. Es wollte zum Beispiel, wenn die Reproduktionsbedingungen deutlich besser waren als anderswo. Das hieß für uns Anlocken mit Fördermitteln, mit Deregulierung, mit Billigpreisen und Niedriglöhnen. Der Mythos bestand darin zu glauben, dass es nennenswert Investoren nur anderswo gab. Das mag ja immer noch stimmen, was die Kapitalkraft betrifft. Es stimmt aber nicht, was Ideen, Marktkenntnisse und Kompetenz betrifft.

(Lebhafter Beifall bei der PDS)

Hier gab und gibt es ein einheimisches Potenzial, das brachliegt – ich komme dann noch zur Beweisführung, Herr Ministerpräsident – mangels Kapital, das beschädigt und mangels Unterstützung zu oft in die Insolvenz getrieben wurde. Ausnahmen bestätigen freilich die Regel, aber die Ausnahmen bewegen sich weitgehend in einer Nische, nämlich in der Softwareproduktion.

(Ministerpräsident Prof. Dr. Biedenkopf: Das Handwerk!)

– Ich komme gleich zum Handwerk.

Gefördert werden müssen also schleunigst die Gründung oder der Ausbau bestehender kleiner und mittlerer Unter-

nehmen als Quellen von Innovation, als wichtige flexible und schnell reagierende Umschlagplätze der Verlagerung von Ressourcen zwischen den Sektoren der Wirtschaft und als wichtiges Auffangbecken für Auslagerungen aus den Großunternehmen.

Zu fördern ist dabei auch Kooperation mit Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und die Aus- und vor allem Weiterbildung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Sie können sicher sein, wir werden da immer nachhaken und unsere Vorstellungen auf den Tisch legen. Wir haben dazu ja schon lange Vorstellungen.

Die neue saarländische Arbeitsministerin Regina Görner von der CDU hat jüngst das Saarland als das älteste neue Bundesland bezeichnet. Vielleicht sollten wir uns trotz aller schlechten Erfahrungen, die wir hier mit zumindest einem Saarländer gemacht haben – die SPD vielleicht mit zwei –, am Saarland ein Beispiel nehmen. Dessen neuer CDU-Ministerpräsident Peter Müller will zukünftig ganz stark auf die Förderung der kleinen und mittleren Betriebe setzen, weil auch er erkannt hat, dass nur diese Arbeitsplätze schaffen.

(Widerspruch des Abg. Bandmann, CDU)

Und übrigens, Peter Müller von der CDU des Saarlandes scheint überhaupt unserer CDU weit voraus zu sein; denn er verlangt zum Beispiel auch eine Finanzierung der Lehrlingsausbildung mittels einer Ausbildungsumlage,

(Beifall bei der PDS)

was ja gerade die sächsische CDU scheut wie der Teufel das Weihwasser.

(Bandmann, CDU: Das ist falsch!)

Wir haben den Vorschlag schon oft gemacht und Sie haben ihn immer abgelehnt und gesagt, er ist falsch.

(Ministerpräsident Prof. Dr. Biedenkopf:
Wir werden ihn auch weiter ablehnen.)

Peter Müller aus der saarländischen CDU hat ihn gemacht und ich halte ihn für richtig. Aber, Herr Bandmann, Sie brauchen nicht in die Ferne schweifen. Wenn Ihnen der Peter Müller im Saarland nicht gefällt, der Fraktionsvorsitzende der PDS im Kreistag Muldentalkreis heißt auch Peter Müller und der redet schon viel länger als der Saarländer von diesen Dingen.

(Beifall bei der PDS –

Widerspruch des Abg. Bandmann, CDU)

Aber kommen wir zur Beweisführung. – Interpretieren Sie doch Ihre Statistiken richtig! Da kommen Sie auf einen guten Weg.

Bei 23 Fällen von Zuschussförderung im ersten Halbjahr 1999 an Betriebe mit über 1 000 Beschäftigten mit einem Gesamtvolumen von 2 Milliarden DM entstanden knapp 15 000 neue Arbeitsplätze und 25 000 wurden gesichert. Bei 680 in der Gesamtsumme mit ebenfalls 2 Milliarden DM geförderten Betrieben mit je 100 bis 300 Beschäftigten wurden aber im gleichen Zeitraum über 35 000 Arbeitsplätze neu geschaffen und über 72 000 gesichert. Die Arbeitsplatzrendite bei der Förderung mittelständischer Betriebe ist also mehr als doppelt so hoch wie bei großen Betrieben. Oder anders gesagt: Mit 17 % der Zuschüsse und mit 17 % der Gesamtinvestitionen des ersten Halbjahres 1999 wurden bei Betrieben mit 100 bis 300 Beschäf-

tigten 23 % der Arbeitsplätze, bezogen auf alle Förderfälle, gesichert und 20 % der neuen Arbeitsplätze geschaffen.

(Zuruf des Abg. Dr. Münch, CDU)

– Das mit den Sekundäreffekten ist ja okay, Herr Dr. Münch. Nur, wenn man im Land herumfährt, sucht man immer die Sekundäreffekte und die mittelständischen Betriebe beklagen sich, dass sie vernachlässigt werden. Darauf muss man doch einmal hören!

(Beifall bei der PDS)

Sie müssen doch auch zur Kenntnis nehmen, dass bei den Förderungen für Betriebe mit 1 bis 20 Beschäftigten – damit ist das Handwerk gemeint – die Arbeitsplatzrendite immer noch deutlich höher ist als bei den Betrieben mit über 1 000 Beschäftigten. 14 % der gewährten Zuschüsse, bezogen auf alle Förderfälle, brachten dort 12 % der gesicherten Arbeitsplätze und 20 % der neuen. Bei den geförderten Betrieben mit über 1 000 Beschäftigten betragen diese Zahlen jeweils nur 8 %, obwohl sie 17 % der Zuschüsse bekommen.

Dass ich aber nicht falsch verstanden werde: Strategisch angelegte Förderpolitik, die zugleich aktive Arbeitsmarktpolitik ist, beschränkt sich natürlich nicht auf eine Neueinstellung der Tülle auf der Fördergießkanne.

(Beifall bei der PDS)

Strategisch angelegte Mittelstandsförderung ist nicht nur das Verschenken von Geld. Sie braucht vielmehr ein durchdachtes System von aufeinander bezogenen und wettbewerbssteuernden strukturpolitischen Regelungen und Maßnahmen, die auf Leistungssteigerung, die Verbesserung der Finanzierungsmöglichkeiten sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Klein- und Mittelbetriebe gerichtet sind.

(Beifall bei der PDS)

Wir brauchen zum Beispiel eine Erleichterung des Zugangs von Klein- und Mittelunternehmen zu Eigenkapital. Wir brauchen eine Entlastung der kleinen und mittleren Unternehmen bei der Unternehmensbesteuerung. Wir brauchen eine Senkung der Transaktionskosten. Und gerade die kleinen und mittleren Unternehmen brauchen eine Entlastung der Lohnnebenkosten, indem man diese durch eine Belastung der Wertschöpfung ersetzt.

(Beifall bei der PDS)

In den USA zum Beispiel werden nicht wie bei uns über unüberschaubar viele Förderprogramme im Gießkannenprinzip Mittel über das Land ausgegossen. Man stellt vielmehr für bestimmte Branchen oder für bestimmte Regionen ein vorher bestimmtes Volumen an Steuerentlastungen zur Verfügung. Investoren können so von Beginn an kalkulieren, in welchem Zeitraum und in welcher Form sie ihre Investitionen abschreiben können. Und mit diesen Tax Credits steuert der Staat wiederum die Erreichung bestimmter sektoraler bzw. lokaler Ziele, ohne sich maßlos zu verausgaben. Im Gegenteil, er sichert sich künftige Einnahmen.

Bei uns ist die Situation eher so, dass die öffentliche Hand, vermittelt über eine Vielzahl von Förderprogrammen, Standortdumping gegen sich selbst betreibt, was hohe Kosten verursacht, aber kaum Rücklauf bringt.

Diese Situation wird auch in den Regionen und Kommunen als unproduktiv wahrgenommen. Das hört man in

jedem Gespräch. Erforderlich wäre eine Wende zur kooperativen Regionalentwicklung. Sie können ja an vielfältige regionale Initiativen anschließen.

Die Förderung regionaler Entwicklungskonzepte, die auf den eigenen Potenzialen, auf sächsische Unternehmen aufbauen und vornehmlich durch Konzentration der vorhandenen Mittel finanziert werden, müsste unter Beachtung der internationalen Erfahrungen – ich verweise zum Beispiel auf Irland – eines der Hauptziele im Freistaat Sachsen werden.

Was Sie heute zu den Regionen gesagt haben, Herr Ministerpräsident, haben Sie doch ähnlich schon vor fünf Jahren gesagt. Das heißt aber doch, dass in den letzten fünf Jahren in der Regionalförderung kaum etwas passiert ist. Gestatten Sie mir an dieser Stelle, Herr Präsident, meine Damen und Herren, eine Bemerkung zur notwendigen Ausrichtung der Europapolitik des Freistaates.

Die sächsischen Grenzen sind über weite Strecken Außengrenzen der EU. Dies wird bis dato landespolitisch und regionalpolitisch vornehmlich als Nachteil reflektiert. Als wir zum Nachteilsausgleich der Grenzregionen vor einiger Zeit die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen in der Lausitz und im Erzgebirge anregten, wurden wir belächelt. Seis drum, vielleicht ging der Vorschlag wirklich daneben. Aber Polen hat mittlerweile solches in seinen Grenzregionen gemacht und es beginnt sich auszuzahlen. Was für Sachsen aber vor allen Dingen vonnöten ist, ist ein Umdenken. Denken wir doch endlich auch positiv über die Grenzlage und verstehen wir sie als Chance der besonderen und für jeweils beide Seiten vorteilhaften Kooperation mit Tschechien und Polen und den anderen mitteleuropäischen Staaten.

(Zuruf von Ministerpräsident Prof. Dr. Biedenkopf)

– Wenn es so ist, Herr Ministerpräsident, dann ist es ja gut. Dann haben wir eine Gemeinsamkeit und können beide darüber nachdenken.

(Zuruf von Ministerpräsident Prof. Dr. Biedenkopf)

– Sie haben gerade bestätigt, dass Sie es machen. Und dann sagen Sie, es gebe keine Gemeinsamkeiten. Okay, verstehe das, wer möchte.

(Jurk, SPD: Sie haben ja dauernd Gemeinsamkeiten!)

Die unmittelbaren Nachbarn Sachsens im Osten und Süden sind zugleich Beitrittskandidaten zur Europäischen Union. Sie erwarten vom deutschen Nachbarn Hilfe beim Finden der angemessenen Schritte zum Eintritt in die EU und beim Vermitteln der in den Beitrittsländern auf verschiedenen Gebieten gemachten Erfahrungen, die auch der EU zugute kommen können.

Die Europapolitik des Freistaates sollte ausdrücklich so gestaltet sein, dass sie nicht nur eine Brücke vom Westen zu den Beitrittskandidaten schlägt, sondern auch von Ost nach West Erfahrungen und Herausforderungen an die EU transferiert.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Sachsen sollte zum Botschafter der Beitrittskandidaten in der Bundesrepublik und in der EU werden.

In allen bestehenden Formen der politischen und kulturellen Wechselseitigkeiten, ob im Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds oder im Deutsch-Polnischen Jugendwerk, muss der Freistaat kreativer werden und von den Sonntagsreden zur Alltagsarbeit übergehen.

Die Euroregionen als konkreteste Form grenzüberschreitender, grenznaher Zusammenarbeit bedürfen erweiterter finanzieller und rechtlicher Rahmenbedingungen und engeren landesparlamentarischen und euroregionalen Zusammenspiels. Sachsen sollte initiativ werden bei der EU, dass die Förderprogramme der EU nicht an der Grenze enden – die einen diesseits und die anderen jenseits.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Entwicklung von Wirtschaft und Arbeit liegt also unser Schicksal.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeit sichert uns das Soziale und seinen Ausbau, schafft die Gerechtigkeitspotenziale und setzt die Bedingungen für Stabilität und Weiterentwicklung von Demokratie. Deshalb habe ich mich auch relativ lange bei diesem Thema aufgehalten.

Zugleich sind Entwicklungen und Umwälzungen von Wirtschaft und Arbeit eingebettet in die Umwälzungen auf diesen und all den eingangs genannten Gebieten. Das Ausmaß der innovativen Tätigkeit, also der Beteiligung an Forschung und Entwicklung, das Wissenschaftsniveau, das Qualifikationsniveau der Bevölkerung und die Qualität der Bildungssysteme sind zum Beispiel nicht nur entscheidende Entwicklungsfaktoren, sondern haben auch sehr viel mit Demokratie und sozialer Gerechtigkeit im Sinne von Chancengleichheit zu tun.

So wie wir grundlegende Verbesserungen im Bildungswesen des Freistaates für alle und nicht elitäre Bildung für wenige mit Hilfe des Staates fordern, so bleibt die PDS auch bei ihrer entschiedenen Forderung nach einem unentgeltlichen Studium.

(Beifall bei der PDS)

Es gilt auch alle Hintertüren zu schließen, durch die Studiengebühren doch noch Einzug halten könnten. Wir werden diesbezüglich die Staatsregierung – namentlich Sie, Herr Minister Meyer – beim Wort nehmen.

Die PDS verlangt außerdem einen entscheidenden Impuls Sachsens für eine grundlegende Reform des BAföG, die den Kreis der Geförderten wieder erheblich erweitert.

(Beifall bei der PDS)

Eine so hergestellte annähernde Chancengleichheit auf allen Ebenen der Bildung ist gleichzeitig die beste Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Wissenschaftslandschaft und diese ist wiederum der entscheidende Hebel für dauerhafte Grundlagen einer gesunden, sich selbst tragenden Wirtschaft in Sachsen. Da haben wir doch eine Gemeinsamkeit; das habe ich doch heute Vormittag gehört.

Insofern wäre, unter dem Aspekt der Kosten betrachtet, die Erfüllung unserer Forderungen eine sehr gute Investition in die Zukunft. Der Ministerpräsident selbst hat ja eben schon oft die Forschungslandschaft als einen der wichtigsten, wenn nicht den wichtigsten Faktor für eine erfolgreiche Entwicklung des Freistaates genannt.

Die bisherigen politischen und finanziellen Anstrengungen reichen aber nicht annähernd aus, um den hehren Worten – so auch vor wenigen Tagen durch Wirtschaftsminister Kajo Schommer bei der Verleihung des Innovationspreises – Taten folgen zu lassen.

Ich frage jetzt ganz konkret als Betroffener: Wie soll ich in einem Hauptseminar mit 76 Teilnehmerinnen und Teilnehmern attraktiven, international wettbewerbsfähigen akademischen Unterricht durchführen?

Es muss das drastisch reduzierte Graduiertenstudium mit Mitteln des Freistaates zumindest wieder auf den alten Stand gebracht werden. Eigentlich gehörte es aber aufgestockt. Es stehen heute potenzielle Habilitanden und Doktoranden – und sie stehen in Konkurrenz – für die wenigen befristeten Stellen wissenschaftlicher Mitarbeiter Schlange. Die Behinderung ihrer Entwicklung ist eine Behinderung der Entwicklung der Wissenschaften und des Studiums und ist unmittelbar zukunftsgefährdend.

(Beifall bei der PDS)

Statt der Personalkürzungen im Hochschulwesen bräuchten wir Anstrengungen zur Reintegration stellenlos gewordener Akademiker in der Forschung. Mit Drittmitteln allein ist hier nicht viel zu machen. Allerdings sollte der Freistaat seine Förderpolitik so ausrichten, dass die im Freistaat angesiedelten nationalen und multinationalen Konzerne ihre außerordentlich günstigen Standortbedingungen durch zunehmende Ansiedlung von Forschung und durch Transfer von Know-how in die mit ihnen kooperierenden Klein- und Mittelbetriebe honorieren.

Nicht zu vergessen: Die noch im Sommer auf den Weg gebrachte Hochschulentwicklungskommission lässt nach dem, was bekannt ist, noch wenig Konturen erkennen. Sie darf kein elitäres Organ werden, ihr Wirken muss transparent sein. Ihre Bedeutung für die strukturelle Entwicklung des Freistaates kann enorm sein, sie kann aber auch eine Tendenz verstärken, den mit dem neuen Hochschulgesetz eingeschlagenen Weg der Verengung demokratischer Spielräume fortzusetzen.

Die PDS wird eine wichtige Aufgabe darin sehen, diese Tendenz zu beenden, und wird der weiteren Demokratisierung in der Wissenschafts- und Hochschullandschaft neue Impulse geben. Dies sind Impulse zur Befreiung von Kreativität.

(Beifall bei der PDS)

Gleiches gilt für die Schule. Wenn die Schule Demokratie und demokratische Verhaltensweisen vermitteln soll, muss sie auch selbst ein Feld erlebbarer Demokratie sein. Hierzu braucht es Veränderungen im Schulgesetz und in der Schulpraxis statt unsinniger Lehrerschelte.

Ich habe aber mit Genugtuung heute aus dem Munde des Ministerpräsidenten deutlich andere Töne gehört als bisher aus dem Munde von Herrn Rößler. Das Lob für die sächsischen Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler aus dem Regierungslager war längst fällig.

(Beifall bei der PDS)

Die Opposition wusste schon seit langem, welche Leistungen trotz der rein fiskalisch aufgebauten Kultuspolitik in der Schule vollbracht werden.

Die Gesellschaft braucht in der gegenwärtigen Situation die Entfaltung eines jeden Talents. Genau das ist mit der Schule in Sachsen nur sehr begrenzt zu bewerkstelligen. Die Bindung der Orientierungsstufe an den Schultyp ist nicht nur sozial selektiv, sondern benachteiligt auch alle so genannten Spätzünder; denn einmal an der Mittelschule heißt in der Praxis immer an der Mittelschule, was nicht gegen die Mittelschule sprechen soll, sondern gegen unsere Schulpolitik.

Wir brauchen die Bindung der Orientierungsstufe an die Grundschule, um den Schülerinnen und Schülern gerade in der so komplizierten wie ungleichzeitig und unterschiedlich verlaufenden Entwicklungsphase im Alter zwi-

schen zehn und zwölf Jahren alle Chancen der Entfaltung zu geben. Wir werden einen entsprechenden Entwurf für ein Schulgesetz einbringen.

Unsere Initiativen zur Demokratieentwicklung werden im Übrigen nicht punktuell bleiben, sondern systematisch angelegt werden, obwohl wir an bestimmten Punkten besonderen Nachdruck entwickeln werden, wie zum Beispiel bei der Unterstützung des Volksbegehrens zu den kommunalen Sparkassen und des Volksantrags zur Novellierung des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes.

Es geht nicht um Neuerfindung von Gremien oder Möglichkeiten für die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, sondern es geht darum, Vorhandenes so zu gestalten, dass es dem Anspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Teilhabe und Selbstbestimmung gerecht wird.

Das fängt bei der unmittelbaren Prägung der Lebensperspektive durch das Geschlecht an. Der seit neun Jahren von der CDU-Regierung in Sachsen favorisierte Weg einer dezentralen Frauenförderung trug bisher kaum Früchte. Die Diskriminierung von Frauen wurde nicht beseitigt, sie ist nur subtiler geworden. Alles, was sich auf frauenpolitischem Gebiet getan hat, kam im Grunde von unten, aus den Frauenprojekten, -vereinen und -verbänden.

(Beifall bei der PDS)

Hierzu wurde staatlicherseits nicht viel beigetragen.

(Zuruf von der CDU)

– Hören Sie zu! – Zwar kann eine reale Förderung von Frauenprojekten konstatiert werden – das ist auch loblich –, sie erfolgt aber themenbezogen. Eine geschlechtsspezifische Förderung wird verweigert.

Insbesondere die Hoffnung vieler Frauen, mit der Einrichtung des Amtes einer Staatsministerin für Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann könne die politische Interessenvertretung von Frauen gestärkt werden, erwies sich trotz allen Bemühens von Frau de Haas als Trugschluss. Mehr noch, dieser Schritt erweist sich bis heute als weitgehend destruktiv, weil dieses Ministeramt, wie schon seine finanzielle Ausstattung zeigt und seine Ansiedlung bei der Staatskanzlei beweist, nur eine Alibifunktion ausübt und so letztlich eine Politik von Frauen, aber auch für Frauen blockiert wird.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Deshalb setzen wir hier tatsächlich auf die Stärkung und Etablierung von Gremien der Selbstverwaltung und Selbstorganisation von Frauen.

Politische Teilhabe vollzieht sich vor allem im unmittelbaren Lebensumfeld der Menschen in den Kommunen. Ein Kernpunkt für entsprechende parlamentarische Initiativen der PDS-Fraktion wird daher die rechtlich, politisch und finanziell gesicherte kommunale Selbstverwaltung sein. Dies ist, soweit es die Finanzen betrifft, unserer Meinung nach weitgehend durch Veränderungen im Finanzausgleich und durch mehr Pauschalierung bei den investiven Zuweisungen, die den Kommunen mehr Verantwortung übertragen, möglich.

(Beifall bei der PDS)

Wir wollen der puren Selbstverständlichkeit folgen, dass in den vertikalen Finanzbeziehungen zwischen Freistaat und Kommune nicht nur die Einnahmensituation der beiden Ebenen, sondern auch die sich stark verändernde Ausgabensituation Berücksichtigung findet. Ich verweise hier-

zu nur beispielhaft auf die steigenden Sozialhilfeausgaben, die gestiegenen Schulbeförderungskosten oder den hohen Investitionsbedarf in den Kommunen.

Gemeinsam sollten wir sehr scharf darüber nachdenken, wie die Auswirkungen des eichelschen Sparpakets auf die Kommunen bewältigt werden können. Das betrifft u. a. den Wegfall der Finanzierung der originären Arbeitslosenhilfe durch den Bund, die Mitfinanzierung des pauschalisierten Wohngeldes für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, aus der der Bund aussteigen will, die Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung des Familienlastenausgleichs oder den Ausstieg des Bundes aus der bisher gemeinsam mit den Ländern getragenen Vorstreckung der Unterhaltskosten, die wohl auch bei den Kommunen landen wird.

Der Verfassungsgrundsatz aus Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes darf nicht auf kaltem Weg über das Geld zur leeren Worthülse verkommen. Nach diesem Grundsatz muss den Gemeinden das Recht gewährleistet werden, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Wir unterstützen deshalb die Anforderungen des Sächsischen Städte- und Gemeindetages an die neue Landesregierung und den Landtag.

(Beifall bei der PDS)

Mit der drückenden Abgabenlast, insbesondere im Wasser- und Abwasserbereich, werden wir uns weiterhin nicht abfinden. Deshalb wird die PDS-Fraktion noch in diesem Jahr ihren Gesetzentwurf zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von Kommunalabgaben überarbeiten und in das Gesetzgebungsverfahren einbringen.

Das von uns vorgelegte Belastungsverzeichnis betrifft Kommunalabgaben und -steuern werden wir weiterführen und ständig aktualisieren, um den Kommunalpolitikerinnen und -politikern und den Entscheidungsträgerinnen und -trägern vor Ort Vergleichsmöglichkeiten dafür in die Hand zu geben, wie sich letztendlich falsche zentralistische Planung auf die Geldbörsen aller Bürgerinnen und Bürger auswirkt.

Wir werden uns außerdem für eine unverzüglich in Angriff zu nehmende, an Bürgernähe orientierte Funktional- und Verwaltungsreform einsetzen, in deren Rahmen es zu einer Dezentralisierung der Aufgaben, Ressourcen und Verantwortlichkeiten kommt und die Einsparungspotenziale erschließt. Dass wir dabei erneut die einschneidenden Verschlechterungen der Mitbestimmungsrechte im öffentlichen Dienst thematisieren werden, dessen kann sich die Staatsregierung sicher sein.

Eine mit den Rechten und Pflichten kommunaler Selbstverwaltung konforme Ordnung wird in die Kommunalfinanzen aber nur dann kommen, wenn die angekündigte große Steuerreform mit einer grundlegenden Reform der Kommunalfinanzierung verbunden wird, die Verfassungsänderungen bei Artikel 106 des Grundgesetzes einschließt.

(Beifall bei der PDS)

Dies ist eine sehr ernste Frage und keine Frage mit nur haushaltspolitischen Dimensionen, sondern es sind davon zum Teil einschneidende Entwicklungsrichtungen unserer Gesellschaft tangiert. Besonders im ländlichen Raum und in Kleinstädten ist heute die Situation oft dadurch gekennzeichnet, dass für offene Jugendarbeit nur geringe oder keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Die wenigen offenen Jugendtreffs werden zumeist von rechten Jugendlichen kulturell dominiert. Projekte, die mit einer rechtsextrem orientierten Szene gezielt arbeiten, sind oft die einzigen vor Ort. Rechts zu sein ist in und wird somit zur Normalität.

Ein Grund dieser Entwicklung liegt auch in der schwach ausgebildeten und schlecht verankerten, weil finanziell stiefmütterlich behandelten Soziokultur. Allerdings ist das Gesamtproblem in seinen Ursachen sehr viel komplexer, weshalb auch die Gegenmaßnahmen komplex sein müssen. Sie werden in dieser Sache mit Sicherheit von uns hören. Unsere vielen jungen Abgeordneten garantieren dafür. Dabei wird es vor allem um das Demokratieprinzip möglichst großer Partizipation der Betroffenen, auch der Kinder und Jugendlichen, an Problemlösungen gehen. Ein wichtiger Raum dafür ist eben die Kommune.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Aus der Bibel wissen wir: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“ Deshalb braucht er u. a. und nicht zuletzt auch Kultur und Kunst. Aber wie wir von Schiller bzw. seinem Maler Conti wissen, geht auch die Kunst nach Brot. Wie sollte sie auch anders, denn so wissen wir wieder von Marx: Zuerst muss der Mensch essen, sich kleiden, trinken und wohnen, bevor er philosophieren kann und natürlich auch, bevor er Kunst und Kultur produzieren oder genießen kann.

(Eggert, CDU: Das hat Marx aber auf den Punkt gebracht!)

– Ja, er hat es auf den Punkt gebracht, Herr Eggert. Sie sollten öfter dort lesen.

(Eggert, CDU: Er hat auf Pump gelebt!)

– Nein, Marx hat nicht auf Pump gelebt. Er hatte Sponsoren – in der modernen Terminologie gesprochen.

(Heiterkeit und Beifall bei der PDS)

Gerade das Sponsoring ist ja in Kunst und Kultur derzeit fast die wichtigste finanzielle Grundlage. Wir sprechen tatsächlich vom Gleichen.

Wie bedeutsam Kunst und Kultur als so genannte weiche Standortfaktoren sind, weiß wiederum sogar die sächsisch-bayerische Zukunftscommission. In ihrem Bericht Teil 3, Seite 120, schreibt sie: „Für den Übergang zur unternehmerischen Wissensgesellschaft ist schließlich die Pflege von Kunst und Kultur von herausragender Bedeutung. Kunst und Kultur erschließen Kreativität in einer Bevölkerung. Sie sind keineswegs nur dekorative Elemente. Daher sind Aufwendungen für sie auch kein bloßer Konsum, sondern unverzichtbare Investitionen in die Entwicklung einer Gesellschaft.“

Ich will jetzt nicht weiter darüber rechten, wie sich diese Auffassung mit der Ignoranz der Staatsregierung gegenüber den berechtigten Sorgen der künstlerischen und kulturellen Landesverbände angesichts einer Kürzung der Mittel für die allgemeine Kultur- und Kunstpflege um 25 bis 30 % in den Haushaltsjahren 1999 und 2000 verträgt. Ich will auch nicht darüber rechten, wie es sich damit verträgt, dass der Ministerpräsident heute ausgerechnet zu Kunst und Kultur nichts gesagt hat, obwohl er es offensichtlich vorhatte. Wir werden jedenfalls Mittel für Kunst und Kultur immer als Investitionen betrachten und entsprechende Vorschläge machen.

Dabei geht es nicht darum, Künstlerinnen und Künstlern das Blaue vom Himmel zu versprechen, wie uns Herr Flath in seiner Antwort auf die Fragen der kulturellen Lan-

desverbände im Wahlkampf verdächtigte. Da waren Sie noch Generalsekretär, Herr Flath, da mussten Sie natürlich kämpferisch sein. Jetzt sind Sie Umwelt- und Landwirtschaftsminister. Ich wünsche Ihnen alles Gute und eine glückliche Hand. Mal sehen, ob es jetzt zur Sacharbeit kommt.

Es geht ja darum, Künstlerinnen und Künstler nicht hilflos einem Markt auszusetzen, der ihnen in vielen Fällen weder notwendige und menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen sichert, geschweige denn die nötigen Schaffungsvoraussetzungen.

Auf dem Markt geht Kunst nur nach Brot. Es geht ihr wie der Wissenschaft bei Goethe: Sie ist nunmehr die tüchtige Kuh, die mit Butter versorgt, und gar nicht mehr die hohe himmlische Göttin.

Nirgends anders gilt dies übrigens mehr als in den Massenmedien, die einer fortschreitenden Konzentration und Monopolisierung unterworfen sind. Die Plattheiten, Pornografie und Grausamkeiten überbieten sich in den kommerziellen Medien. Das Internet strotzt ebenso davon. Wir wollen eine Verschärfung der Kartellgesetze sowie die Lizenzierung unabhängiger Fernsehprogramme, um die mediale Macht immer weniger kommerzieller Anbieter auf dem Medienmarkt zugunsten von Pluralität und Vielfalt einzuschränken. Zugleich sind wir für starke und unabhängige öffentlich-rechtliche Medien, deren Radius durchaus auf das Internet ausgedehnt werden könnte.

Dies soll die Grundversorgung aller mit Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung sichern, so dass deren Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs als ein demokratisches Grundrecht gesichert ist. Deshalb wollen wir eine Reform des gebührenfinanzierten Hörfunks und Fernsehens, das heißt Zurückdrängung des Einflusses der Parteien und Regierungen, und dafür gesellschaftlichen Kräften wie Gewerkschaften, Arbeitslosen-, Kultur- oder Umweltverbänden mehr Mitsprache einzuräumen.

Dafür muss aber auch die innere Demokratie der öffentlich-rechtlichen Anstalten gestärkt werden, zum Beispiel durch Redaktionsstatute und öffentliche Beratungen der Rundfunk- und Medienräte. Das kostet übrigens auch keinen Pfennig mehr. Es gewinnt angesichts der Informationsmenge, die dank neuer Medien zur Verfügung steht, die Medienkompetenz der bzw. des Einzelnen einen bisher nicht gekannten Stellenwert. Deshalb sollten handlungsorientierte Angebote die Medienbildung in Schule und Freizeit über Radio, Video, Zeitungen und in der Kunst möglichst fördern. Auch die Ausgaben dafür wären Investitionen in die Zukunft.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Herr Ministerpräsident, Sie sind in einer außergewöhnlichen Situation: Ministerpräsident, Bundesratspräsident und demnächst auch noch amtierender Vertreter des Bundespräsidenten – wer war das schon einmal alles zusammen?

Gestatten Sie mir, Ihnen auf einen solchen Weg etwas mitzugeben. Anlässlich der Jahrestage 1999 und 2000 wird geklagt und geklagt, dass die Mauer zumindest in den Köpfen immer noch existiere, ja größer werde. Es wird aufgezählt, wie viele Ostdeutsche noch nicht im Westen Deutschlands waren und umgekehrt. 12 % im Osten wollen die Mauer wieder, 20 % im Westen. 40 % der Menschen im Westen waren angeblich noch nie bei uns usw. usf.

Wenn das alles so ist – es gibt eigentlich keinen Zweifel daran, dass es so ist –, muss etwas passieren. Wie ich denke, kann das heute vornehmlich nur vom Osten ausge-

hen. Wir haben uns hier der deutschen Einheit geöffnet. Wir wollten die Chance der sozialen Marktwirtschaft ergreifen und das Soziale dabei nicht verlieren. Wir haben uns den Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie und des Grundgesetzes geöffnet – die PDS nicht nur inbegriffen, sondern in vielerlei Hinsicht sehr aktiv daran beteiligt.

Dies alles war für viele kein einfacher Prozess. Er war mit Verlust und Gewinn, mit Zweifel und Hoffnung, oft mit schmerzlicher Selbstreflexion und Veränderung und mit all den Schwierigkeiten, von denen ich jetzt gesprochen habe, verbunden.

Wir haben uns aber in großer Mehrheit der Herausforderung gestellt. Wir haben uns der Herausforderung gestellt und uns und das Land verändert, allerdings auf der Basis unserer eigenen Lebenserfahrungen, auf der Basis unserer Interessen und unserer Vorstellungen von Lebensqualität. Niemand hat sich gegen die deutsche Einheit organisiert, nur weil er sie aus dem Lebensgefühl und dem Selbstbewusstsein der Menschen in Ostdeutschland heraus gestalten will. Ganz im Gegenteil. Wir haben uns in den neuen Bundesländern auf unsere Art und Weise der Chance gegenüber geöffnet und sie dementsprechend genutzt. Insofern haben wir in vielerlei Hinsicht Neues in die Einheit eingebracht, ihr vor allem eine Entwicklungsdynamik gegeben, die im Westen nicht immer und viel zu wenig beachtet und angenommen wird, zu oft auch zu Ängsten und Missverständnissen führt. Zu viele denken im Westen immer noch in der einfachen Kategorie des Beitritts, der zwar Geld kostet – da ist man ja auch solidarisch –, ansonsten aber keine Notwendigkeit zum Nachdenken, zu eigener Änderung und Veränderung entstehen lässt.

Man fühlt sich meist durchaus freundlich behrend und in beschaulicher Weise als Sieger und in simpler Weise bestätigt. Das bringt jedoch Stagnation und Konflikte in den Einigungsprozess. Seine Dynamik geht heute vornehmlich vom Osten aus. Gehen wir deshalb doch vom Osten her auf die Menschen im Westen zu, um sie zu bewegen! Bitten wir jene zu uns her, die noch nicht hier waren, auf dass sie uns erleben, also Bewegung erleben und von der Bewegung ergriffen werden. Suchen und organisieren wir sehr viel mehr als bisher das Gespräch, die Begegnung für gegenseitiges Verstehen und durchaus für gegenseitiges Behaupten! Ich denke, auch der Landtag kann da einiges dafür tun.

Nutzen wir unsere finanziellen Möglichkeiten nicht nur dazu, Menschen aus Sachsen in unser Haus einzuladen, sondern propagieren wir auch im Westen, wenigstens in unseren Partnerländern, den Besuch bei uns, das Gespräch mit uns und unterstützen wir dies entsprechend.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Sehr verehrte Damen und Herren! Wir führen die Aussprache zur Regierungserklärung mit dem Redebeitrag der CDU-Fraktion fort. Ich erteile dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Dr. Hähle, das Wort.

Dr. Hähle, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Damit Sie die Prophezeiungen und politischen Einschätzungen sowie Anbiederungsversuche des Vorredners richtig einordnen können,

(Heiterkeit bei der PDS)

will ich daran erinnern, dass der Herr Porsch schon in der 2. Legislaturperiode fortwährend behauptet hatte, die CDU betreibe eine katastrophale Politik und sie werde die Quittung bei den nächsten Wahlen bekommen. Er hatte großspurig prophezeit, dass die absolute Mehrheit der CDU gebrochen werde. Aber das hat sich, wie er selbst heute zu Beginn seiner Rede zugeben musste, eben nicht erfüllt.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Prof. Dr. Porsch, PDS)

Ich darf doch wohl zu Beginn der 3. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages einmal festhalten: Die CDU hat ihr als unwiederholbar bezeichnetes gutes Wahlergebnis von 1994 auch 1999 erreicht. In der Opposition haben sich zwar die Gewichte verschoben – die SPD ist schwächer geworden, die PDS stärker –,

(Jurk, SPD: Nur dem Schein nach!)

insgesamt hat sich die Stärke der Opposition aber nicht verändert. Ich weiß nicht, ob das ein Ergebnis unserer Politik gewesen ist; ich bezweifle das. Diese Stärkeveränderung können wir uns nicht auf unsere Fahnen schreiben. Übrigens: Grüne und F.D.P. haben noch mehr an Zustimmung verloren als bisher schon. Alle Oppositionsparteien haben im Wahlkampf behauptet, sie hätten eigentlich das bessere Politikangebot, nur die Wähler hätten es leider nicht so richtig verstanden. Auch Herr Porsch hebt ja heute darauf ab. Er sagt, was die PDS will, das ist gut. Er hat sich staatsmännisch gegeben.

(Zuruf von der PDS)

Allerdings muss man auch hier sagen: Es hat nur bei einem relativ geringen Prozentsatz im Volk Früchte getragen.

Nun muss man sich fragen: Haben wir denn wirklich ein so unverständiges Volk – ein Volk, das nicht imstande ist, die Wirklichkeit, die vor Augen ist, richtig zu bewerten? 56,9 % der Wählerinnen und Wähler, die zur Wahl gegangen sind, haben CDU gewählt, weil sie nicht richtig informiert waren? – Meine Damen und Herren, das glauben Sie doch selbst nicht!

(Beifall bei der CDU)

Andererseits können Sie der Sächsischen Union wohl auch nicht unterstellen, dass wir den Menschen zu viel versprochen hätten – diese Wahlversprechungen, die die Politiker ja angeblich nie erfüllen. Dass wir den Leuten nach dem Mund geredet hätten, können Sie uns auch nicht unterstellen. Na gut, habe ich manchmal jetzt gehört, diesmal habt ihr noch Glück, da habt ihr noch den Kurt Biedenkopf, das nächste Mal wird alles ganz anders. So sehen schon die nächsten Prophezeiungen aus. Da habt ihr doch sonst niemanden weiter, der das nur annähernd ersetzen könnte.

(Tippach, PDS: Das sieht man gerade! –
Heiterkeit bei der PDS)

Da muss ich doch mal fragen, meine Damen und Herren von der Opposition: Wen hat denn dann die PDS? Wen hat denn dann die SPD?

(Zuruf von der PDS: Lassen Sie sich überraschen!)

Sind die Fragen nicht auch erlaubt?

Es ist schön, dass Sie sich alle Sorgen um die CDU machen.

(Jurk, SPD: Ich nicht!)

Das heißt, dass auch Sie der Meinung sind, ohne die Sächsische Union wird es auch in Zukunft nicht gehen. Hier muss ich Ihnen ausnahmsweise Recht geben.

(Beifall bei der CDU – Beifall bei der Staatsregierung)

Aber nun glauben Sie ja nicht, dass wir uns die nächsten fünf Jahre ausschließlich mit der Nachfolgefrage beschäftigen werden. Die CDU hat einen klaren Regierungsauftrag erhalten. Diesen Auftrag werden wir erfüllen, davon können Sie ausgehen. Das bedeutet harte Arbeit. Wir wissen, was das bedeutet.

Das Kabinett ist vereidigt, der Landtag hat sich konstituiert, der Ministerpräsident hat in seiner ersten Regierungserklärung die Aufgaben und Ziele der vor uns liegenden Zeit skizziert. Dabei konnte naturgemäß nicht alles erwähnt werden. Sie werden also noch manch anderes finden, Herr Porsch, was heute nicht zur Sprache gekommen ist und trotzdem wichtiger Gegenstand unserer Politik sein wird. Es muss im Laufe der Zeit präzisiert und ausgefüllt werden, das ist ganz klar, sonst könnten wir ja mit der heutigen Sitzung unsere Arbeit in dieser Legislaturperiode einstellen.

Bei den vorgetragenen Zielen gibt es volle Übereinstimmung mit der CDU-Fraktion; denn es sind die Ziele, die wir den Wählern in unserem Wahlprogramm vorgestellt und die wir auch im Wahlkampf vorgetragen und mit den Leuten erörtert haben. Wenn ich sage, wir sind mit diesen Zielen einverstanden, heißt das aber nicht, dass die CDU-Fraktion nun zu allem Ja und Amen sagen wird, was die Regierung will. Das war nie so, das wird auch in Zukunft nicht so sein.

Allerdings kann natürlich auch niemand von uns erwarten, dass wir die Arbeit der Opposition gleich mit erledigen.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Da lassen wir Sie auch nicht ran!)

Die Regierung Biedenkopf ist unsere Regierung, die wir tragen. Wir wollen, dass sie weiterhin Erfolg hat – im Interesse unseres Landes und seiner Bürger. In diesem Sinne werden wir die Regierung kontrollieren.

(Beifall bei der CDU)

Die Fraktion wird wie bisher ihre eigenen Akzente setzen. Dies wird weiterhin geschehen im engen Kontakt mit der Bevölkerung Sachsens, den Kommunen und den sächsischen Betrieben – Arbeitnehmern wie Arbeitgebern.

Wir haben aus jedem Landtagswahlkreis in Sachsen wenigstens einen Vertreter in der Fraktion, und das ununterbrochen seit 1990. Das erleichtert vieles, ist andererseits mit Mühen verbunden – Mühen, die wir nicht scheuen, sondern als lohnende und wichtige Aufgabe ansehen. Die Verantwortung zu haben für einen Wahlkreis heißt hinhören, die Probleme der Menschen und der Region aufnehmen, transportieren, nach Lösungen suchen, Veränderungen herbeiführen und helfen, wo es geht, manchmal auch schlichten, Kompromisse suchen und mitunter auch eingestehen, dass nicht alles mit staatlichen Mitteln gelöst werden kann.

Meine Damen und Herren! Durch die Arbeit der 60 direkt gewählten Abgeordneten seit 1990 und der anderen CDU-Abgeordneten ist für die soziale Gerechtigkeit im Lande mehr getan worden, als es die PDS, die den Begriff der

sozialen Gerechtigkeit ständig im Mund führt, jemals tun kann.

(Beifall bei der CDU – Prof. Dr. Porsch, PDS: Auweia!)

Aber wenn wir eines gelernt haben aus den Wahlerfolgen der PDS, dann ist es dieses: Wir dürfen diese Arbeit nicht mehr nur in aller Stille und Bescheidenheit tun,

(Heiterkeit bei der PDS)

sondern wir müssen mehr darüber in die Öffentlichkeit tragen. Der PDS werden wir jedenfalls dieses Feld nicht überlassen. Bedauerlich ist, dass es sich die SPD hat abjagen lassen. Ich sage Ihnen: Wer dem Dieb den Schlüssel in die Hand gibt, muss sich nicht wundern, wenn eines Tages die eigene Bude leer geräumt ist.

(Beifall bei der CDU –

Zuruf des Abg. Prof. Dr. Porsch, PDS)

Ich halte es für den entscheidenden Fehler der Sozialdemokratie in Deutschland – ich sage nicht: in Sachsen, sondern in Deutschland –, dass sie aus machtpolitischen Gründen keine klare Trennungslinie zur kommunistischen PDS gezogen hat.

(Beifall bei der CDU –

Zuruf des Abg. Prof. Dr. Porsch, PDS)

Und es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, dass die SPD damit ihren Weg zum eigenen Abstieg oder zum Untergang beschreitet. Diesmal allerdings – daran möchte ich festhalten – ohne Not und ganz freiwillig. Die CDU dagegen zieht diese Trennungslinie zur PDS ganz konsequent aus den von mir dargelegten Gründen und aus Gründen, die ich noch vortragen werde.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Porsch, PDS)

Übrigens: Abgrenzung ist nicht Ausgrenzung, wie Sie das immer behaupten. Abgrenzung hat auch nichts mit persönlicher Feindschaft zu tun. Es muss aber klar erkennbar sein, wo und wofür die politischen Parteien im demokratischen System stehen. Wofür die Sächsische Union steht, war seit 1990 stets eindeutig erkennbar. Gerade wegen dieser Klarheit hatten wir Erfolg, das soll so bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Nun ist ja in den vergangenen Tagen ein Sturm durch die Medien gegangen, kann man sagen: „Die CDU wird sich mit der PDS auch inhaltlich auseinandersetzen!“ Ich meine, das ist doch keinesfalls neu, das haben wir doch hier schon immer getan. Neu ist nur, dass da plötzlich so große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregt wird. Neu ist auch, dass vonseiten der PDS falsche Erwartungen daran geknüpft werden.

Ich habe jetzt einen Artikel gelesen, übrigens im „Neuen Deutschland“, darin war die Rede davon, dass von inhaltlicher Auseinandersetzung keine Rede sein könne, Zusammenarbeit fände ja nicht statt. Auseinandersetzung ist doch nicht sofort Zusammenarbeit und es hat mit Zusammenarbeit überhaupt nichts zu tun, wenn man sich auseinander setzt. Da trägt man seine gegensätzlichen Positionen vor.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Darauf können Sie sich verlassen!)

Ob wir auf Ihre Positionen eingehen können, das glaube ich nicht, denn dann müsste man überhaupt erst einmal

davon ausgehen, dass man Sie ernst nehmen kann und dass das, was Sie vortragen, auch so gemeint ist.

(Prof. Dr. Porsch, PDS:
Setzen Sie sich damit auseinander!)

Sich mit der PDS inhaltlich auseinander zu setzen heißt im Übrigen nicht, dass von Stund an ihre Vergangenheit vergessen ist. Sollten Sie etwa diese Hoffnung hegen, dann waren Ihre Jubelschreie sehr verfehlt.

(Beifall bei der CDU)

Wer sich mit der PDS auseinander setzt, kommt zwangsläufig auf ihre Vergangenheit; denn ihre politischen Ziele und Strategien werden gespeist aus der Vergangenheit, auch wenn Sie das manchmal zu vertuschen versuchen.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Weiter so!)

Das kann ja auch gar nicht anders sein, denn ein großer Teil Ihrer Wählerschaft speist sich aus den alten Kadern. Da können Sie erzählen, was Sie wollen.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Das waren 23 %!)

Denn wenn es nicht so wäre, dann müsste mir mal jemand erklären, warum in Berlin-Hohenschönhausen 45,2 % PDS wählen, in Annaberg gerade einmal 18,7 %.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Prof. Dr. Porsch, PDS:
Da ist die SED Schuld!)

Die in Berlin hauptsächlich ansässige und auch in den ehemaligen Bezirksstädten noch in größerer Zahl vorhandene Schar von SED-Funktionären und Anhängern der kommunistischen Ideologie können Sie doch nicht enttäuschen, wenn Sie weiterhin einigermaßen Erfolg haben wollen. So können Sie sich auch nicht vorbehaltlos auf den Boden des Grundgesetzes stellen, des Grundgesetzes, das die SED so lange bekämpft hat. Da nützen die vielen Zitate aus dem Grundgesetz wenig, die Sie heute gebracht haben. Sie haben da eine Auswahl getroffen. Das, was Sie interessiert, das stellen Sie vornan, was Sie aber weniger interessiert und was Sie möglichst heraushaben möchten, davon reden Sie nicht. Denn Sie wollen dieses Grundgesetz im Grunde genommen überhaupt nicht.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Porsch, PDS)

Und wenn Sie es wollten, dann würden Ihnen das Ihre alten Kämpfer, von deren Unterstützung Sie leben, als Verrat auslegen, da bin ich sicher,

(Lachen bei der PDS)

als Verrat an der gemeinsamen Sache der Arbeiterklasse und was es sonst noch so für gemeinsame Sachen gegeben hat und noch gibt.

(Lachen und Unruhe bei der PDS)

– Herr Porsch, Sie haben heute wesentlich ernsthafter vortragen als sonst. Ich habe schon gedacht, hier hätte es einen Wandel gegeben, aber Ihre alten Kaspermanieren treten wieder auf, wenn Sie in der Bank sitzen.

(Beifall bei der CDU – Prof. Dr. Porsch, PDS:
Herr Hähle, ich lache über Sie!)

Inhaltliche Auseinandersetzung heißt ja auch, dass hier einmal angesprochen werden muss, dass Sie erstaunlich wenig über Ihre eigenen Parteibeschlüsse und Ihr Programm hier im Landtag sprechen. Inhaltliche Ausein-

dersetzung heißt, dass wir das jetzt womöglich hervorholen müssen.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Machen Sie es doch!)

Darf ich einmal daran erinnern, dass im Rostocker Programm der SPD, beschlossen vor der Bundestagswahl 1990, unter anderem steht – –

(Jurk, SPD: Der PDS!)

– Ich bitte sehr um Verzeihung. Es gibt kein Rostocker Programm der SPD. Ich meine das der PDS.

(Prof. Dr. Porsch, PDS:
Das war ein Manifest, Herr Hähle.)

– Es war auch ein Manifest. Da steht aber drin: „Die PDS ist die sozialistische Partei der Bundesrepublik.“

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Richtig!)

Sie nimmt in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen radikal-demokratische und antikapitalistische Positionen ein.“

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Ist Ihnen schon mal aufgefallen, dass das Grundgesetz weder radikal-demokratisch noch antikapitalistisch ist?

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Aber es verbietet es nicht!)

Sie zitierten zwar aus dem Grundgesetz, aber zum Beispiel nicht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ – Artikel 20 Abs. 2 – „Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

(Prof. Dr. Porsch, PDS:
Wir sind ohne Wahlen hierher gekommen.)

Wir haben eine parlamentarische Demokratie, die Ihnen ganz offensichtlich nicht so richtig passt. Sie wollen sie natürlich nutzen.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Es geht ganz gut.)

Artikel 20 Abs. 4: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Der Begriff „radikal-demokratisch“ ist vor diesem Hintergrund zumindest erklärungsbedürftig. Wir dürfen gespannt sein.

(Prof. Dr. Porsch, PDS:
Setzen wir uns doch mal zusammen!)

Ebenso interessant erscheint mir, was Sie unter antikapitalistisch verstehen. Heißt das, dass Sie am kommunistischen Ziel der radikalen Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln festhalten?

(Prof. Dr. Porsch, PDS:
Jetzt müssen Sie ins Programm schauen!)

Darauf müssen Sie die Antwort auch einmal in aller Öffentlichkeit geben.

Gysi äußerte in einem am 20.09.1996 in der „SZ“ veröffentlichten Interview: „Die PDS darf auf gar keinen Fall anti-kommunistisch werden. Das sind schon alle anderen Parteien.“ Also sind Sie eine kommunistische Partei, denn niemand in der PDS hat dieser Aussage Gysis bisher widersprochen.

Da darf doch die Frage erlaubt sein: Was gilt denn nun noch von den Schriften von Marx, Engels und Lenin? Sie haben Marx ja heute wieder zitiert.

Auf die Frage, wie er denn seinen Lebensunterhalt finanziert habe, haben Sie gesagt: „Durch Sponsoring“. Das war ein seltsames Sponsoring. Engels hat ihm oft die Beträge zur Verfügung gestellt, die er für sein eigenes Leben brauchte. Aber Engels hat das in kapitalistischer Weise in einem Textilbetrieb aus den Arbeitern herausgepresst. Davon hat dann Marx gelebt.

(Beifall bei der CDU)

Ich fragte: Was gilt denn nun noch von den Schriften von Marx, Engels und Lenin?

Stalin, das will ich Ihnen zugestehen, haben Sie verworfen. Aber seitdem ist lange Zeit ins Land gegangen. Mir ist es nicht bekannt geworden, was Sie seitdem sonst noch verworfen hätten.

Die Schriften der Klassiker des Kommunismus füllen viele Regale und die ihrer Interpreten ganze Bibliotheken.

Ich erinnere mich noch sehr gut. In der DDR kam man sich immer ganz klein vor, wenn man den leisesten Zweifel an einem Satz aus diesen Werken äußerte.

(Beifall des Abg. Bandmann, CDU)

Man galt als unwissenschaftlich, hinterwäldlerisch, rückständig. Es konnte einem, wenn man es zu deutlich gesagt hat, Schlimmeres passieren.

Eines Tages stand sogar über den halbwegs gefüllten oder eher leeren Regalen unseres Dorfkonzums die Losung „Der Marxismus ist allmächtig, weil er wahr ist.“

Ich frage mich: Wie sieht es denn heute aus, was ist denn nun noch wahr von dem, was Sie vertreten? Stimmt es zum Teil oder gar nicht mehr? Das wollen wir irgendwann einmal genauer wissen. Das gehört nach unserer Auffassung zur inhaltlichen Auseinandersetzung.

(Tippach, PDS: Da dürfen Sie nicht alle rausgehen!)

„Die PDS nimmt antikapitalistische Positionen ein.“ Das ist mehr als erklärungsbedürftig.

(Tippach, PDS: Da sitzen dann 18 Leute drin.)

Eigentum und Erbrecht werden gewährleistet nach Grundgesetz Artikel 14 Abs. 1. Inhalt und Schranken werden durch Gesetze bestimmt. Das Eigentumsrecht kann zwar eingeschränkt werden, zum Beispiel durch die Steuergesetzgebung – das haben Sie anerkannt –, nicht aber abgeschafft werden, meine Damen und Herren.

Im Übrigen schließt das verbrieftete Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit auch das Recht auf freie wirtschaftliche Betätigung ein.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Das hat doch keiner bestritten.)

Ich will gar nicht groß auf Artikel 12 – Berufsfreiheit – eingehen, aber eins ist ziemlich klar: Wenn man sich mit den Programmen und Aussagen der PDS-Führer befasst, dann besteht kaum ein Zweifel daran, dass diese Partei, sollte sie maßgeblichen politischen Einfluss erlangen, wesentliche Grundrechte im Wesensgehalt antasten würde.

Die Chance eines Neubeginns, einer Abrechnung mit der Vergangenheit der SED haben Sie verpasst. Im zehnten Jahr der deutschen Einheit können Sie es immer noch nicht verwinden, dass sie zustande gekommen ist, auch wenn Sie heute einen anderen Eindruck erwecken wollten. Sie bezeichnen die deutsche Einheit nach wie vor als An-

schluss. Sie haben kein Interesse an einer ehrlichen Aufarbeitung der Geschichte. Sie decken und schützen die Täter, verhöhnern die Opfer, versuchen immer, wo es sich anbietet, das eigene Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Sie können es doch nicht leugnen, dass Sie die Nachfolge der SED angetreten haben, nicht nur organisatorisch und finanziell, auch ideologisch. Man kann ein Erbe ja auch nur ganz oder gar nicht antreten.

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Herr Dr. Hähle, ich möchte Sie freundlich daran erinnern, dass wir uns in der Aussprache zur Regierungserklärung befinden.

Dr. Hähle, CDU: Ich antworte auf den Redebeitrag des PDS-Fraktionsvorsitzenden. Ich bitte, Frau Präsidentin, dass Sie es dem frei gewählten Abgeordneten gestatten, dass er die Art und Weise seiner Ausführungen vor diesem Hohen Haus selbst bestimmt.

(Starker Beifall bei der CDU)

Ich komme jetzt auch darauf zu sprechen und stelle folgende Frage: Was ist denn vor diesem Hintergrund davon zu halten, wenn Herr Porsch vorgibt, er wolle vor allem den Mittelstand fördern? Sind Mittelständler nun Kapitalisten oder sind sie es nicht? Diese Frage müssen Sie beantworten, bevor Sie weiter davon sprechen, dem Mittelstand so große Unterstützung angeheißen lassen zu wollen.

Dürfen Mittelständler Gewinne erzielen? Wenn ja, wie hoch dürfen diese Gewinne sein? Ab wann zählen diese Mittelständler dann zu den Reichen, die Sie ja zur Kasse bitten wollen? Auch diese Frage müssen Sie beantworten, bevor Sie weiter von Ihrer Art der Mittelstandsförderung reden.

Ich will einräumen, dass manches, was Sie von sich geben, in manchen Ohren gut klingen mag, wenn Sie zum Beispiel von sozialer Gerechtigkeit, vom Anspruch der Ostdeutschen auf gleiche Lebensbedingungen, von der Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, von den staatlich finanzierten Beschäftigungsprogrammen, vom Stipendium für Gymnasiasten, von der Aufstockung der Anzahl der Lehrer, vom Spaß für alle, vom Recht auf kostenlose Bildungsangebote und -programme, von Soziokultur für jeden, wie er es gern mag, und dergleichen mehr sprechen.

Erstauslich ist, dass die veröffentlichte Meinung erst dann darauf kommt, dass das alles möglicherweise nicht zu finanzieren sein könnte, wenn der PDS-Parteivorstand in Berlin sich zu einer solchen Einschätzung hinreißen läßt. Ihr Parteivorstand ist eben auch nicht ganz fehlerfrei. Das beruhigt mich etwas, einmal ganz abgesehen von der Frage der Finanzierbarkeit.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Die ist gegeben!)

Ich stelle mir folgende Frage: Wieso soll man Ihnen denn überhaupt Glauben schenken, dass die Ziele, die Sie vortragen, wirklich die Ihren sind? Hat nicht auch die SED täglich das Blaue vom Himmel versprochen, wie es mein Generalsekretär kürzlich formuliert hat? – Er ist es im Übrigen noch. – Trotz angeblich übererfüllter Planziele erinnern wir uns an leere Regale; trotz heldenhafter Aufbauleistungen verfielen die Städte; trotz angeblicher umfassender Fürsorge des Staates erinnern wir uns an niedrigste Renten. Getürkte Zahlen, vorgetäuschte Erfolge, manipulierte Nachrichten – das gehört nun einmal auch zu dem

Erbe, das Sie angetreten haben. Warum sollte man Ihnen denn nun heute über den Weg trauen?

(Prof. Dr. Porsch, PDS:
Aber die Leute haben es gemacht!)

Das einschneidende Ereignis, den totalen Wandel, der Vertrauen letztlich rechtfertigen würde, kann ich nicht erkennen.

Kommen wir zu einigen Ihrer Forderungen im Einzelnen. Sie haben heute das niedrige Lohnniveau in Sachsen beklagt.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Ich habe es nicht beklagt, ich habe es festgestellt!)

Die PDS setzt sich natürlich für gleichen Lohn für gleiche Arbeit ein. Vom öffentlichen Dienst haben Sie heute nicht gesprochen, aber in der sonstigen öffentlichen Diskussion sind Sie natürlich für 100 % des Westniveaus im öffentlichen Dienst. Ich gebe zu: Das klingt gut. Auch ich würde das gern fordern, wenn ich nicht in Verantwortung stehen würde, aber ich möchte in Verantwortung bleiben.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Habe ich davon gesprochen?)

Ich frage Sie, wie das gehen soll bei einer durchschnittlichen wirtschaftlichen Leistung pro Kopf, die etwa 55 % des Westniveaus beträgt, bei 75 % Durchschnittsverdienst und einem Niveau von 86,5 % im öffentlichen Dienst. Nun werden 100 % des Westniveaus gefordert. Bezahlen müssen es die, die erst 75 % verdienen. Darüber sind wir uns ja wohl einig. Auf den Freistaat Sachsen kämen dann übrigens Mehrkosten von über einer Milliarde DM zu. Dieser Betrag würde nicht mehr für unsere Investitionen zur Verfügung stehen und uns wesentlich bei dem Vorhaben einschränken, die Lebensbedingungen und die Wirtschaftskraft Sachsens weiter an das westdeutsche Niveau anzugleichen.

(Prof. Dr. Porsch, PDS:
Ich habe von Wirtschaftsförderung geredet!)

Ob Sie das so wollen, muss man fragen. Oder wollen Sie, dass die Mehrkosten durch Personalabbau ausgeglichen werden? Wenn Sie das alles wollen, müssen Sie es auch dazusagen.

An anderer Stelle beklagten Sie, dass es in den letzten 20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland eine gewaltige Umschichtung und Umverteilung von unten nach oben gegeben habe.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Das stimmt allerdings!)

Einmal abgesehen davon, ob das stimmt, schlagen Sie dies bei Ihrem Einsatz für 100 % Westgehaltsniveau im öffentlichen Dienst vor, denn der öffentliche Dienst steht ja an der Spitze der Tarifentwicklung. Wenn wir in diesem Bereich aufstocken würden, wäre das eine gewaltige Umverteilung von unten nach oben.

(Prof. Dr. Porsch, PDS:
Sie haben das falsche Manuskript, Herr Hähle!)

Bei der ganzen Ausgleichsdiskussion darf man Folgendes nicht außer Acht lassen: Immerhin haben sich die Durchschnittsrenten in den neuen Ländern seit 1990 verdreifacht und die Bruttodurchschnittslöhne sind heute doppelt so hoch wie 1990. Sie liegen bei 3 420 DM.

Ich frage mich also, warum man Ihnen trauen sollte. Warum sollte man Ihnen glauben, dass Sie das alles so meinen, wie Sie es sagen? Sie haben auch behauptet, unsere „Leuchtturm“-Politik sei gescheitert.

(Prof. Dr. Porsch, PDS:
Auf dem Arbeitsmarkt ist sie gescheitert!)

Ich habe das auch vor kurzem in einem Artikel im „Neuen Deutschland“, Ihrem ehemaligen Zentralorgan, gelesen; zumindest stand es so in der Überschrift. Liest man den Artikel selbst, kann man ihn beinahe als Kronzeugen für unseren Erfolg heranziehen. Ich zitiere daraus: „Sachsen setzt vor allem auf drei regionale Schwerpunkte: auf die Wiederbelebung einer konkurrenzfähigen Messerkultur in Leipzig und in der Verbindung damit auf die aufstrebende Dienstleistungsbranche; auf Chemnitz, wo sich der Automobil- und Maschinenbau wieder etabliert hat; und auf Dresden als administratives Ballungszentrum und Standort der Hochtechnologie.“

Dass das falsch oder schlecht sei, ist in dem Artikel nicht zu lesen. Auch Sie haben das nicht unbedingt als ganz schlecht angeführt. Nur meinen Sie, unsere „Leuchtturm“-Politik sei gescheitert. Sie haben AMD erwähnt. Am 20. Oktober ist das Werk in Betrieb genommen worden. Bisher sind dort 950 Mitarbeiter beschäftigt. Die Zahl soll in den nächsten Jahren bis auf 1 800 ansteigen. Aber schon jetzt kommen auf jeden direkten Job bei AMD noch einmal drei bis vier im Umland, die Folgeinvestitionen nicht mitgerechnet. Das lassen Sie immer außer Acht.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ja auch wirtschaftspolitischer Schwachsinn auszurechnen, was der Mittelstand an Arbeitsplätzen pro Mark Fördermittel gebracht hat. Man muss doch das gesamte System betrachten. Auch Sie sprechen ja von einer komplexen Betrachtungsweise. In einer Wirtschaft brauche ich einen guten Mix aus hochmodernen, großen Betrieben mit einer großen Forschungskapazität, um die herum sich mittelständische und kleine Unternehmen ansiedeln. Die eine Wirtschaft befruchtet die andere. Sie differenziert zu fördern ist allemal ein Gebot der Vernunft. Wir werden auch dabei bleiben und uns nicht von Ihnen verunsichern oder gar davon abbringen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Garant für diese Entwicklung bleiben im Übrigen die sächsischen Universitäten und Forschungseinrichtungen, die einen guten Ruf haben, auch wenn Sie das zum Teil bestreiten wollen.

Wenn Sie all das – selbst im „Neuen Deutschland“ wird es uns bescheinigt – unter einer gescheiterten „Leuchtturm“-Politik verstehen wollen, weiß ich nicht, was in Ihren Augen als gelungen gelten kann. Der 1-Megabit-Speicherchip, von dem Erich Honecker einmal ein Gehäuse in der Hand halten durfte, kann es wohl nicht gewesen sein.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Der war es wirklich nicht!)

Nun bescheinigt uns auch das „Neue Deutschland“, dass Kurt Biedenkopf sehr wohl weiß, dass die besondere Aufmerksamkeit nun vor allem den Regionen in Sachsen gelten muss, die bei der Industrieansiedlung noch Nachholbedarf haben. Davon war in der Regierungserklärung auch die Rede. Auch für Sachsen sei die Straße nach Deutschland und Europa noch ein weiter Weg, heißt es

abschließend in dem von mir zitierten Artikel. Dem ist nicht zu widersprechen. Die Frage muss aber erlaubt sein, warum der Weg so weit ist. Offenbar doch deshalb, weil die Bundesrepublik Deutschland der DDR meilenweit voraus war.

Zu dieser Erkenntnis war auch schon die Stasi gekommen. Übrigens hat genau heute vor zehn Jahren, am 27. Oktober 1989, der Leiter der Hauptabteilung XVIII im MfS, Generalleutnant Kleine, zur Lage der DDR-Wirtschaft Folgendes ausgeführt: „Der Investitionsbedarf für die produktiven Grundfonds entspricht der Höhe von zwei jährlichen Nationaleinkommen. Jeder von uns hat so viel ökonomische Kenntnisse, um einschätzen zu können, dass die Überwindung dieses Zustandes nicht in einem, nicht in zwei und auch nicht in fünf Jahren erfolgen kann, sondern einen langen Zeitraum einnehmen wird. Schnelle Erfolge sind deshalb nicht zu erwarten.“

Oder, wie es Egon Krenz am 18. Oktober 1989 formuliert: – ich zitiere immer noch besagten Herrn Kleine – „Niemand hat ein Zaubermittel, die Probleme von heute auf morgen zu bewältigen.“

Ich sage Ihnen heute, die DDR hätte diese Probleme überhaupt niemals allein, weder von heute auf morgen noch in 50 oder in 100 Jahren lösen können. Es gab nur ein einziges Zaubermittel, nämlich die deutsche Einheit.

(Beifall bei der CDU)

Nun weiß ich sicherlich noch wie Sie aus dem Marxismus-Leninismus-Unterricht – das können Sie auch bei Marx nachlesen –, dass man in einem schwach entwickelten Land erst einmal eine Phase des entwickelten kapitalistischen Systems zwischenschalten muss, damit sich die Produktivkräfte entfalten können. Erst dann könne man zum sozialistischen Gesellschaftssystem übergehen. Es gab dann ein paar Ausnahmen, aber im Großen und Ganzen scheint sich das zu bewahrheiten.

Aber eines sage ich Ihnen: Dass die SED-Erben schon bald wieder alles verjubeln und verderben können, das werden wir uns auf gar keinen Fall gefallen lassen!

(Beifall bei der CDU)

Dafür steht die CDU und deshalb setzen wir uns mit der PDS auch inhaltlich auseinander. Wir tun das, weil es andere Parteien nicht oder nur halbherzig tun. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Das Wort zur Aussprache zur Regierungserklärung hat nun der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abg. Jurk.

Jurk, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die kommenden fünf Jahre der 3. Legislaturperiode werden nicht einfach so dahinplätschern. Dafür werden wir als SPD-Opposition sorgen. Vor allem aber werden dringende Probleme und vielfältige Herausforderungen dafür sorgen. Der Übergang in das nächste Jahrtausend wird uns in Sachsen vor große Aufgaben stellen, die im Sächsischen Landtag ihren Niederschlag finden werden.

Zwei zentrale Fragen will ich hier nennen. Das ist die Neuordnung der innerdeutschen Gerechtigkeit, verbunden auch mit den Verhandlungen zum Solidarpakt II, und die Neuordnung der innereuropäischen Gerechtigkeit, ver-

bunden mit der sich in den nächsten Jahren vollziehenden Osterweiterung der Europäischen Union.

Bei Ersterer geht es um die ausstehende Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland. Bei der Osterweiterung der Europäischen Union geht es darum, dass dieser Prozess wirtschaftlich und sozial ausgewogen abläuft. Bei beiden muss der Begriff der Solidarität der Leitstamm sein.

Solidarität, meine Damen und Herren, äußert sich nicht nur in Geldtransfers, sondern auch in der gemeinsamen Teilnahme am Prozess der Problemlösung. Deshalb geht es nicht nur darum, in Sachsen und für Sachsen tragbare Antworten auf die Herausforderungen zu finden, die sich in deutschen, europäischen oder auch globalen Maßstäben stellen. Es geht auch darum, von uns aus dazu beizutragen, dass diese Antworten insgesamt auf deutscher, europäischer und internationaler Ebene gefunden werden. Wie aber stehen Sie, Herr Ministerpräsident, zu der Frage, wie die europäischen Institutionen und Verfahren selbst generell so zu reformieren sind, dass die Osterweiterung ein Erfolg wird? An dieser Diskussion muss sich Sachsen aus seinen Erfahrungen mit dem wirtschaftlichen und sozialen Umgestaltungsprozess der letzten Jahre heraus beteiligen. Dabei muss das Gebot des gleichen Rechts für alle sowie das Gebot der innereuropäischen Solidarität gelten. Es darf kein unterschiedliches Recht für die Starken und die Schwachen geben, sonst werden wir alle Opfer eines Provinzialismus der Starken werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang Altbundespräsident Richard von Weizsäcker zitieren, der in einem bemerkenswerten Artikel der letzten Ausgabe der „Zeit“ Folgendes anmerkte: „Im Brustton europäischer Weitsicht berufen wir uns auf das Prinzip der Subsidiarität und verhindern genau damit die fälligen Brüsseler Entscheidungen.“ Weizsäcker schrieb das mit Blick auf die bayerische Staatsregierung, hätte aber genauso gut die sächsische Regierung meinen können.

Ich kann nur hoffen, dass der neue Europaminister dafür steht, dass die Europapolitik ernst genommen werden soll. Ich kann nur hoffen, dass er die Kontakte zu den europäischen Institutionen intensiver pflegt. Sie, Herr Biedenkopf, haben sich ja ohnehin, obwohl Sie sich sonst gern in der Welt umsehen, in den letzten Jahren gerade in Brüssel rar gemacht.

Ich bin davon überzeugt, dass die Ankunft der mittel- und osteuropäischen Staaten in der EU sich gerade für Sachsen besonders vorteilhaft auswirken wird. Es sind ja auch vor allem die sächsischen Grenzen, die gen Europa geöffnet werden. Insgesamt ist die wirtschaftliche Entwicklung in unseren unmittelbaren Nachbarländern Tschechien und vor allem Polen vorangegangen. Der Ostmarkt, der uns unmittelbar nach der Wende weggebrochen war, entsteht langsam wieder. Auch deshalb muss das grenzüberschreitende Verhältnis zu Polen und zu Tschechien eine wichtige Priorität der sächsischen Politik erhalten.

Mir, der ich unmittelbar in einer Grenzregion geboren und aufgewachsen bin, ist dieser Umstand von besonderer Bedeutung. Ich weiß daher auch nur allzu gut, wie viel Überzeugungsarbeit in den Köpfen der Menschen zu leisten ist. Man erwartet von uns Politikern Handeln. Wir müssen dieses Handeln aber nicht nur hinterher erklären, sondern vor der Entscheidung im Gespräch die Menschen aufklären. Oftmals herrschen Befürchtungen in den ohnehin strukturschwachen und von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Grenzregionen. Die richtigen Rahmensetzungen für

das wirtschaftliche und soziale Gedeihen der Regionen dies- und jenseits der heutigen sächsischen Außengrenzen werden von entscheidender Bedeutung für den Erfolg der europäischen Einigung werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle hoch entwickelten Industrienationen stehen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen Herausforderungen. Wir spüren Veränderungen in Wirtschaft, Arbeitswelt, Freizeit und Gesellschaft bereits heute sehr deutlich. Dies wird heute üblicherweise mit dem Begriff der Globalisierung beschrieben, der den Sachverhalt aber nur sehr unzureichend erfasst. Wir haben es damit zu tun, dass weltwirtschaftliche Verflechtungen immer mehr zunehmen. Von Arbeitnehmern wird immer mehr Flexibilität, ein immer höheres Bildungsniveau und eine immer größere Bereitschaft zur Verantwortung erwartet. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können immer weniger davon ausgehen, eine konstante und bruchlose Erwerbsbiografie vor sich zu haben. Qualitätsanforderungen können immer weniger durch eine Ausbildung vor dem Arbeitsleben erfüllt werden, sondern Qualifikationen müssen immer häufiger auch in und neben dem Beruf erneuert und erweitert werden.

Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die kein Normalarbeitsverhältnis haben, die zeitlich diskontinuierlich arbeiten müssen, steigt seit Jahren. Gleichzeitig nimmt die gesellschaftliche Verankerung von Menschen ab. Jede dritte Ehe wird heute geschieden, mit steigender Tendenz übrigens. Die Zahl der allein Erziehenden steigt. Immer mehr Familien sehen sich aufgrund beruflicher Verpflichtungen einzelner Familienmitglieder nur noch am Wochenende. Dies alles hat natürlich auch Auswirkungen auf die Lebensperspektiven der Menschen. Wenn das Normalarbeitsverhältnis immer weniger zur Normalität wird und wenn Familien immer weniger in der Lage sind, dem Einzelnen gesellschaftlichen Halt und soziale Verankerung zu bieten, dann werden die Anforderungen an soziale Sicherungssysteme höher und komplexer.

Die Menschen in Sachsen sehen sich diesen Herausforderungen gegenüber, obwohl sie doch gerade den tiefen sozialen Veränderungsprozess der deutschen Vereinigung gemeistert haben oder sich sogar noch in der Phase der Bewältigung dieses Prozesses befinden. So ist es kein Wunder, dass die Menschen in Sachsen Fixpunkte, einen Halt suchen. Diese haben sie bei den letzten Landtagswahlen einerseits im Landesvater, dem alten und neuen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf, gesehen, andererseits in einer Partei, die den Eindruck erweckt hat, sie könne die positiven Seiten des vormundschaftlichen Staates DDR in die heutige Zeit herüberretten.

Ich glaube, emotionale Stabilität hat bei der Wahlentscheidung vieler Sachsen bei der letzten Landtagswahl eine weitaus größere Rolle gespielt als die Frage, welche konkreten landespolitischen Antworten eine politische Partei auf die Herausforderungen in unserer Zeit gibt.

Bei der Beschreibung der gegenwärtigen Situation in unserer Gesellschaft habe ich bewusst das Wort Herausforderung gewählt. Ich will damit deutlich machen, dass die aufgezählten Entwicklungen nach derzeitigem Kenntnisstand unausweichlich sind, dass sie natürlich Risiken beinhalten, dass sie aber auch für jeden Einzelnen in unserer Gesellschaft große Chancen bieten. Es gibt heute den 25-Jährigen, der an einem Tag an der Börse mehr Geld verdient als sein Vater als Metallarbeiter im ganzen Monat. Es gibt die 30-Jährige, die sich ohne nennenswertes Eigen-

kapital in der Internet-Branche selbständig gemacht hat, sich selbst verwirklicht und 20 Arbeitnehmer beschäftigt. Es gibt den Arbeitnehmer, der nach einer qualifizierten Ausbildung von seinem Unternehmen für ein Projekt in Südamerika Verantwortung übernimmt. Und es gibt vor allem weniger spektakuläre Karrieren, etwa den Arbeitnehmer in der Bauindustrie, der in der DDR Plattenbauten montierte und heute den Altbaubestand in sächsischen Städten und Gemeinden saniert.

All diese Menschen, und es sind viele, haben von den Entwicklungen in den letzten Jahren eindeutig profitiert. Sie alle haben kein Verständnis dafür, wenn pauschal behauptet wird, unsere Gesellschaft zeichne sich durch Ellenbogenmentalität, durch soziale Kälte und durch mangelnde Solidarität aus.

Demgegenüber gibt es leider auch viele Menschen, die nicht so viel Glück im Leben hatten, Menschen, die den steigenden Anforderungen ohne Unterstützung nicht oder nicht mehr gewachsen sind, sei es, weil ihre Berufsqualifikation nicht ausreichend oder nicht mehr auf dem neuesten Stand ist, sei es, weil man körperlich oder seelisch den Anforderungen nicht gerecht werden kann, oder sei es, weil sie schlicht und ergreifend keine Chance bekommen ihre Kenntnisse und Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

Diese Menschen sind mit ihrer Situation zu Recht unzufrieden. Sie verlangen zu Recht, dass Staat und Gesellschaft zur Verbesserung ihrer Situation beitragen. Diese Menschen haben kein Verständnis für Behauptungen, die Systeme der sozialen Sicherung in Deutschland seien für die hohe Arbeitslosigkeit oder für niedriges Wirtschaftswachstum verantwortlich.

Viele dieser Menschen würden völlig überrascht von der Forderung des sächsischen Ministerpräsidenten sein, man müsse die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland deregulieren und die Eigenverantwortung des Einzelnen stärken. Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und die Teilhabe am steigenden Wohlstand in diesem Land sind nicht nur moralische Forderungen. Nur derjenige, der sich sicher sein kann, in den Wechselfällen des Lebens nicht ins soziale Abseits gedrängt zu werden, wird bereit sein, Risiken einzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen beispielsweise, dass der wirtschaftliche Strukturwandel nicht zum Stillstand gekommen ist, sondern einige Wirtschaftsbereiche Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen haben. Wenn wir wollen, dass die Arbeitnehmer in diesen Wirtschaftsbereichen den Strukturwandel aktiv begleiten, müssen wir dafür sorgen, dass an anderer Stelle neue Arbeitsplätze entstehen, die von diesen Arbeitnehmern auch angenommen werden können. Wir müssen auch dafür sorgen, dass diejenigen, die heute erfolgreich sind und hohe Einkommen erzielen, sich solidarisch zeigen und sich nicht ihres Beitrages für die sozialen Sicherungssysteme entziehen können.

Wenn heute viele erfolgreiche Menschen darüber klagen, dass ihnen Lasten für die soziale Sicherung auferlegt werden, obwohl sie doch wohl für sich selbst sorgen könnten, so halte ich dies für bedenklich. Eine solche Haltung ist nicht nur unsolidarisch, weil auch die Erfolgreichen in dieser Gesellschaft in den allermeisten Fällen von der Solidarität anderer profitiert haben, sei es durch eine gute Ausbildung, sei es durch Existenzgründerhilfen oder andere staatliche steuer- und beitragsfinanzierte Leistungen. Nein, es ist auch in vielen Fällen kurzsichtig. Niemand

kann sich sicher sein, dass er nicht irgendwann im Leben auf die Solidarität anderer angewiesen sein wird.

Wir, die sächsische SPD, sehen keinen Gegensatz zwischen Innovation und Gerechtigkeit, zwischen Globalisierung und sozialer Sicherung, zwischen Förderung von Existenzgründern und Unternehmen und der Sicherung von Arbeitnehmerrechten. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Konzepte, die nur auf eine Ausweitung von Sozialleistungen setzen und jeden Umbau des Sozialstaates als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen als Sozialabbau diffamieren, genauso scheitern werden wie Konzepte, die meinen, die soziale Sicherung sei die Ursache und nicht die Folge von sozialen und ökonomischen Problemen von Krisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit einem Jahr regiert eine Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Bund. Die Hinterlassenschaften der Vorgängerregierung sind eine schwere Hypothek. 1,5 Billionen DM Staatsverschuldung bedeuten, dass jede vierte Mark an Steuereinnahmen für Zinsen ausgegeben werden muss und damit für Ausgaben jeglicher anderer Art nicht mehr zur Verfügung steht. Doch trotz dieser hier nur auf die Finanzen bezogenen schweren Erblast der Regierung Helmut Kohl hat die rot-grüne Koalition erste wichtige Maßnahmen ergriffen, um den Staat wieder handlungsfähig zu machen und damit die Zukunft unserer Kinder und Enkel nicht noch weiter zu verbauen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

Ich wundere mich sehr, wenn bei der CDU jetzt ein Murren durch die Reihen geht. Schließlich waren es ihre Kollegen im Deutschen Bundestag gewesen, die diesen Zustand erst zugelassen haben,

(Beifall bei der SPD)

dass jetzt gespart werden muss und dass ein Zukunftsprogramm eben zur Sicherung der Lebensgrundlage für künftige Generationen aufgelegt werden muss. Ich sage auch – das ist im unmittelbaren Zusammenhang zu sehen –, dass schließlich mit diesem Zukunftsprogramm der Weg frei gemacht wird für künftige Investitionshilfen auch und gerade für den Aufbau Ost.

Neben der notwendigen Verringerung der Staatsverschuldung ist es der Regierung Schröder gelungen, Lohnnebenkosten und Steuern zu senken, die Leistungen für Familien zu verbessern und die Rechte der Arbeitnehmer zu stärken. Dass es dabei im Zuge dringend notwendiger Sparmaßnahmen zu Protesten kommt, ist nicht so sehr ungewöhnlich. Ich erwarte dann aber auch von allen anderen, die Kritik üben, praktikierbare Alternativen.

Die neue Bundesregierung hat mit ihrem Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit auch Tausenden Jugendlichen in Sachsen Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet. Wenn heute jemand Mitnahmeeffekte kritisiert, so war das durchaus gewollt, meine Damen und Herren! Diese jungen Menschen sollten von der Straße geholt werden. Sie sollten einen Einstieg ins Erwerbsleben bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will an dieser Stelle dem Ostbeauftragten der Bundesregierung, Staatsminister Rolf Schwanitz, ausdrücklich für sein Engagement danken. Rolf Schwanitz hat erfolgreich an vorderster Stelle für die Fortführung der Aufbauhilfen für den Osten gestritten. Rolf Schwanitz steht für einen

Solidarpakt II. Weil künftige Leistungen auch begründet sein müssen, macht der Jahreswirtschaftsbericht 1999 Schluss mit den Zahlenspielerien früherer Berichte untergegangener Bundesregierungen. Deshalb wird künftig besonders herausgestellt, was der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland in herausragender Weise zugute kommt. Mittel, auf die alle Bundesbürger Anspruch haben, gehören nicht in einen solchen Bericht und nicht in die Berechnung.

Das gestern vorgestellte Sachverständigengutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigt den Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit. Vor dem Hintergrund seiner kritischen Ausgangsfrage „Ostdeutschland – Aufholprozess am Ende?“ kommt das Herbstgutachten zu einer leicht zuversichtlichen Beurteilung des weiteren wirtschaftlichen Verlaufs. Ich zitiere: „Voraussetzung dafür ist, dass die Bundesregierung an ihrem bisherigen Kurs für Ostdeutschland festhält.“ Dem gibt es glaube ich nichts hinzuzusetzen.

Wie sieht es nun mit der landespolitischen Bilanz aus, für die Sie, Herr Biedenkopf, als Ministerpräsident die Verantwortung tragen?

Gestatten Sie mir zunächst eine Bestandsaufnahme, eine Art Eröffnungsbilanz. Einige Zahlen haben Sie, Herr Ministerpräsident, bereits genannt. Ich will das Ganze etwas relativieren. Sie haben Zeiträume genannt von 1991 bis 1998. Ich werde auf die jüngere Entwicklung eingehen. Am 30.6.1999 lebten in Sachsen 4 476 000 Menschen, das heißt – jetzt komme ich auf Ihre Berechnungsgrundlage gerne einmal zurück –, seit dem 1.1.1991 ist die Bevölkerung um über 300 000 Menschen gesunken. Dieser Umstand lässt sich zunächst mit der natürlichen Bevölkerungsentwicklung, das heißt aus der Differenz zwischen Geburten und Sterbefällen, erklären. Betrachtet man jedoch die Wanderungsbewegung, so fällt auf, dass Sachsen noch bis vor zwei Jahren einen leichten Überschuss im Saldo von Zuzügen zu Fortzügen aufweisen konnte. Dafür sorgten unter anderem Tausende Spätaussiedler.

Nunmehr kehrt sich das Bild um. Die Wegzüge dominieren. Besonders bedauerlich ist, dass uns insbesondere junge, leistungsfähige Menschen in Richtung andere, meist westliche Bundesländer verlassen. Seit 1995 sind 23 000 junge Menschen im Alter von 19 bis 25 Jahren aus Sachsen weggezogen.

Das ist so, als ob sich die ganze Stadt Crimmitschau entvölkert hätte. Einen Grund für diese Entwicklung sehe ich in der starken Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Sachsen. Mit 1,2 % Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes im Vergleich 1998 zu 1997 lag die Wirtschaftsentwicklung unter den Durchschnittswerten in Ostdeutschland. Im Ländervergleich des Bruttoinlandsproduktes lag Sachsen 1998 mit 67 700 DM an vorletzter Stelle, nur noch gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern. In Brandenburg erzeugte ein Erwerbstätiger immerhin 78 400 DM, also zirka 15 % mehr. Auch der Halbjahreswert von 1999 für den Anstieg des Bruttoinlandsproduktes lag mit 0,4 % wieder unter dem Durchschnitt der neuen Länder.

Vor auf den Tag genau fünf Jahren haben Sie, Herr Ministerpräsident, in diesem Hause eine Regierungserklärung abgegeben, in der Sie die Aufgabenstellung für die Sächsische Staatsregierung in der 2. Legislaturperiode beschrieben haben. Dabei haben Sie den Maßstab benannt, mit dem Sie bewertet werden wollten:

„Zur Klarheit und Wahrhaftigkeit gehört, dass man nur das verspricht, was möglich und was vertretbar ist, und

das, was man halten kann. Versprechungen, die offensichtlich oder aller Wahrscheinlichkeit nach nicht eingelöst werden können, sind unvereinbar mit der Verantwortung, wie meine politischen Freunde und ich sie verstehen.“

An einige der Erwartungen, die Sie in dieser Regierungserklärung vor fünf Jahren geweckt hatten, möchte ich Sie anhand von Zitaten erinnern.

(Ministerpräsident Prof. Dr. Biedenkopf:
Erwartungen oder Versprechungen?)

Zum Problem der Arbeitslosigkeit sagten Sie damals: „Ich habe auch vor der Landtagswahl keinen Zweifel daran gelassen, und zwar im Sinne der Ehrlichkeit in Bezug auf die Sachverhalte, dass wir im Freistaat Sachsen, wenn wir von einer Beschäftigungsquote von gut 70 % der erwerbsfähigen Bevölkerung ausgehen, noch immer etwas über 400 000 Arbeitsplätze brauchen.“

Ich stelle fest: Eine fast wortgleiche Formulierung haben Sie in Ihrer Regierungserklärung zum Ende der 2. Legislaturperiode am 24. Juni 1999 gewählt. Demzufolge hat sich selbst aus Ihrer Sicht an der von Ihnen beschriebenen Tatsache nichts geändert.

Sie sagten weiter: „In den letzten Jahren haben der Mittelstand und das Handwerk weitgehend die Aufgabe getragen, neue Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Ihrer Förderung muss auch in Zukunft unsere ganze Aufmerksamkeit gelten.“

Da kann ich nur voll zustimmen. Allerdings nicht nur ein Blick in die Haushaltspläne der vergangenen Jahre zeigt, wie weit Wort und Tat auseinander klaffen.

1994 erklärten Sie unter der Überschrift „Wirtschaft und Arbeit“: „Die Privatisierung durch die Treuhand wird Ende dieses Jahres weitgehend abgeschlossen sein. Es gibt noch einige schwierige Probleme, wie die Zukunft der Deutschen Waggonbau AG, die endgültige Regelung im Bereich der Spinnlinie und die Übernahme einiger sanierungsfähiger, aber im Augenblick nicht zu sanierender Unternehmen in eine Landes-Management-KG.“

Ich stelle fest: Die Deutsche Waggonbau AG ist zwar privatisiert, wird aber insbesondere am Standort Görlitz von Kurzarbeit geplagt. Die sächsische Spinnlinie gibt es nicht mehr. Eine Landes-Management-KG kam nie zustande. Und noch schlimmer: Viele der einst mit großen Investitions- und Arbeitsplatzversprechungen privatisierten Unternehmen mussten den Weg zum Konkursrichter antreten.

Sie erklärten: „Wir müssen in der 2. Legislaturperiode im Bereich der Wirtschaft stärker, als das am Anfang möglich war, regionale Schwerpunkte setzen, vor allen Dingen auch außerhalb der Ballungsgebiete.“

Ich stelle fest: Das ist Ihnen nicht gelungen. Die strukturschwachen Mittelsachsens, des Erzgebirges und der Oberlausitz haben sich verfestigt.

(Ministerpräsident Prof. Dr. Biedenkopf:
Zehntausende von Arbeitsplätzen.)

Arbeitslosenquoten von 23 bis 25 % in Teilen der Oberlausitz sind ein Dauerzustand. Zudem bestehen extreme Lohnunterschiede zwischen den strukturschwachen Regionen und den Ballungsräumen. Vergleichen Sie nicht nur Leverkusen und den Bayerischen Wald, sondern lieber Dresden mit dem Landkreis Annaberg!

(Beifall bei der SPD)

Sie haben damals Fragen aufgeworfen, die in Kürze auf der politischen Tagesordnung des Hohen Hauses ebenso wie der Staatsregierung stehen werden. Sie erwähnten insbesondere die Kreisgebietsreform, also die Aufarbeitung der noch offenen Fragen.

Ich stelle fest: Außer der Verlegung der Kreissitze von Görlitz nach Niesky – auf Antrag der SPD-Fraktion – und von Leipzig nach Borna gab es keine Änderungen. An die Zusammenlegung kleinerer Landkreise zu größeren Einheiten traute sich die Staatsregierung nicht heran und will das nach Ihrer heutigen Rede wohl auch nicht. Eine Funktionalreform, die sich unter anderem mit der möglichen Änderung der Verwaltungsstrukturen und der Zukunft der Regierungspräsidien befasst, wurde in den Schubladen des Innenministeriums offensichtlich vergessen.

Sie sprachen von Fragen des Wohnungsbaus, insbesondere der staatlichen und kommunalen Wohnungswirtschaft. Ich stelle fest: Bei aller Freude über schönere Wohnquartiere und Wohnumfelder – viele Wohnungsunternehmen stehen vor enormen finanziellen Belastungen infolge Alt-schulden, aber vor allem durch Leerstand.

Sie sprachen von Fragen der Schulpolitik, der weiteren Entwicklung der Grundschule, insbesondere unter Berücksichtigung der demografischen Veränderungen. Ich stelle fest: In den letzten fünf Jahren wurden mehrere Grundschulen geschlossen. Vielen Schulen, gerade auf dem flachen Land, droht die Schließung. Der SPD-Vorschlag, wenigstens als Modellprojekt jahrgangsübergreifenden Unterricht zu praktizieren, fand bei der Mehrheit dieses Hauses und Ihrer Staatsregierung kein Gehör.

(Ministerpräsident Prof. Dr. Biedenkopf:
Das ist auch verkehrt!)

Sie sprachen von Fragen, die die Realisierung der zum Ende der 1. Legislaturperiode beschlossenen Landesentwicklung und Raumplanung zum Gegenstand hatten. Ich stelle fest: Der Landesentwicklungsplan enthält viele fromme Wünsche; die Umsetzung der planerischen Vorgaben lässt doch erheblich zu wünschen übrig.

(Prof. Dr. Mannsfeld, CDU:
Sie müssen mal lesen, was da drinsteht.)

– Im Prozess der Regionalplanung, Herr Mannsfeld, wurde deutlich, wie notwendig eine Überarbeitung dieses Landesentwicklungsplanes ist.

Wenn ich diese Auflistung vorgenommen habe, so will ich damit verdeutlichen, welch großen und schwierigen Aufgaben Sie sich damals gestellt haben. Die Menschen in diesem Land warten weiter auf die Lösungen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Für die SPD-Fraktion stehen zwei Fragen im Mittelpunkt. Zum einen ist dies die Frage nach Arbeit und zum anderen die Frage nach Bildung. Dies sind auch die beiden Fragen, die die Menschen immer wieder stellen: Wie viele werden in der Zukunft wie arbeiten und wie werden unsere Kinder auf eine neue Welt vorbereitet, die wir manchmal verkürzt als Informationsgesellschaft beschreiben?

Um diese zentralen Fragen muss in unserem Parlament vornehmlich gerungen werden. Mehr als eine halbe Million Menschen suchen in Sachsen Arbeit. Und auch für die Menschen, die Arbeit haben, ist Arbeitslosigkeit das alles beherrschende gesellschaftspolitische Thema. Nach wie vor ist Arbeit nicht nur Broterwerb, sondern zentrales Mittel der Identitätsfindung des Einzelnen sowie Integrations-

mittel der Gesamtgesellschaft. An gutem Willen und an einzelnen guten Ideen fehlt es beileibe nicht.

Natürlich müssen wir die Bedingungen für den Mittelstand, etwa durch eine Lichtung des Förderdickichts, verbessern. Natürlich müssen verstärkt die produktionsbezogenen Dienstleistungen gefördert werden, etwa im Bereich der Telematik oder der Callcenter. Natürlich müssen wir Existenzgründern unter die Arme greifen, im Hochtechnologiebereich etwa durch eine Vernetzung von Unternehmen, Universitäten, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Natürlich müssen wir unsere traditionellen Branchen mit den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts verknüpfen.

Was aber vor allem in Sachsen fehlt, ist ein Ordnungsansatz für eine kooperative Beschäftigungspolitik, bei dem sich Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik nicht gegenseitig den schwarzen Peter zuschieben, sondern in einer Konsens- und Verantwortungsgemeinschaft beschäftigungswirksame Rahmenbedingungen schaffen und innovative Vorhaben und Projekte auf den Weg bringen. Es stimmt nämlich weder die Vereinfachung, die da sagt, Arbeitsplätze werden in der Wirtschaft geschaffen, noch jene, die staatliche Regularien für die geringere Dynamik der Wirtschaft verantwortlich macht. Unser Ansatz, der die an der Wirtschaft Beteiligten an einen Tisch bringt, heißt: „Sächsischer Beschäftigungspakt“.

(Beifall bei der SPD)

In einem solchen Beschäftigungspakt gibt es eine Reihe von Themen, die sofort angegangen werden müssten und auch könnten. Da ist zum einen die Neuregelung der öffentlichen Auftragsvergabe. Öffentliche Aufträge sollten vorrangig an sächsische Unternehmen vergeben werden, und zwar an solche, die nachweislich ausbilden und soziale Mindeststandards einhalten.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen muss ein Paket von Maßnahmen erarbeitet werden, um ruinösen Kostenwettbewerb, Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Zahlungsunwilligkeit zurückzudrängen.

(Beifall bei der SPD)

Bayern ist hier schon vor Jahren mit gutem Beispiel vorgegangen und hat im bundesweiten Vergleich auch die besten Resultate erzielt. Bereits Mitte 1996 wurde in Bayern ein Beschäftigungspakt, der seiner Namensgebung zufolge auf die Schaffung neuer, rentabler Arbeitsplätze angelegt ist, aus der Taufe gehoben. Und dies ist auch gelungen. Nach drei Jahren ergibt sich dort eine Zwischenbilanz von 50 000 neuen Arbeitsplätzen und einer um 0,5 % gesunkenen Arbeitslosenquote.

Dabei gehen die Partner in Bayern zweigeteilt vor. Einerseits legten sie einen Arbeitsmarktfonds für Langzeitarbeitslose auf; andererseits starteten sie eine Innovationsoffensive zur Unterstützung von Hightech-Ansiedlungen.

Insofern ist die abweisende Haltung des sächsischen Ministerpräsidenten, der sonst allzu gern mit Bayern in die Zukunft schaut, völlig unverständlich. Erst in der letzten Ausgabe des „Spiegels“ und nun auch heute haben Sie erneut ablehnend reagiert, allerdings im „Spiegel“ mit einigen Wenn und Aber: Wenn es ein wirkliches Bündnis für Arbeit wäre, wie es das in Holland und in Dänemark gegeben hat, so wären Sie dafür.

Nun, Herr Biedenkopf, das Konzept, welches die sächsische SPD-Fraktion vertritt, ist stark an das dänische Modell angelehnt, insbesondere was die Rolle der Politik in diesem Prozess angeht. Wir werden in dieser Legislaturperiode Ihre Offenheit für ein solches Bündnis für Arbeit austesten, Herr Biedenkopf.

(Beifall bei der SPD)

Ziel der wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen muss die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West bleiben.

(Einzelbeifall bei der SPD)

Ein wichtiger Baustein auf diesem Weg ist der weitere Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur. Obgleich auf diesem Gebiet in den vergangenen Jahren Beachtliches geleistet wurde – vom Niveau der alten Bundesländer sind wir in Sachsen immer noch meilenweit entfernt, sieht man einmal von den Fahrpreisen bei der Deutschen Bahn ab.

Auch ein Jahrzehnt nach der Wende besteht unsere Aufgabe immer noch darin, in Sachsen eine infrastrukturelle Grundversorgung sicherzustellen, auch wenn einige Kolleginnen und Kollegen von der PDS in diesem Haus immer wieder den Eindruck vermitteln, das Land stünde kurz davor, hinter einer Hülle aus Stahl, Asphalt und Beton zu verschwinden.

Speziell für ein Land in nationaler wie EU-Randlage sind exzellente Verkehrsverbindungen von existenzieller Bedeutung. Für Chemnitz beispielsweise stellt es eine schwere Hypothek dar, die verkehrsinfrastrukturell am schlechtesten angeschlossene Großstadt Deutschlands zu sein. Solange es keine leistungsfähige Straßenverbindung zwischen den beiden, abgesehen von Berlin, bedeutendsten Verdichtungsräumen Ostdeutschlands – Chemnitz/Zwickau und Halle/Leipzig – gibt, so lange sind wir von der gesamtdeutschen Normalität noch ein gehöriges Stück entfernt.

Ähnliches gilt auch für die Autobahn zwischen Sachsen und Böhmen. Dies ist eben keine Angelegenheit des Freistaates, sondern eine infrastrukturelle Grundvoraussetzung für die Osterweiterung der EU – eine Feststellung, die es mit Blick auf die Herkunft der Fördermittel zu berücksichtigen gilt.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Womit ich endgültig beim Kern eines spezifisch sächsischen Problems angelangt wäre. Die Staatsregierung brüstet sich in der Öffentlichkeit gern mit der Selbsteinschätzung, sie sei der sichere Garant für den zügigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Diese These ist ebenso weit verbreitet wie falsch. Tatsache ist, dass Wirtschaftsminister Schommer die Verteilung des großen Kuchens Verkehrsprojekte Deutsche Einheit regelrecht verschlafen haben muss. Jedenfalls partizipiert Sachsen von den 1991 und 1992 vergebenen Projekten deutlich unter dem Durchschnitt.

Der eigentliche Kern des Problems besteht nun darin, dass die alte Bundesregierung ihren Nachfolgern einen um den astronomischen Betrag von ca. 90 Milliarden DM unterfinanzierten Bundesverkehrswegeplan hinterlassen hat, was die neue Regierung wiederum nachvollziehbarerweise dazu veranlasste, bei der Aufstellung des Investitionsprogrammes 1999 bis 2002 die für die neuen Bundesländer vorgesehenen Finanzmittel auf die Fertigstellung jener Verkehrsprojekte Deutsche Einheit zu konzentrieren.

Durch Versäumnisse aus der 1. Legislaturperiode kommt Sachsen nun speziell bei den Investitionen für Autobahnen und Bundesfernstraßen in eine dramatische Situation. Bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung der neuen Bundesländer von ca. 33 % stehen in Sachsen zwischen 1999 und 2002 lediglich 13,7 % der Straßenbaumittel Ost zur Verfügung, für den Zeitraum nach 2002 gar nur 8,3 %. Im Vergleich dazu: Thüringen, das ja sehr laut über Einsparungen schreit, erhält 1999 bis 2002 von diesem Kuchen 30 % und nach 2002 sogar 43 %.

Dieses Szenario erfüllt uns mit alles anderem als mit Schadenfreude. Wir sind vielmehr, was das Ringen um die Verkehrsinfrastruktur anbetrifft, der festen Überzeugung, dass ein stures Verweilen in den jeweiligen parteipolitischen Gräben nicht mehr zeitgemäß ist.

In Nordrhein-Westfalen gibt es seit Jahren ein Verkehrsforum, in welchem neben Fachleuten alle im Landtag vertretenen Fraktionen mitarbeiten. Nach außen hin ringt das Land dadurch mit einer Stimme um ein möglichst großes Stück vom Kuchen. In unserer weitaus unkomfortablen Lage sollten wir Sachsen uns ein Beispiel daran nehmen.

Wir werden uns deshalb unter Einbeziehung unserer sächsischen Bundestagsabgeordneten gemeinsam mit Staatsminister Rolf Schwanitz in den kommenden Jahren mit aller Kraft für die bessere verkehrliche Erschließung Sachsens einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Schwerpunktaufgaben sind für uns dabei neben den bereits angeschnittenen Autobahnprojekten A 72 und A 17 die zügige Realisierung der Eisenbahnneubaustrecke Erfurt – Halle/Leipzig, die rasche Fertigstellung der Eisenbahnausbaustrecke Dresden – Leipzig und der Ausbau des Flughafens Leipzig/Halle zu einem Luftkreuz von internationaler Bedeutung.

Es gibt aber nicht nur eine Gerechtigkeitslücke zwischen Ost und West, es gibt auch eine mittlerweile nicht minder weit geöffnete Schere innerhalb Sachsens. Wer diesen Fakt akzeptiert, der muss schnellstens damit aufhören, die Infrastrukturfördermittel mit der Gießkanne übers Land zu verteilen.

In den nächsten Jahren muss unsere besondere Aufmerksamkeit der besseren verkehrlichen Erschließung der strukturschwachen Gebiete, speziell des ostsächsischen sowie des Erzgebirgsraumes, gelten. Eine leistungsfähige A 4 von Dresden nach Görlitz beispielsweise erschließt eben Weißwasser oder Zittau nicht mehr. Die Schienenwege in der Oberlausitz veröden – gerade in einer Region, in der hochmoderne Neigetechnik- oder Nahverkehrszüge montiert werden.

Deshalb müssen nach all den Ankündigungen auch im letzten Landtagswahlkampf strukturelle Nachteile überwunden und gezielt Investoren nicht nur für das schöne Dresden, sondern auch für die durchaus reizvolle Oberlausitz begeistert werden.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wenn aber die Sächsische Staatsregierung nur noch Naturschutzgroßprojekte für hauptstadtferne Landesteile wie den Niederschlesischen Oberlausitzkreis plant, können sich in manchen Gegenden nur noch Fuchs und Hase gute Nacht, aber wird kein Investor guten Tag sagen.

(Beifall bei der SPD)

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich halte viel vom Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen; aber wenn bereits 25 % eines Landkreises unter Schutz gestellt wurden, kann man die Akzeptanz in der Bevölkerung für neue Vorhaben nicht mehr erwarten. Jegliche Änderungen an Straßen- und Schienentrassen werden so zum behördlichen Hindernis-, wenn nicht gar zum Verhinderislauf.

Auch bei der Lösung dieser Probleme bieten wir allen, die guten Willens sind, unsere Zusammenarbeit an. Es darf uns einfach nicht egal sein, wenn ganze Landstriche in diesem Land vergreisen.

Von besonderer Bedeutung für ohnehin strukturschwache Regionen ist beispielsweise die Energiewirtschaft. Die Liberalisierung eines bisher nicht vorhandenen oder – sagen wir besser – überregulierten Strommarktes trifft insbesondere die Mitarbeiter der Veag und die Kumpel in den sächsischen Braunkohlerevieren. Es ist wahrlich ein Unding, wenn hochmoderne Kraftwerke in Ostdeutschland Nachteile gegenüber ihren Wettbewerbern haben, nur weil deren technisch veraltete Anlagen bereits abgeschrieben sind, zumal die Erneuerung bzw. Ertüchtigung von Kraftwerksanlagen in Ostdeutschland ohne staatliche Hilfe erfolgte.

Sie, Herr Ministerpräsident, stehen im Wort bei Hunderten Beschäftigten der Kohle- und Energiewirtschaft, Unterstützung bei der Erhaltung der Veag zu gewähren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Soziale Gerechtigkeit, Zukunft, Modernität – dies sind Themen, die ganz zentral mit Bildung zu tun haben. Wir wissen, dass sich der Platz des Einzelnen in unserer modernen Gesellschaft nicht mehr automatisch aus der Geburt, sondern vor allem aus seiner Leistungsfähigkeit ergibt. Zieht man das Vermögen und die soziale Stellung der Eltern ab, dann werden die Lebenschancen junger Menschen maßgeblich von ihrer Bildung bestimmt. Schule hat eine besondere Verantwortung, die Chancengleichheit so weit als möglich zu wahren. Das ist die von fast niemandem bestrittene Theorie.

Schauen Sie in die sächsische Schulpraxis! Sie ist geprägt von einem fundamentalen Missverständnis, nämlich der Gleichsetzung von Leistungsförderung und Auslese. Das gegliederte sächsische Schulsystem unterbricht Leistungsförderung bereits durch die verfrühte Auslese in der Mitte der vierten Klasse. Wir wissen, dass aus Sicht der Entwicklungs- und Lernpsychologie für rund ein Drittel der Schüler diese Entscheidung in der vierten Klasse nicht verlässlich getroffen werden kann.

(Einzelbeifall bei der SPD)

Verstärkt wird diese vom Schulsystem produzierte Ungerechtigkeit durch die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland, hier insbesondere die Knappheit der Lehrstellen.

Wir beobachten, wie der Hauptschulabschluss einer beständigen Entwertung unterliegt, weil die Betriebe bei der Rekrutierung ihrer Lehrlinge auf höhere Abschlüsse zurückgreifen können und dies oft auch tun. Verständlich, dass Bewerber ohne Abschluss in der Regel die schlechtesten Karten haben. Unverständlich, dass es die Staatsregierung nicht kümmert, dass seit dem Jahr 1992 im Durchschnitt 10,2 % der Schüler die Schule ohne Abschluss verlassen, im vergangenen Schuljahr waren es 11,8 %. Unverständlich freilich nur für den, der die zynische Leis-

tungsideologie der CDU hinter diesem Schulsystem nicht kennt.

(Zuruf von der PDS: Das ist wahr!)

Sie geht nämlich davon aus, dass ohnehin nicht für alle Platz auf dem Arbeitsmarkt sein wird.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Sehr richtig!)

Also sollen die Leistungsschwachen schnell erkannt werden, damit man nicht so viel Geld unnütz investiert.

Millionen werden auch investiert, um genügend Lehrstellen anbieten zu können. Wir haben in der 2. Legislaturperiode den Versuch unternommen, das Problem der zukünftigen beruflichen Ausbildung parteiübergreifend einer Lösung zuzuführen. Wir sind einen Schritt auf diesem Weg vorangekommen. Wir werden uns in diesem Hause weiter und wirksam damit beschäftigen müssen, wie wir jedem jungen Menschen die reale Chance für den Start in das Erwerbsleben sichern können. Wir erneuern unser Angebot für eine fraktionsübergreifende Lösungssuche.

Wir begreifen die derzeitige Notsituation auch als Chance für ohnehin dringende Reformen auf dem Feld der beruflichen Erstausbildung.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Porsch, PDS)

– Wenn Sie noch ein besonderes Gutachten brauchen, Herr Porsch, dann müssen Sie es in Auftrag geben.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Porsch, PDS)

Ein weiterer Missstand, der Ungerechtigkeiten schafft, ist der Unterrichtsausfall an unseren Schulen. Obwohl laut der vom Kultusministerium präsentierten Statistik der Unterrichtsausfall in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken ist, hat man bei Gesprächen mit Eltern und Lehrern doch eher den Eindruck einer umgekehrten Tendenz, die sich auch schon mal in Schülerprotesten Ausdruck verschafft. Mit aller Deutlichkeit: Unterrichtsausfall schafft Chancengleichheit, vor allem dort, wo er über längere Zeit und/oder in einem Fach gehäuft auftritt. Fachfremde Vertretung oder gar Stillarbeit beschönigen die Statistik, tragen aber wenig zum Lernerfolg bei.

(Beifall bei der SPD)

Wer etwas anderes behauptet, der stellt die Stundentafel überhaupt zur Disposition.

Wie sieht es nun mit der Modernität unserer Schulen und Hochschulen aus? Bei Lichte besehen bleibt nur ein Mythos, wenn die CDU – auch die sächsische – mit modernen Schulen und Hochschulen in Verbindung gebracht wird. In Wirklichkeit betreibt sie die Schulen wie eh und je. Es ist hier nicht der Platz, um darauf in einiger Vollständigkeit einzugehen. Aber wer heute immer noch meint, dass alle Kinder oder Jugendlichen eines Altersjahrganges im gleichen Takt lernen könnten, wenn man sie vorher nur in drei Leistungsgruppen aufteilte, der hat vom Lernen wahrlich wenig verstanden.

(Beifall bei SPD und PDS)

Wer heute immer noch meint, dass es vor allem auf die Vermittlung von Wissen ankomme, der hat die berechtigten Forderungen der späteren Abnehmer der Absolventen, also der Wirtschaft und der Hochschulen, genauso wenig

verstanden wie die Erfordernisse einer demokratischen freien Gesellschaft an die Bildung ihrer Mitglieder.

(Zuruf des Abg. Prof. Dr. Porsch, PDS)

Wer Schulen wirklich modern gestalten will, der muss den Schulen zuallererst Gestaltungsräume geben, der muss einsehen, dass die staatlich verordnete gleiche Struktur und der gleiche Takt von Lernprozessen nicht ausreichend sind, um den Bildungserfolg der so verschiedenen lebendigen Schüler zu gewährleisten. Freilich muss man dazu als Ziel die Bildung eines jeden jungen Menschen im Blick haben. Soziale Gerechtigkeit fängt zwar nicht in der Schule an, wird aber von ihr entscheidend mitbestimmt.

(Beifall bei der SPD)

Was für die Schulen gesagt wurde, gilt in ähnlichem Maße für die Hochschulen. Zwar haben sie traditionell mehr Gestaltungsräume als die Schulen, aber unsere Versuche bei der jüngsten Novellierung des Hochschulgesetzes, den Hochschulen weitgehende Freiheiten für die interne Strukturbildung und Prozessbewältigung zu geben, scheiterten an der konservativen Haltung der Mehrheit des Hauses und der Staatsregierung.

Wenn sächsische Hochschulen im nationalen und teilweise internationalen Vergleich gut dastehen, dann ist das vor allem deren eigenes Verdienst und in den guten Ausgangsbedingungen in Sachsen begründet. Modern ist die CDU-Hochschulpolitik deshalb bei weitem nicht.

(Dr. Hähle, CDU: Das ist ja völlig widersprüchlich.)

Dies wird bei der kameralistischen Behandlung der Hochschulen offensichtlich. Den Einrichtungen, die über die geballte wissenschaftliche Kompetenz im Land verfügen, traut man nicht zu, die staatlichen Mittel effizient und verantwortungsbewusst zu verwenden. Wie irrig ist die Annahme, dass dies Ministerialbeamte könnten, die fernab vom Geschehen sitzen.

Das ist ohne große Begründung leicht erklärbar. Wir haben immerhin eine Vergangenheit mit zentraler Planung und wirtschaftlichem Desaster hinter uns. Dass die Hochschulen trotzdem ihre Leistungsfähigkeit erhalten, ist gerade deren Engagement und Witz zu verdanken, die beide das staatliche Korsett aushöhlen. Auch hier ist es dringend erforderlich, staatliche Verantwortung neu zu definieren, nicht nur von Modernisierung zu sprechen, sondern diese tatsächlich voranzutreiben.

(Beifall bei der SPD)

Um die Schulen und Hochschulen in Sachsen zu modernisieren, brauchen wir eine mögliche Bildungsoffensive, die sich am Ergebnis messen lassen muss. Dazu müssen auch die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.

Der Schülerrückgang ist die Chance, die Schüler-Lehrer-Relation auf das erforderliche Niveau zu bringen. Auf der anderen Seite brauchen die Schulen die nötigen Freiräume, um das Personal effizient einzusetzen und um die Motivation der Lehrer zu erhalten. Wir fordern als Sofortlösung die Einrichtung eines Vertretungspools an jedem Schulamt.

Des Weiteren braucht Sachsen ein Investitionsprogramm für die Schulen. Der Zustand, vor allem der sanitären Einrichtungen, ist zum Teil an der Grenze des Erträglichen. Wir fordern daher ein zehnjähriges Schulausbauförderprogramm mit jährlich mindestens 200 Millionen DM vom

Freistaat. Ähnliche Forderungen hat vor kurzem auch der Sächsische Städte- und Gemeindetag erhoben.

Vor allem die Ausrüstung mit modernen Kommunikationsmedien und mit Rechentechnik ist nicht ausreichend. Wir fordern ein mit den Kommunen abgestimmtes Programm zur Anbindung der Schulen an das Netz. Das Land kann die Schulträger hierbei nicht allein lassen.

(Beifall bei der SPD)

Die Hochschulen wiederum brauchen ausreichend Personal, um ihre Attraktivität erhalten zu können. Die Personaleinsparungen haben die Grenze des Verantwortbaren längst überschritten. Wir verlangen die langjährige Sicherung der Stellenpläne und deren Bewirtschaftung durch die Hochschulen selbst.

(Einzelbeifall bei der SPD)

Wir unterstützen die Einführung einer leistungsbezogenen Besoldung der Professoren.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sachsen entwickelte sich über Jahrhunderte zu einem Kulturland, dessen ausgeprägte kulturelle Dichte die Kulturpolitik von heute herausfordert. Von uns als Politikern wird nun im Umgang mit diesen kulturgeschichtlichen Leistungen das Kunststück verlangt, die beiden Pole im Spannungsfeld von Bewahren und Erneuern zu einer harmonischen Balance zu führen.

Aus der Zufriedenheit über die Verabschiedung des Kulturraumgesetzes übersieht man auf ministerialer Ebene oft vor lauter Schulterklopfen, wie viel Selbstzufriedenheit sich bereits breit gemacht hat. Vom Ziel des Kulturraumgesetzes, seinem ureigensten solidarischen und kooperativen Sinn, bis zum Jahr 2004 bürgernahe, effiziente und wandlungsfähige Strukturen zu schaffen, sind die Kulturräume noch weit – wenn auch unterschiedlich weit – entfernt und bis zum Jahr 2004 ist es nicht mehr weit.

Wir vermissen die Leitlinien des kulturpolitischen Handelns Ihrer Regierung, sei es in der Bibliotheks- oder Museumspolitik, bei der Entwicklung der Filmkultur oder bei der Förderung der freien Szene. Immer wieder haben wir die Vorlage langfristiger Konzeptionen gefordert, auch und gerade angesichts der Knappheit unserer finanziellen Mittel – bislang erfolglos. Woher sollen die kulturellen Aufbrüche denn kommen, wie soll junge Kunst und Kultur denn entstehen, wenn in den vergangenen fünf Jahren die Förderung der freien, innovativen und kreativen Potenziale in Kunst und Kultur massiv zurückgefahren wurde? Hierzu haben Sie heute auch keine Besserung versprochen.

(Ministerpräsident Prof. Dr. Biedenkopf:

Nein, das habe ich auch nicht!)

Hier haben Sie in den letzten Jahren eine Verschiebung der harmonischen Balance befördert, die Sachsens Kunst und Kultur und ihrer Entwicklung nicht gut tut.

In besonderer Verantwortung haben wir uns immer für die Bewahrung kultureller Ausdrucksformen der sorbischen Kultur in Bildung, Sprache, Kunst und Literatur gesehen. Umso mehr freuen wir uns, dass die von der Regierung Kohl geplanten Kürzungen der Bundesförderung, wenn auch nach langen Diskussionen, letztlich rückgängig gemacht werden konnten und die jetzige Bundesregierung

ihrer gesamtstaatlichen Verpflichtung gegenüber dem sorbischen Volk nachkommt.

(Beifall bei der SPD)

Politik wird für unsere Bürgerinnen und Bürger wohl am sichtbarsten in ihren Heimatstädten und -gemeinden, ob es um Genehmigungen, Beiträge und Gebühren oder um Dinge des unmittelbaren Zusammenlebens geht. Stadt- und Gemeinderäte oder Verwaltungsmitarbeiter sind sogar oft persönlich bekannt.

Ihr Hinweis auf das positive Image von Leipzig werte ich auch als Anerkennung für die hervorragende Arbeit zweier sozialdemokratischer Oberbürgermeister und der Arbeit der dortigen Stadträte und Verwaltungsangestellten.

(Beifall bei der SPD)

Die Spielräume, die wir unseren Kommunen lassen, sind ein Abbild dessen, was wir unter kommunaler Selbstverwaltung verstehen. Die Mitwirkung unserer Bürger bei kommunalpolitischen Entscheidungen ist nicht nur gefragt, nein, sie muss auch als Instrument der demokratischen Willensbildung anerkannt werden.

Bei kommunalen Investitionsvorhaben sollte gerade bei der Notwendigkeit einer finanziellen Beteiligung vor Beginn der Maßnahme die Bürgermeinung gehört werden. Insbesondere die finanzielle Situation unserer Kommunen war stets ein wichtiger Punkt in der politischen Auseinandersetzung. Unsere Kommunen müssen atmen können. Viele husten schon, einige sind sogar von Lungenentzündung erfasst. Deshalb steht die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes für die SPD-Fraktion ganz vorn auf der Tagesordnung.

(Beifall bei der SPD)

Sachsens Kommunen sind mit 2 412 DM je Einwohner die am höchsten verschuldeten Kommunen Ostdeutschlands. Sie haben damit im Schnitt 300 DM mehr Schulden je Einwohner als im Durchschnitt aller ostdeutschen Bundesländer, im Vergleich zu Brandenburg eine fast doppelt so hohe Verschuldung.

Im letzten Jahr hat der Schuldenstand der sächsischen Kommunen sogar erstmals den Pro-Kopf-Durchschnitt der alten Bundesländer um fast 100 DM überstiegen. Die Zinsausgabenquote sächsischer Kommunen hat damit Westniveau erreicht, ohne dass es ein entsprechendes Äquivalent auf der Habenseite – sprich: kommunale Infrastruktur – zu vermelden gäbe.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie ich am Anfang bereits besonders hervorgehoben hatte, gehört die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West zu den zentralen Aufgaben der Politik im vereinten Deutschland. Zehn Jahre nach der friedlichen Revolution bleibt eine der Hauptforderungen der Menschen in Sachsen die Angleichung der Löhne und Gehälter an Westniveau.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte aus der „Sächsischen Zeitung“ vom 21. September die Meinung eines Bürgers aus Niesky zitieren, eines Bürgers, der zwei Tage zuvor offensichtlich die CDU gewählt hat: „Ich bin zufrieden mit der Wahl. Es gab nur ein bisschen zu viele PDS-Wähler. Ich finde, es sollte jetzt ein Termin genannt werden, wann es eine Angleichung der Ost- an die Westtarife gibt.“

Ich glaube, viele Menschen in Sachsen erwarten von uns Politikern, dass wir einen konkreten Fahrplan vorlegen, aus dem ersichtlich wird, dass das Ziel „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ mehr als nur eine schöne Formulierung für Sonntagsreden ist.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hähle, CDU)

– Herr Hähle, andere Ministerpräsidenten im Osten sehen es mittlerweile auch so – Diepgen in Berlin, Vogel in Thüringen, Höppner in Sachsen-Anhalt.

Was wir brauchen, ist eine konzertierte Aktion aller ostdeutschen Länder, um – angefangen mit dem öffentlichen Dienst – zu einer solchen Angleichung zu kommen. Was nicht gehen wird, das ist eine Bezahlung nach regionaler Kassenlage, so wie es sich Herr Milbradt vorstellt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss vor allem erst einmal – jetzt komme ich zu dem Punkt, weshalb ich sagte: im öffentlichen Dienst – innerhalb der sächsischen Verwaltungen hergestellt werden. Im Moment haben wir ja noch die völlig absurde Situation, dass je nach Herkunft, Einstiegsjahr und aufgrund verschiedenster Zuschläge ganz unterschiedliche Bezahlung für die gleiche Arbeit gang und gäbe ist.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Porsch, PDS: So ist es!)

Was die Angleichung der Löhne in der Wirtschaft angeht, so ist dies natürlich Sache der Tarifparteien. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass ein zentrales Argument, welches immer wieder gegen eine Angleichung ins Feld geführt wird – die geringe Produktivität im Osten –, bei volkswirtschaftlicher Betrachtung u. a. auch eine Folge der niedrigen Löhne selbst ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wird nur gelingen, die Herausforderungen der Globalisierung werden nur bewältigt werden können, wenn alle notwendigen Anpassungsmaßnahmen auf dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit, gesellschaftlicher Teilhabe und Mitwirkung der Menschen fußen.

Die SPD hat diesen Grundsatz auf die kurze Formel „Innovation und Gerechtigkeit“ gebracht. Wir meinen damit aber keinesfalls eine bloße Balance dieser beiden Grundsätze, weil die Wirtschaftspolitiker für das eine und die Sozialpolitiker für das andere zuständig sind. Nein, es muss um die Verzahnung beider Grundsätze gehen.

(Beifall bei der SPD)

Innovationen können zu größerer Gerechtigkeit führen und Gerechtigkeit kann innovativer sein, als in den überkommenen Regelungen organisiert wird. Dieser Anspruch, Innovation und Gerechtigkeit auf allen Ebenen der Politik miteinander zu verbinden, wird die Grundlage der Oppositionspolitik der SPD in der 3. Wahlperiode dieses Hohen Hauses sein. Das, meine Damen und Herren von der CDU- und auch von der PDS-Fraktion, können Sie als Versprechen, aber auch als Drohung zugleich auffassen. Die SPD wird sich auch weiterhin verweigern, wenn es darum geht, populistische Forderungen, die allen alles ver-

sprechen, aber weder sinnvoll noch bezahlbar sind, zu unterstützen, auch wenn es um Vorschläge geht, die auf Sozialabbau, Deregulierung und Abbau von Arbeitnehmer- und Beteiligungsrechten abzielen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden aber auch weiterhin an allen Bemühungen mitwirken, wenn es darum geht, die Arbeitnehmerrechte zu schützen, die Bürgerbeteiligung auszubauen, die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren oder bessere Bedingungen für Existenzgründungen und die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Sachsen zu schaffen, um nur einige wenige Beispiele zum Schluss zu nennen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden in dieser Legislaturperiode regelmäßig Bilanz ziehen. Wir werden Wirtschaftsminister Schommer daran messen, wie sich Wirtschaftswachstum und Arbeitslosenzahlen entwickeln. Wir werden Kultusminister Rößler daran messen, wie sich die Klassenstärken entwickeln und ob unser Schulsystem eine Erneuerung erfährt. Wir werden Wissenschaftsminister Meyer daran messen, wie sich das Zahlenverhältnis Hochschullehrer zu Studenten entwickelt und ob unsere Hochschulen an Eigenverantwortung und Leistungsfähigkeit gewinnen. Wir werden die Gleichstellungsministerin Frau Weber daran messen, ob sie es ernst meint mit der Chancengleichheit unserer Frauen. Wir werden Sozialminister Dr. Geisler daran messen, inwieweit sich die Lebenssituation unserer Familien und Jugendlichen verbessert und die Zahl der Sozialhilfeempfänger abnimmt. Wir werden Innenminister Hardraht daran messen, ob die lange angekündigte Verwaltungsreform endlich einen Gewinn an Transparenz und Bürgernähe mit sich bringt. Wir werden Finanzminister Milbradt daran messen, wie viel Geld er den Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben überlässt.

(Prof. Dr. Porsch, PDS: Gar nichts!)

Und Sie, Herr Ministerpräsident, werden wir daran messen, inwieweit Sie Ihre heutige Analyse der Situation in praktisches Handeln umsetzen. Oder wird das Ihrem Nachfolger überlassen bleiben?

(Beifall bei der SPD)

2. Vizepräsidentin Frau Zschoche: Meine Damen und Herren! Jede Fraktion hat sich an der Aussprache zur Regierungserklärung beteiligt. Damit ist die Aussprache abgeschlossen und der Tagesordnungspunkt 4 beendet.

Wir treten nun in eine 45-minütige Pause ein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da wir unmittelbar nach der Pause entsprechend unserer Tagesordnung mit einer Reihe von Wahlen beginnen, darf ich Sie herzlich darum bitten, Ihre Plätze bis 14.55 Uhr einzunehmen.

Danke schön und guten Appetit.

(Unterbrechung von 14.09 Uhr bis 14.58 Uhr)

1. Vizepräsidentin Frau Dombois: Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich eröffne den

Tagesordnungspunkt 5

Wahl des Sächsischen Ausländerbeauftragten

Gemäß § 2 des Gesetzes über den Sächsischen Ausländerbeauftragten wird der Ausländerbeauftragte vom Landtag zu Beginn der Wahlperiode für deren Dauer aus seiner Mitte mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Hierzu liegt Ihnen in der Drucksache 3/0125 der Wahlvorschlag der Fraktion der CDU vor. Darin wird vorgeschlagen, Herrn Heiner Sandig zum Sächsischen Ausländerbeauftragten zu wählen. Wird der Vorschlag von der CDU-Fraktion begründet? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Die Wahl findet nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung geheim statt. Allerdings kann stattdessen durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn kein Abgeordneter widerspricht. Ich frage Sie daher, ob jemand widerspricht, dass durch Handzeichen abgestimmt wird. – Ich sehe Widerspruch.

Da es Widerspruch zur Abstimmung durch Handzeichen gegeben hat, kommen wir nun zur Durchführung der geheimen Wahl des Sächsischen Ausländerbeauftragten. Hierzu berufe ich aus den Reihen der Schriftführer eine Wahlkommission mit folgenden Mitgliedern des Landtages: als Leiter von der SPD-Fraktion Herr Hatzsch, von der CDU-Fraktion Herr Kannegießer, Frau Einsle und Herr Colditz und von der PDS-Fraktion Frau Roth. Gibt es dagegen Widerspruch? – Ich denke, das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Wahlkommission ihre Arbeit aufzunehmen.

Ich übergebe nun das Wort an den Leiter der Wahlkommission. Bitte sehr, Herr Hatzsch.

Hatzsch, SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten werden in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen und erhalten einen Stimmschein, auf dem entsprechend der angegebenen Drucksache der Kandidat für den Sächsischen Ausländerbeauftragten aufgeführt ist.

Sie können sich zu dem Kandidaten durch Ankreuzen in dem entsprechenden Feld mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung entscheiden. Der Kandidat ist gewählt, wenn er 61 oder mehr Jastimmen erhält. Ich beginne mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf – Wahlhandlung)

1. Vizepräsidentin Frau Dombois: Befindet sich ein Abgeordneter hier im Saal, der jetzt namentlich nicht genannt worden ist? – Das ist nicht der Fall.

Damit schließe ich jetzt die Wahl und bitte die Auszählung sogleich hier im Saal vorzunehmen. Die Abgeordneten bitte ich um etwas Geduld.

(Kurze Unterbrechung)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie wieder Platz zu nehmen. Mir liegt das Ergebnis der geheimen Wahl des Sächsischen Ausländerbeauftragten vor. Abgegeben wurden 115 Stimmen. Ungültig waren null Stimmen. Für Herrn Heiner Sandig haben 100 Mitglieder des Sächsischen Landtages gestimmt.

(Beifall des ganzen Hauses – Die Abgeordneten Dr. Hähle, CDU, Frau Zschoche, PDS, Prof. Dr. Porsch, PDS, und Jurk, SPD, beglückwünschen Abg. Sandig, CDU)

Gegen ihn stimmten 11 Abgeordnete. Vier Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Damit hat Herr Sandig mehr als 61 Jastimmen erreicht und ist als Sächsischer Ausländerbeauftragter gewählt worden.

(Beifall des ganzen Hauses)

Ich frage Sie, Herr Sandig, ob Sie die Wahl annehmen.

Sandig, CDU: Frau Präsidentin, ich nehme die Wahl an. Ich danke für das Vertrauen und bin ein wenig beschämt.

(Heiterkeit)

1. Vizepräsidentin Frau Dombois: Namens des Sächsischen Landtages möchte ich Sie ganz herzlich beglückwünschen. Ich wünsche Ihnen viel Kraft und Erfolg in dem Amt.

Meine Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt beendet. Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 6

– Wahl der weiteren Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses des Sächsischen Landtages nach Artikel 113 der Verfassung des Freistaates Sachsen (Notparlament)

– Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Sächsischen Landtages (gemäß § 16 des Gesetzes über den Verfassungsschutz im Freistaat Sachsen)

– Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission des Sächsischen Landtages (gemäß § 3 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen)

Mir liegt dazu ein Geschäftsordnungsantrag vor. Ich bitte ihn jetzt einzubringen.

Frau Ludwig, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion stellt den Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung zur Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission. Der Landtag möge nach § 110 Abs. 1 seiner Geschäftsordnung beschließen, abweichend von § 9 Abs. 2 der Geschäftsordnung bei der Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission für die Festlegung der Stärkeverhältnisse der Fraktionen das im Deutschen Bundestag angewendete Zählsystem zugrunde zu legen. Der Freistaat Sachsen hat sich in Artikel 83 seiner Verfassung ausdrücklich zu einer Kontrolle der Nachrichtendienste bekannt. Die Parlamentarische Kontrollkommission führt die Kontrolle der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz aus. An dieser Parlamentarischen Kontrolle sollten sich Abgeordnete aller Fraktionen des 3. Sächsischen Landtages beteiligen. Sie sollten damit auch die Verantwortung für diese Kontrolle übernehmen.

Durch die Änderung der Geschäftsordnung ist es möglich, dass alle drei Fraktionen Mitglieder in die Parlamentarische Kontrollkommission entsenden.

(Beifall bei der SPD – Beifall des Abg. Iltgen, CDU)

1. Vizepräsidentin Frau Dombois: Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte, Herr Abg. Leroff.

Leroff, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen, meine Herren! Ich möchte für meine Fraktion deutlich machen, dass wir dem Antrag nach § 110 Abs. 1 der Geschäftsordnung zustimmen werden.

Frau Kollegin, wir sehen nicht eine Änderung der Geschäftsordnung, sondern eine Änderung der Geschäftsordnung in Anwendung auf die Wahl zur PKK auf der Grundlage der Verständigung der beiden Oppositionsfraktionen. Es handelt sich also um eine ausnahmsweise Abweichung vom Verfahren nach d'Hondt. Diese Änderung wird keine generelle Gültigkeit erlangen, sondern sie bezieht sich speziell auf die Wahl der Mitglieder der PKK. Das möchte ich noch einmal ganz deutlich sagen.

1. Vizepräsidentin Frau Dombois: Wird weiter das Wort gewünscht? – Bitte, Herr Abg. Porsch.

Prof. Dr. Porsch, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir vertreten immer den Standpunkt, dass jede Fraktion eine faire Chance haben muss, ihre parlamentarischen Rechte in Anspruch zu nehmen und in den

parlamentarischen Gremien mitzuarbeiten. Grundlage für Fairness in diesem Zusammenhang ist natürlich immer das Wahlergebnis einerseits und die Geschäftsordnung, die wir uns gegeben haben, andererseits.

Was die Kontrolle der Geheimdienste angeht, so denke ich, dass ein ganz besonderer Anspruch aller Fraktionen besteht, an dieser Kontrolle mitzuwirken. Ich sehe hier auch den besonderen Gegenstand und damit die Begründung dafür, dass wir an dieser Stelle von dem sonst üblichen Zählverfahren für die Mitwirkung in Ausschüssen abweichen. Aus diesem Grund wird auch unsere Fraktion diesem Antrag zustimmen.

1. Vizepräsidentin Frau Dombois: Gibt es weiteren Diskussionsbedarf? – Ich sehe, dass das nicht der Fall ist.

Dann lasse ich jetzt über den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der SPD in der Drucksache 3/0145 abstimmen. Wer möchte die Zustimmung gehen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei einer Gegenstimme und 4 Stimmenthaltungen ist dem Geschäftsordnungsantrag stattgegeben worden. Wir werden das bei der Wahl berücksichtigen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen folgende Verfahrensweise zu den drei rechtlich getrennten Wahlen vor:

Als Erstes werde ich die Wahl der weiteren Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses des Sächsischen Landtages nach Artikel 113 der Verfassung des Freistaates Sachsen aufrufen.

Als Zweites wird die Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Sächsischen Landtages durchgeführt.

Als Drittes führen wir dann die Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission des Sächsischen Landtages durch.

Wenn es dagegen keinen Widerspruch gibt, verfahren wir so. – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Die Wahl des Notparlaments schreibt Artikel 113 der Sächsischen Verfassung vor. In § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung sind seine Größe auf elf Mitglieder und die Zahl der Stellvertreter auf das Zweifache hiervon festgelegt worden.

Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung ist bei der Besetzung von Gremien durch den Landtag für die Feststellung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen grundsätzlich das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt zugrunde gelegt. Kraft seines Amtes sind der Präsident und die beiden Vizepräsidenten Mitglieder des Ausschusses.

Für die Besetzung mit weiteren Mitgliedern und Stellvertretern für alle Mitglieder bedeutet dies: Auf Vorschlag der Fraktion der CDU sind fünf weitere Mitglieder und 14 Stellvertreter, auf Vorschlag der Fraktion der PDS sind zwei weitere Mitglieder und sechs Stellvertreter und auf Vorschlag der Fraktion der SPD sind ein Mitglied und zwei Stellvertreter zu wählen. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag aller Fraktionen liegt Ihnen in der Drucksache 3/0126 vor.

Die Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Sächsischen Landtages schreibt § 16 des Gesetzes über den Verfassungsschutz des Freistaates Sachsen vor. Gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 dieses Gesetzes werden die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission vom Landtag aus seiner Mitte einzeln mit der Mehrheit seiner Mitglieder gewählt. Paragraph 16 Abs. 2 Satz 2 dieses Gesetzes legt darüber hinaus fest, dass zwei der fünf Mitglieder der parlamentarischen Opposition angehören müssen. Gemäß § 10 der Geschäftsordnung ist eine Abweichung beschlossen worden: Besetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission nach Schepers. Bei den zu besetzenden fünf Sitzen bedeutet dies: Auf Vorschlag der CDU-Fraktion sind drei Mitglieder, auf Vorschlag der PDS-Fraktion ein Mitglied und auf Vorschlag der SPD-Fraktion ein Mitglied zu wählen.

Aufgrund des Beschlusses zur Abweichung von der Geschäftsordnung schlägt die PDS-Fraktion Herrn Dr. André Hahn zur Wahl als Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission vor. Die SPD-Fraktion schlägt Herrn Peter Adler zur Wahl als Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission vor. Ein entsprechender Wahlvorschlag der Fraktionen mit der beschlossenen Änderung liegt Ihnen in der Drucksache 3/0127 bzw. zu Drucksache 3/0127 vor.

Die Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission des Sächsischen Landtages wird gemäß § 3 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen durchgeführt. Für die drei zu wählenden Mitglieder liegt Ihnen in der Drucksache 3/0128 ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der PDS vor.

Meine Damen und Herren! Die Wahlen finden nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung geheim statt. Allerdings kann stattdessen durch Handzeichen abgestimmt werden, wenn kein Abgeordneter widerspricht. Ich frage Sie daher, ob jemand widerspricht, dass bei der Wahl zum Notparlament durch Handzeichen abgestimmt wird. – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der PDS)

Ich frage Sie, ob jemand widerspricht, dass bei der Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission durch Handzeichen abgestimmt wird. – Ein Widerspruch. Ich frage Sie, ob jemand widerspricht, die Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission offen vorzunehmen. – Kein Widerspruch.

Ich schlage Ihnen vor, dass wir die beiden offenen Abstimmungen jetzt vornehmen und zum Abschluss dann die geheime Wahl durchführen.

Da es beim Notparlament keinen Widerspruch zur offenen Abstimmung gegeben hat, kommen wir zu dieser Abstimmung. Der gemeinsame Vorschlag liegt Ihnen in der Drucksache 3/0126 vor. Wer diesem gemeinsamen Wahlvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der

Stimme? – Ich sehe eine Stimmenthaltung. Damit sind die Genannten gewählt.

Ich frage Sie, ob jemand die Wahl nicht annimmt. – Das ist offenbar nicht der Fall. Damit gratuliere ich herzlich den gewählten weiteren Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses nach Artikel 113 der Verfassung des Freistaates Sachsen.

Meine Damen und Herren! Auch zur Wahl der G 10-Kommission ist offene Wahl angezeigt worden. Es hat keinen Widerspruch gegeben. Es geht um die Drucksache 3/0128. Wer dafür ist, dem gemeinsamen Wahlvorschlag zur Wahl der Mitglieder der G 10-Kommission des Sächsischen Landtages zur Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz im Freistaat Sachsen seine Zustimmung zu geben, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Wer enthält sich der Stimme? – Es besteht Einstimmigkeit. Damit sind die in der Drucksache Genannten gewählt.

Ich frage Sie, ob jemand die Wahl nicht annehmen will. – Das ist nicht der Fall. Ich beglückwünsche auch Sie zu Ihrer Wahl.

Meine Damen und Herren! Wir rufen nun erneut die Wahlkommission. Ich berufe aus den Reihen der Schriftführer als Leiter Herrn Hatzsch von der SPD-Fraktion, von der CDU-Fraktion Herrn Kannegießer, Frau Einsle und Herrn Colditz und von der PDS-Fraktion Frau Dr. Runge. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Damit übergebe ich nun das Wort an den Leiter der Wahlkommission. Bitte, Herr Hatzsch.

Hatzsch, SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Abgeordneten werden wiederum in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen und erhalten einen Stimmschein, auf dem entsprechend der angegebenen Drucksache die Kandidaten für die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Sächsischen Landtages aufgeführt sind. Sie können sich hinsichtlich der Kandidaten in dem entsprechenden Feld mit Ja, Nein oder Enthaltung entscheiden. Gewählt ist, wer 61 oder mehr Jastimmen erhält.

(Namensaufruf – Wahlhandlung)

1. Vizepräsidentin Frau Dombois: Befindet sich ein Abgeordneter im Saal, der nicht namentlich genannt worden ist? – Das ist nicht der Fall.

Ich schließe nun die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission die Auszählung vorzunehmen.

(Kurze Unterbrechung)

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Mir liegt das Ergebnis vor; ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Wahl der Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission des Sächsischen Landtages bekannt. Abgegeben wurden 115 Stimmscheine, ungültig waren zwei Stimmscheine. Es wurde wie folgt abgestimmt:

Frank Kupfer: 84 Jastimmen, 16 Neinstimmen, 12 Enthaltungen;

Hans Heinz Lehner: 91 Jastimmen, 13 Neinstimmen, 18 Enthaltungen.

Gerhard Hartmut Götzel: 78 Jastimmen, 23 Neinstimmen, 11 Enthaltungen;

Dr. André Hahn: 69 Jastimmen, 20 Neinstimmen, 22 Enthaltungen;

Peter Adler: 93 Jastimmen, 11 Neinstimmen, 9 Enthaltungen.

Damit sind alle vorgeschlagenen Mitglieder vom Landtag gewählt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich frage, ob einer der Kandidaten diese Wahl nicht annehmen will. – Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Ich beglückwünsche die Gewählten und beende damit den Tagesordnungspunkt 6.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 7

Wahl der Mitglieder des Bewertungsausschusses (gemäß § 44 Abs. 3 des Gesetzes über Wahlen zum Sächsischen Landtag)

Gemäß dem oben genannten Gesetz und § 1 Abs. 3 des Abgeordnetengesetzes hat der Landtag zu Beginn der Wahlperiode einen Bewertungsausschuss zu bilden. Dieser setzt sich aus je zwei Mitgliedern der im Landtag vertretenen Fraktionen zusammen.

Der gemeinsame Wahlvorschlag der Fraktionen der CDU und der SPD liegt Ihnen in der Drucksache 3/0139 vor.

Die Fraktion der PDS hat mitgeteilt, dass sie von ihrem Vorschlagsrecht keinen Gebrauch macht. Dazu gibt es eine Wortmeldung. Bitte, Herr Abg. Porsch.

Prof. Dr. Porsch, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte das kurz näher erläutern. Die PDS-Fraktion hält die Grundlagen in der Landesverfassung und in den einfachen gesetzlichen Regelungen, die die Arbeit dieses Bewertungsausschusses betreffen, für nicht grundgesetzkonform. Wir werden uns deshalb an der Arbeit dieses Ausschusses nicht beteiligen und werden uns genauso wenig an der Prozedur des Zustandekommens dieses Ausschusses beteiligen.

1. Vizepräsidentin Frau Dombois: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir jetzt zur Wahl.

Die Wahl findet nach den Bestimmungen unserer Geschäftsordnung geheim statt. Allerdings kann stattdessen auch durch Handzeichen abgestimmt werden. – Dagegen gibt es Widerspruch. Ich berufe daher wieder die Wahlkommission. Herr Hatzsch, Frau Einsle, Herr Kannegießer, Herr Colditz und Frau Dr. Runge, bitte.

Es hat Widerspruch gegeben; wir müssen eine geheime Wahl durchführen.

Ich übergebe nun das Wort an den Leiter der Wahlkommission. Bitte, Herr Abg. Hatzsch.

Hatzsch, SPD: Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten werden wiederum in alphabetischer Reihenfolge aufgerufen, erhalten einen Stimmschein, auf dem entspre-

chend der angegebenen Drucksache die Kandidaten als Mitglieder für den Bewertungsausschuss des Sächsischen Landtages aufgeführt sind. Sie können sich zu dem Wahlvorschlag durch Ankreuzen in dem entsprechenden Feld mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung entscheiden. Wer mehr Ja- als Neinstimmen erhält, ist gewählt.

(Namensaufruf – Wahlhandlung)

1. Vizepräsidentin Frau Dombois: Befindet sich ein Abgeordneter im Saal, der nicht namentlich aufgerufen worden ist?

Meine Damen und Herren! Ich schließe jetzt die Wahlhandlung und bitte die Wahlkommission die Auszählung vorzunehmen.

(Kurze Unterbrechung)

Meine Damen und Herren! Mir liegt das Ergebnis der geheimen Wahl der Mitglieder des Bewertungsausschusses des Sächsischen Landtages vor. Abgegeben wurden 85 Stimmscheine; ungültig waren null. Es wurde wie folgt abgestimmt: Mit Ja haben 83, mit Nein haben null Abgeordnete gestimmt, Enthaltungen gab es zwei. Damit haben alle vorgeschlagenen Mitglieder des Landtages die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich frage Sie: Will jemand die Wahl nicht annehmen? – Das ist nicht der Fall. Der Tagesordnungspunkt ist damit beendet.

Meine Damen und Herren! Die Tagesordnung der 2. Sitzung des 3. Sächsischen Landtages ist abgearbeitet. Das Präsidium hat den Termin für die 3. Sitzung auf Donnerstag, den 11.11.1999, festgelegt. Die Einladung und die Tagesordnung werden Ihnen rechtzeitig zugehen.

Die 2. Sitzung des 3. Sächsischen Landtages ist geschlossen.

Ich wünsche Ihnen noch eine erfolgreiche Woche.

(Schluss der Sitzung: 16.32 Uhr)

HERAUSGEBER

Sächsischer Landtag, Holländische Straße, 01008 Dresden

HERSTELLUNG

Sächsisches Druck- und Verlagshaus AG,
– SDV – Tharandter Straße 23–27, 01159 Dresden,
Tel. (03 51) 4 20 30 • Fax 4 20 32 67
Bankverbindung: Deutsche Bank AG Dresden
Kto.-Nr.: 51 12 19 808 BLZ: 870 700 00